

Marcus Scheiblecker et al.

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2009: Schwerste Krise seit über 60 Jahren

In dem durch die internationale Finanzkrise ausgelösten Konjunkturunbruch schrumpfte die Weltwirtschaft erstmals seit vielen Jahrzehnten. Auch die heimische Wirtschaft konnte sich den negativen Kräften nicht entziehen. International wie auch in Österreich wurden zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur gesetzt. Dennoch sank das heimische BIP im Jahr 2009 real um 3,6%. Der Einbruch der Rohstoffpreise und die Nachfrageschwäche hatten zeitweilig einen Rückgang des allgemeinen Preisniveaus zur Folge. Im Jahresdurchschnitt verlangsamte sich die Inflation auf 0,5%. Die Wirtschaftskrise wirkte sich relativ rasch auf den heimischen Arbeitsmarkt aus. Obwohl die negativen Effekte durch die staatliche Finanzierung von Kurzarbeitszeitmodellen gedämpft wurden, stieg die Arbeitslosenquote erheblich, und die Beschäftigung verringerte sich stark.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

Erstmals seit über 60 Jahren schrumpfte 2009 die Weltwirtschaftsleistung. In vielen Ländern verringerte sich das BIP in bisher ungekanntem Ausmaß. Im Gegensatz zum wirtschaftspolitischen Attentismus, der in den 1930er-Jahren aus einer Krise auf den Finanzmärkten der USA eine Weltwirtschaftskrise hatte werden lassen, setzten die Wirtschaftsblöcke diesmal eine überaus aktive Geld- und Fiskalpolitik ein, sodass der Einbruch zeitlich begrenzt werden konnte. Im Laufe des Jahres 2009 entfalteten diese Maßnahmen mehr und mehr ihre expansiven Wirkungen, und nach dem Einbruch der Wirtschaft zu Jahresbeginn war in der zweiten Jahreshälfte wieder ein Anstieg der Produktion festzustellen. Die Notenbanken behielten ihren expansiven Kurs das ganze Jahr hindurch bei oder verstärkten ihn nach Möglichkeit sogar noch.

In den USA gewann der BIP-Rückgang ab Mitte 2008 deutlich an Dynamik und hielt auch noch in der ersten Jahreshälfte 2009 an. Im I. Quartal 2009 sank die Wirtschaftsleistung gegenüber der Vorperiode real um 1,6%, nach bereits -1,4% im IV. Quartal 2008. Im gesamten Jahr 2009 betrug der Rückgang 2,4%. Dank der im Jahr 2008 gesetzten fiskalpolitischen Maßnahmen stabilisierte sich der private Konsum 2009 weitestgehend und wuchs nach dem Einbruch von Ende 2008 mäßig. Die Abwärtsdynamik ging 2009 in den USA hauptsächlich von den Investitionen aus: Die Anlageinvestitionen verringerten sich im I. Quartal 2009 real um über 10%; für das gesamte Jahr 2009 ergab sich ein Rückgang von 18,3%. Der rasante Lagerabbau belastete zusätzlich die Wirtschaft. Dadurch sanken die gesamten Investitionen 2009 real um 23,2%. Der Außenbeitrag stützte hingegen 2009 die Wirtschaft der USA: Aufgrund der Schwäche der Binnenkonjunktur schrumpfte der Import real um 13,9% – mit einer Ursache des Einbruchs des Welthandels. Der Export ging mit real -9,6% weniger stark zurück.

Die Geldpolitik zeigte sich im gesamten Jahr 2009 überaus expansiv. Nach der Senkung gegen Ende 2008 auf nahe 0% verblieb der Leitzinssatz auf diesem niedrigen Niveau. Zusätzlich versorgte die Notenbank durch Offenmarktgeschäfte den Finanzmarkt mit Liquidität. Dabei wurden auch in großem Umfang US-Staatsanleihen erworben, sodass die Finanzierungskosten des emporschnellenden Budgetdefizits gering gehalten wurden. Die Fiskalpolitik setzte ebenfalls weiterhin expansive Impulse. Allein im Jahr 2009 vergrößerte sich dadurch das staatliche Defizit von 6,4% auf 11% des BIP. Wegen der Konjunkturschwäche und des starken Rückgangs der Roh-

ölpreise im Vorjahresvergleich sank das allgemeine Preisniveau in den USA im Jahr 2009 um 0,3%.

Bereits seit 2008 und auch in der ersten Jahreshälfte 2009 stieg die Arbeitslosenquote in den USA rasant. War die um Saisonschwankungen bereinigte Quote zu Jahresbeginn noch bei 7,7% gelegen, so wurde im Dezember ein Wert von 10,0% gemessen. Damit hat sich die Quote seit Ausbruch der Krise mehr als verdoppelt.

Trotz der enormen Exportabhängigkeit Chinas hinterließ der internationale Konjunkturunbruch nur geringe Spuren in der Wirtschaft. Das auf die Stabilisierung der Binnennachfrage gerichtete staatliche Konjunkturprogramm verhinderte, dass das Wachstum Anfang 2009 im Vorjahresvergleich real unter 6% sank. Im Laufe des Jahres erholte sich die Wirtschaft mehr und mehr, und im IV. Quartal wurde bereits wieder eine Rate von 10,7% verzeichnet. Insgesamt stieg die Produktion damit im Jahr 2009 um 8,7%. Die japanische Wirtschaft hingegen brach ein, das BIP schrumpfte real um 5,3%. Dies und der Verfall der internationalen Rohstoffpreise ließen die deflationären Kräfte wieder aufkeimen. Im Jahresdurchschnitt ging das allgemeine Preisniveau um 1,4% zurück.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Real

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	- 0,8	+ 8,4	+ 4,2	- 1,8
Bergbau ¹⁾	- 1,5	- 1,7	+ 1,3	- 3,8
Sachgütererzeugung	+ 9,2	+ 7,5	+ 3,9	-11,7
Energie- und Wasserversorgung	- 5,7	+ 2,3	+ 5,8	+ 4,6
Bauwesen	- 0,6	+ 6,8	+ 1,8	- 5,4
Handel ²⁾	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 3,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,1	- 4,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 5,4	+ 3,2	+ 0,2	- 5,2
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 7,0	+ 6,0	+ 2,1	- 7,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 4,4	+ 2,8	+ 2,2	- 1,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 2,0	- 0,1	+ 1,5	+ 1,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,4
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,3	- 3,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	- 3,6

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

BIP-Rückgang 2009 in der EU stärker als in den USA

Der von den USA ausgehende Konjunkturunbruch erfasst die europäische Wirtschaft stärker als die der USA selbst. Teils war dies auf das unterschiedliche Ausmaß wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegen die Krise zurückzuführen.

Die exportorientierte europäische Wirtschaft erlitt 2009 den tiefsten Einbruch seit 65 Jahren. Im I. Quartal schrumpfte das BIP real um 2,5% gegenüber der Vorperiode bzw. 5% gegenüber dem Vorjahr. Ab der Jahresmitte besserte sich die Konjunkturlage etwas, und die Wirtschaft wuchs saisonbereinigt wieder. Im gesamten Jahr 2009 verringerte sich die Wirtschaftsleistung in der EU um insgesamt 4,2%. Damit war der Einbruch deutlich stärker als in den USA (-2,4%), von wo die Wirtschaftskrise ausgegangen war. In der EU war das Wachstum 2005/2008 höher gewesen als in den USA, allerdings weisen die USA längerfristig einen stärkeren Wachstumstrend auf. Diese Differenz reicht aber nicht aus, um die unterschiedliche Performance im Krisenjahr 2009 zu erklären. Vielmehr scheint die unterschiedliche Intensität wirtschaftspolitischer Maßnahmen ausschlaggebend gewesen zu sein. Sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik waren in den USA wesentlich expansiver angelegt als in der EU. So wurde der Leitzinssatz in den USA seit Ende 2008 auf einem Niveau von nahe 0% belassen, während er im Euro-Raum erst im Mai 2009 auf 1% gesenkt wurde. Misst man die Expansionskraft der Fiskalpolitik ausschließlich an der Verschlechterung des staatlichen Finanzierungssaldos – also ohne Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten – so erreichte sie in der EU im Jahr 2008 1,5% des BIP, in den USA dagegen 3,7% des BIP. Im Jahr 2009 war der Impuls in beiden Wirtschaftsräumen mit 4½% jedoch etwa gleich stark.

Die Reaktion auf dem Arbeitsmarkt war ebenfalls unterschiedlich, allerdings fiel hier der Einbruch im Euro-Raum deutlich geringer aus als in den USA. Die Arbeitslosenquote stieg im Euro-Raum von 7,6% im Jahr 2008 auf 9,4% 2009, in den USA von 5,8% auf 9,3%. Vor allem die aktive Arbeitsmarktpolitik Deutschlands schlug sich im EU-Durchschnitt positiv nieder. So blieb die Arbeitslosenquote in Deutschland nahezu unverändert (2008: 7,3%, 2009: 7,5%).

Im Zuge der Beruhigung auf den internationalen Finanzmärkten gewann der Euro im Laufe des Jahres 2009 gegenüber dem Dollar wieder deutlich an Wert (Ende Februar 1,26 \$ je Euro, Ende November 1,50 \$, +20%), zum Jahresende sank der Kurs aber etwas (Jahresendstand 1,44 \$).

Der merkliche Rückgang der Rohölpreise im Jahresvergleich sowie der Konjunkturunbruch dämpften den allgemeinen Preisauftrieb im Euro-Raum erheblich. Die Inflationsrate sank von 3,3% im Jahr 2008 auf 0,3% 2009.

Hatte die Wirtschaft der EU 27 im Jahr 2003 dank des dynamischen Wachstums in Ostmitteleuropa um 0,5 Prozentpunkte stärker expandiert als in der Untergruppe der 16 Euro-Länder, so dämpfte deren Entwicklung das Ergebnis der EU 27 im Jahr 2009. Der Wachstumsvorsprung der neuen EU-Länder verringerte sich schrittweise. Im Krisenjahr 2009 schrumpfte das BIP im Euro-Raum mit real 4,1% etwas schwächer als in der gesamten EU (-4,2%). Die Wirtschaft der neuen EU-Länder erwies sich als überaus krisenanfällig. Der Nachholbedarf war in den letzten Jahren großteils durch das Ausland finanziert worden. Mit Ausbruch der internationalen Finanzkrise versiegte der Kapitalzustrom. In der Folge gerieten die Währungen dieser Länder unter Druck, was die vielfach auf fremde Währungen lautenden Verbindlichkeiten erheblich verteuerte. Besonders betroffen waren davon die baltischen Länder. Ihre Wirtschaftsleistung brach 2009 um rund 15% ein. In Ungarn – Österreichs wichtigstem Wirtschaftspartner in dieser Region und der zweitgrößten Volkswirtschaft in Ostmitteleuropa – verschärfte sich die Krise der vergangenen Jahre weiter, das BIP schrumpfte um über 6%. Nur in Polen expandierte die Wirtschaft 2009 (+1,7%).

Seit dem Jahr 2003 verringert sich der Wachstumsvorsprung der neuen EU-Länder. Die Verlangsamung des zuvor dynamischen Wachstums in Ostmitteleuropa drückte 2009 die EU-Rate zusätzlich.

Mit real -3,6% sank das BIP in Österreich 2009 so stark wie seit über 60 Jahren nicht mehr. Der durch die internationale Wirtschaftskrise ausgelöste Nachfragerückgang ließ den heimischen Export zu Jahresbeginn einbrechen; Österreichs Wirtschaft schrumpfte im I. Quartal um 2,2% gegenüber der Vorperiode bzw. um 4,9% gegenüber dem Vorjahr. Auch im II. Quartal nahm die Wirtschaftsleistung ab, jedoch verlangsamte sich die Abwärtstendenz saisonbereinigt merklich. Ab der Jahresmitte war im Vorquartalsvergleich wieder ein Wachstum zu beobachten. Im IV. Quartal setzte sich die Erholung etwas abgeschwächt fort (+0,4% gegenüber der Vorperiode, III. Quartal +0,5%). Die Produktion lag jedoch nach wie vor erheblich unter dem Vorjahresniveau.

Trotz der starken Exportorientierung und hier der Ausrichtung nach Ostmitteleuropa hat die österreichische Wirtschaft die Krise gut bewältigt, vor allem im Vergleich mit der ebenfalls sehr außenwirtschaftsorientierten deutschen Wirtschaft (siehe Kasten).

Der Wert der Warenausfuhr verringerte sich laut Außenhandelsstatistik 2009 um ein Fünftel, wobei der Export in Länder der EU mit -21% etwas stärker einbrach als jener in Drittländer (-17%). Gleichzeitig sank auch der Wert der Warenimporte um 18,2%. Dabei spielte jedoch der Verfall der Rohstoffpreise im Vorjahresvergleich eine entscheidende Rolle, die Wareneinfuhrmenge verringerte sich also weniger stark.

International belebten die Konjunkturpakete die Nachfrage, sodass der Welthandel ab der Jahresmitte wieder wuchs. Davon profitierte auch der österreichische Export: Im Dezember 2009 lag die Warenausfuhr um nur mehr knapp 2% unter ihrem Vorjahresniveau.

Der Exporteinbruch traf besonders die heimische Sachgütererzeugung. Ähnlich der Warenausfuhr sank die Wertschöpfung gegenüber der Vorperiode im I. Quartal am stärksten (real -6,2%) und verbesserte sich im Jahresverlauf. Für das gesamte Jahr 2009 ergibt sich ein Rückgang der Wertschöpfung um real fast 12%. Trotz der bereitwilligen Umsetzung der von der Regierung beschlossenen Kurzarbeitszeitmodelle verringerte sich die Beschäftigung im Jahr 2009 in der Sachgüterproduktion um 6%.

Österreichs Wirtschaft 2009 eingebrochen

Die heimische Wirtschaft litt unter dem internationalen Rückgang des Warenhandels. Auch die Investitionsnachfrage war erheblich rückläufig, während der Konsum die Wirtschaft stabilisierte.

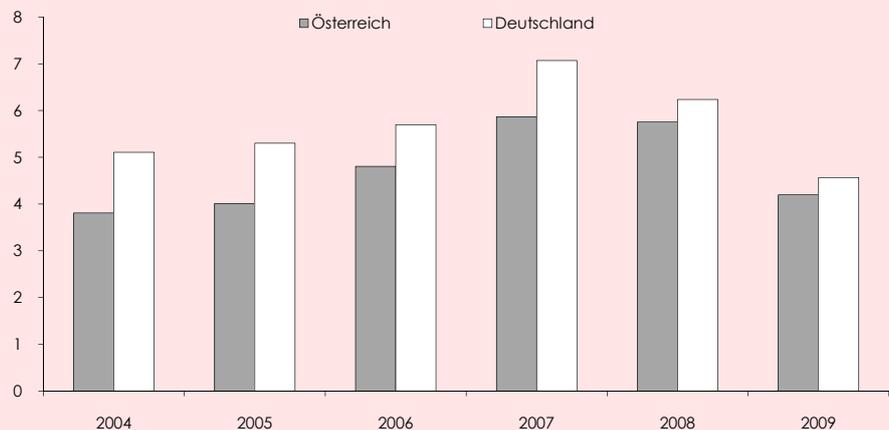
Wirtschaft in Österreich von der Krise weniger beeinträchtigt als in Deutschland

Sowohl Deutschland als auch Österreich sind äußerst exportorientierte Volkswirtschaften. Sie waren deshalb besonders betroffen, als gegen Ende 2008 die Nachfrage weltweit einbrach. Wegen der stärkeren Ausrichtung des Außenhandels auf Ostmitteleuropa war die österreichische Wirtschaft zusätzlich durch den dort überdurchschnittlichen Nachfrageausfall gefährdet. Während die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 um 5,0% schrumpfte, ging das BIP in Österreich nach ersten Berechnungen jedoch real um nur 3,6% zurück. Der Wert der Exporte wie der Importe sank in Österreich sogar etwas stärker als in Deutschland. Allerdings hat der Außenhandelsüberschuss in Deutschland ein größeres Gewicht in der Gesamtnachfrage als in Österreich (Abbildung 1): So betrug der nominelle Außenbeitrag in Deutschland im Durchschnitt der letzten vier Jahre vor der Krise 5,8% des nominalen BIP, in Österreich nur 4,6%. Eine Verschlechterung des Außenbeitrags schlägt deshalb in Deutschland viel stärker auf die Gesamtwirtschaft durch als in Österreich (Abbildung 2).

Auch die Industrieproduktion entwickelte sich in Österreich in der Krise (Produktionsindex 2009 –11,8%) günstiger als in Deutschland (–16,9%).

Abbildung 1: Entwicklung des Außenbeitrags

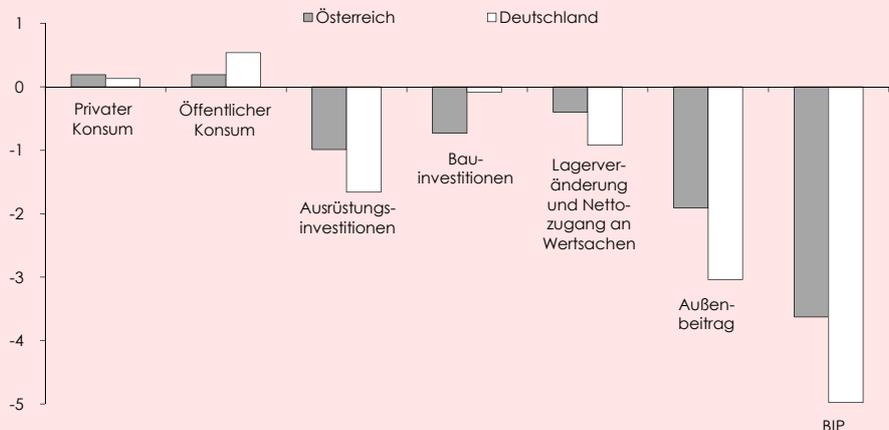
Nettoexporte in % des BIP, nominell



Q: WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2: Nachfragekomponenten, real

Beitrag zum Wachstum des BIP 2009 in Prozentpunkten



Q: WIFO.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Real

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,6
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4
Staat	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,2	+ 1,2
Bruttoinvestitionen	+ 3,0	+ 3,9	+ 0,3	- 9,3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,4	+ 3,8	+ 1,0	- 7,8
Ausrüstungen	- 0,5	+ 5,0	± 0,0	-12,1
Bauten	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,8	- 6,1
Inländische Verwendung	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,3	- 1,8
Exporte	+ 7,5	+ 9,4	+ 0,8	-15,5
Importe	+ 5,3	+ 7,3	- 0,7	-13,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	- 3,6

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 3: Inländische Verwendung

Zu laufenden Preisen

	2009 Mrd. €	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	276,89	- 1,8
Minus Exporte	138,78	- 17,1
Plus Importe	127,15	- 15,8
Inländische Verwendung	265,26	- 0,1
Konsumausgaben insgesamt	206,10	+ 2,3
Private Haushalte ¹⁾	151,12	+ 1,5
Staat	54,99	+ 4,6
Bruttoinvestitionen	59,04	- 7,8
Bruttoanlageinvestitionen	57,68	- 6,3
Ausrüstungen	20,25	- 11,9
Bauten	32,53	- 3,5
Vorratsveränderung ²⁾	1,36	
Statistische Differenz	0,12	

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Übersicht 4: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren,				
Nominell	+ 9,5	+10,5	+ 2,5	-19,9
Real	+ 6,4	+ 9,0	+ 0,3	-17,7
Importe, Waren				
Nominell	+ 8,0	+ 9,6	+ 4,7	-18,2
Real	+ 4,1	+ 7,6	+ 0,2	-15,2
Terms-of-Trade	- 0,7	- 0,5	- 2,1	+ 0,9
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 0,46	+ 0,43	- 2,04	- 3,66
In % des BIP	- 0,2	+ 0,2	- 0,7	- 1,3
Leistungsbilanz				
Mrd. €	+ 7,26	+ 9,62	+ 9,04	+ 6,43
In % des BIP	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,3

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO.

Die trüben Wirtschaftsaussichten und die ungünstigen Finanzierungsbedingungen hatten auch eine erhebliche Einschränkung der Investitionen zur Folge. Die Investitionen in Ausrüstungsgegenstände wurden 2009 um real 12,1% gedrosselt. Besonders

die Anschaffungen von Fahrzeugen gingen zurück (real fast –30%). In Maschinen- und Elektrogeräte wurde 2009 real um 5½% weniger investiert als im Vorjahr.

Ungünstig entwickelte sich 2009 auch die heimische Bauwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen für diesen Bereich waren teils vom Volumen her zu gering, größere Vorhaben konnten teils nicht kurzfristig umgesetzt werden. Deshalb schrumpften die Bauinvestitionen real um gut 6%. Die Wohnbauinvestitionen sanken mit real über –10% deutlich stärker als die übrigen Bauinvestitionen (–3%). In der Folge brach auch die Wertschöpfung der Bauwirtschaft ein (real –5,4%), die Beschäftigung wurde abgebaut.

Die rasche Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigte wegen der Arbeitsplatzunsicherheit die Konsumbereitschaft; dennoch erhöhten sich die Konsumausgaben im Krisenjahr 2009 real um 0,4%. Dies leistete einen wichtigen Beitrag zur Dämpfung der negativen Effekte der Krise auf die heimische Wirtschaft. Ermöglicht wurde diese Konsumausweitung durch einen deutlichen Anstieg der realen Arbeits-einkommen, der auf die in das Jahr 2009 vorgezogene Steuerreform, die relativ hohen Lohnabschlüsse aus dem Jahr 2008 und die merkliche Verlangsamung des Preisauftriebs zurückging.

Die Wirtschaftskrise beeinträchtigte auch den heimischen Tourismus. Die Nächtigungen dürften nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2009 um rund 2% zurückgegangen sein. Der Umsatzrückgang sollte mit etwas über –3% etwas höher sein, da zahlreiche Tourismusbetriebe dem Ausbleiben von Gästen mit Sonderangeboten begegneten. Österreich profitierte in der Krise durch seine geographische Nähe zu den wichtigsten Herkunftsmärkten, weil viele Gäste eine Nahdestination einer Fernreise vorgezogen haben dürften. Die Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland gingen nach vorläufigen Berechnungen um nur rund 3% zurück, im internationalen Vergleich eine günstige Entwicklung. Die Nächtigungen von heimischen Gästen in Österreich stiegen 2009 sogar um rund 1,5%. Vor allem im 2. Halbjahr war eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Die Nachfrage von inländischen Reisenden nach Auslandsaufenthalten ließ dagegen nach, der Reiseverkehrsimport nahm im 2. Halbjahr 2009 ab.

Österreichs günstige Lage als Nahdestination zu den wichtigen Herkunftsregionen hielt den Einbruch im heimischen Tourismus 2009 in Grenzen.

Übersicht 5: Verteilung des Nettonationaleinkommens

Zu laufenden Preisen

	2009 Mrd. €	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	140,50	+ 1,4
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	107,74	– 5,1
Produktionsabgaben minus Subventionen	28,65	– 3,8
Bruttoinlandsprodukt	276,89	– 1,8
Primäreinkommen an die übrige Welt	27,90	– 21,3
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	24,98	– 19,4
Bruttonationaleinkommen	273,98	– 1,2
Minus Abschreibungen	44,53	+ 3,0
Nettonationaleinkommen	229,44	– 2,0
Laufende Transfers an die übrige Welt	4,19	+ 3,2
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,34	– 7,5
Verfügbares Nettonationaleinkommen	227,59	– 2,2

Q: WIFO.

Der Verfall der internationalen Rohstoffpreise und die weit unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung hatten einen kräftigen Rückgang der Inflationsrate zur Folge. Nach +3,2% im Jahr 2008 erhöhte sich das allgemeine Preisniveau 2009 um nur 0,5%. Mitte 2009 war in einigen Monaten sogar ein Rückgang der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr festzustellen (Juli –0,3%). Der harmonisierte Verbraucherpreis-

index für Österreich stieg 2009 ebenfalls um 0,4%, ähnlich schwach wie im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,3%).

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9
Exportpreise Waren	+ 3,0	+ 1,4	+ 2,2	- 2,6
Importpreise Waren	+ 3,7	+ 1,9	+ 4,4	- 3,5
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 19,7	+ 3,7	+ 22,4	- 29,2
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 0,9	- 0,4	- 1,6	+ 0,8
Waren	- 0,7	- 0,5	- 2,1	+ 0,9
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 4,9	+ 5,3	+ 5,4	+ 1,4
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Die Beschleunigung des Konjunkturerinbruchs Anfang 2009 wirkte sich unmittelbar auf den Arbeitsmarkt aus, die Beschäftigung verringerte sich spürbar. Innerhalb eines Jahres gingen rund 40.000 Stellen verloren (-1,4%). Die um Saisoneffekte bereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten reagierte recht schnell auf die Besserung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte. Nachdem bis zur Jahresmitte rund 47.000 Stellen abgebaut worden waren, nahm die Beschäftigung bis Jahresende wieder leicht zu (+8.000).

Trotz der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Dämpfung der negativen Effekte reagierte der Arbeitsmarkt 2009 relativ rasch und stark auf die Wirtschaftskrise.

Übersicht 7: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Angebot an Arbeitskräften				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,3
Unselbständige ²⁾	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,1
Arbeitslosenquote³⁾	6,8	6,2	5,8	7,2
Arbeitsmarktnachfrage				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,3	- 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,4	- 1,4
Sachgütererzeugung ⁵⁾	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,7	- 6,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 4,4	+ 5,6	+ 5,7	- 1,3
Geleistete Arbeitszeit der Beschäftigten pro Kopf, Sachgütererzeugung	+ 0,2	- 0,3	- 0,5	- 3,8
Beschäftigungsquote ⁶⁾	63,9	64,9	66,1	65,2
Lohnstückkosten⁷⁾				
Gesamtwirtschaft (VGR)	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,8	+ 5,1
Sachgütererzeugung ⁸⁾	- 4,2	- 1,7	+ 1,0	+ 9,7
Produktivität				
BIP pro Kopf (Erwerbstätige; laut VGR)	+ 2,0	+ 1,8	- 0,2	- 2,6
Sachgütererzeugung je geleistete Beschäftigtenstunde	+ 8,8	+ 5,1	+ 2,7	- 2,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst) + Selbständige + Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Angebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁶⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit. – ⁸⁾ Korrektur 2009 unter Berücksichtigung der Kosteneffekte durch Kurzarbeit.

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich annähernd spiegelbildlich. Die um Saisoneffekte bereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg von 235.000 Anfang 2009 auf fast 270.000 im Herbst. Danach stabilisierte sich die Situation bis zum Jahresende. Insgesamt war die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um rund 48.000 bzw. 22,6% höher als im Vorjahr (einschließlich Arbeitslose in Kursmaßnahmen +61.600 bzw.

+23,4%). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich gemäß österreichischer Berechnungsmethode von 5,8% (2008) auf 7,2%, gemäß der EU-weit harmonisierten Berechnungsmethode von 3,8% auf 5,0%.

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)
 Statistik: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at),
 Nora Popp (popp@wifo.ac.at)

EZB behält expansiven Kurs bei – innovative Maßnahmen

Die europäische Geldpolitik setzte 2009 den expansiven Kurs fort, den sie im Vorjahr als Reaktion auf die Finanzmarktkrise eingeschlagen hatte. Das konventionelle Instrument der Zinssatzsenkung wurde mit unkonventionellen geldpolitischen Instrumenten kombiniert. Unterstützt wurde dieser Kurs dadurch, dass die Inflationsrate die als Obergrenze für Preisstabilität geltende Grenze von 2% unterschritt, und durch die Konjunktur, die zur Jahreswende 2008/09 ihren unteren Wendepunkt durchlief. Kurzfristig ging daher von der Nachfrageseite kaum Druck auf die Preise aus. Die Stagnation des Geldmengenaggregates M3 gegenüber Dezember 2008 (-0,3%) und die nur verhaltene Zunahme der Kredite an den privaten Sektor (+0,7%) dämpfen auch mittelfristig den Inflationsdruck im Euro-Raum. Darüber hinaus begründete die ausgeprägte Schwäche der Kreditwirtschaft eine Niedrigzinspolitik.

Übersicht 8: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlage- fazilität	Spitzen- refinanzie- rungsfazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäft Mengen- tender In %	Basiszinssatz	Referenz- zinssatz
6. Dezember 2005	1,25	3,25	2,25	1,47	3,25
8. März 2006	1,50	3,50	2,50	1,47	3,75
27. April 2006	1,50	3,50	2,50	1,97	3,75
15. Juni 2006	1,75	3,75	2,75	1,97	3,75
9. August 2006	2,00	4,00	3,00	1,97	4,25
11. Oktober 2006	2,25	4,25	3,25	2,67	4,25
13. Dezember 2006	2,50	4,50	3,50	2,67	4,75
14. März 2007	2,75	4,75	3,75	3,19	4,75
13. Juni 2007	3,00	5,00	4,00	3,19	5,25
9. Juli 2008	3,25	5,25	4,25	3,70	5,25
8. Oktober 2008	2,75	4,75	4,25	3,70	5,25
9. Oktober 2008	3,25	4,25	4,25	3,70	4,50
15. Oktober 2008	3,25	4,25	3,75	3,13	4,50
12. November 2008	2,75	3,75	3,25	2,63	4,00
10. Dezember 2008	2,00	3,00	2,50	1,88	3,25
21. Jänner 2009	1,00	3,00	2,00	1,38	3,25
11. März 2009	0,50	2,50	1,50	0,88	2,75
8. April 2009	0,25	2,25	1,25	0,88	2,75
13. Mai 2009	0,25	1,75	1,00	0,38	2,00

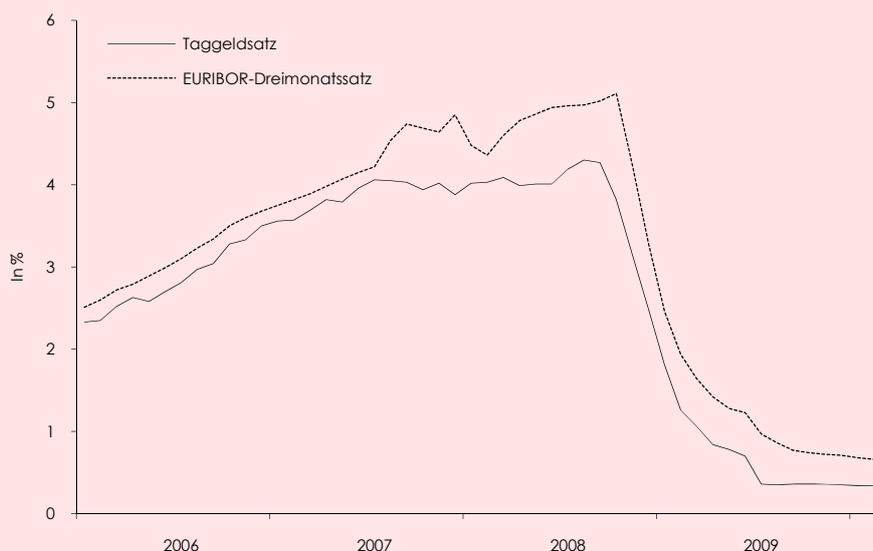
Q: EZB, OeNB.

Die EZB verwendete in den Hauptrefinanzierungsgeschäften Mengentender mit unbeschränkter Zuteilung als neuen Mechanismus, um dem Kreditwesen Liquidität zuzuführen.

Die EZB senkte zwischen Mitte Jänner und Anfang Mai 2009 in vier Schritten den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 2,5% auf 1% (Übersicht 8). Daneben wurde die Zuteilung von Liquidität im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte von einem Zinstender auf einen Mengentender mit vollständiger Zuteilung umgestellt. Zusätzlich wurden seit Mai 2009 Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeiten bis zu 12 Monaten getätigt. Das erste Geschäft dieser Art fand am 24. Juni statt; die EZB stellte dabei dem europäischen Bankensystem 442 Mrd. € zur Verfügung. Die Zuteilung der Mittel erfolgte ebenfalls in einem Tender mit fixem Zinssatz von 1% bei voller Zuteilung der gewünschten Menge an die Kreditinstitute. Das letzte Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von 12 Monaten wurde am 16. Dezember 2009 mit einem Volumen von 97 Mrd. € abgewickelt; es sah bereits einen variablen Zuschlag auf den Mindestrefinanzierungssatz vor, der künftige Anhebungen der Leitzinssätze in die Refinanzierungskosten der Kreditinstitute übertragen

soll. Das letzte Pensionsgeschäft mit einer Laufzeit von 6 Monaten wurde für März 2010 angekündigt. Im Jahr 2009 erfolgten selbst die regelmäßigen Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 3 Monaten zu einem festen Zinssatz und mit voller Zuteilung der gewünschten Mengen. Diese Bedingungen für die regulären Wertpapierpensionsgeschäfte sollen zumindest bis April 2010 weiter gelten. Die EZB lockerte auch die Voraussetzungen für die Annahme von Wertpapieren in Pensionsgeschäften. Erstmals setzte die EZB Offenmarktgeschäfte als geldpolitisches Instrument ein und beschloss, besicherte Schuldverschreibungen im Wert von 60 Mrd. € auf den europäischen Primär- und Sekundärmärkten direkt anzukaufen. Davon erwartete sie sich eine Stützung illiquider Märkte.

Abbildung 3: Geldmarktzinssätze in Österreich



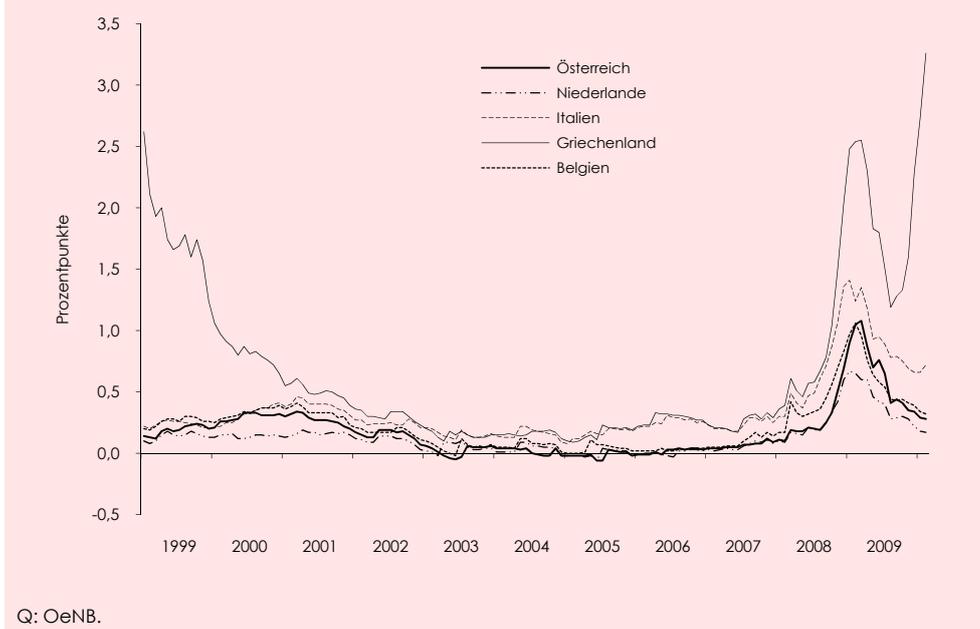
Q: OeNB, EZB.

Entsprechend den geldpolitischen Vorgaben gingen die Zinssätze auf dem europäischen Geldmarkt im Jahresverlauf zurück. In der ersten Jahreshälfte bestimmten noch die Leitzinssatzsenkungen der EZB diese Bewegung, ab der Jahresmitte verringerte sich aber das Misstrauen zwischen den Marktteilnehmern. Dazu trugen auch andere stabilisierende Maßnahmen der Regierungen bei, wie etwa die Zuführung von Eigen- und Partizipationskapital in Kreditinstitute mit niedriger Eigenmittelausstattung, die Übernahme staatlicher Garantien für Bankemissionen, die Teilung von Instituten in Good Banks und Bad Banks sowie der Aufbau staatlicher Clearingstellen für das Interbankgeschäft.

Der Taggeldsatz sank rasch auf ein neues Gleichgewichtsniveau, während der Dreimonatszinsatz für den unbesicherten Interbankgeldmarkt (Euribor) erst langsam auf ein Niveau konvergiert, das mit der hohen Liquiditätsversorgung übereinstimmt (Abbildung 3). Der langsame Abbau des Zinsdifferentials zwischen Dreimonats- und Taggeld hing auch mit dem Rückgang der Umsätze auf dem unbesicherten Dreimonats-Interbankenmarkt um 25% (2009) zusammen; die Umsätze auf dem besicherten Interbankenmarkt (Repomarkt) zogen hingegen um 5% an. Die starke Ausweitung der Liquiditätszufuhr wirkte daher nicht inflationstreibend. Das Preisniveau ist in der Eurozone stabil, und die von der EZB befragten Professional Forecaster erwarten auch für die nächsten Jahre keine Inflationsbeschleunigung. Zurzeit wirken vorwiegend Rohstoffe und die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar im Gefolge der Griechenland-Krise preissteigernd.

Obwohl das niedrigere Niveau der Leitzinssätze und staatliche Haftungen den europäischen Interbankenmarkt belebten, signalisiert die divergierende Entwicklung der Aktivitäten auf dem besicherten und dem unbesicherten Geldmarkt noch immer ein erhebliches Ausmaß an Misstrauen.

Abbildung 4: Zinsabstand für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark) zu Deutschland



Die Abnahme der Risikobereitschaft der Anleger erleichtert die Finanzierung steigender öffentlicher Defizite und erhöht den Zinsaufschlag für Staatsanleihen mit geringer Bonität.

Die öffentlichen Haushalte profitierten stark von der Abnahme der Risikobereitschaft der Anleger. Die Nachfrage nach Wertpapieren verlagerte sich zu festverzinslichen Staatsanleihen mit guter Bonität. Trotz der Ausweitung der öffentlichen Defizite in der EU 27 von 2,3% (2008) auf 6,9% des BIP (2009) nahmen die Renditen in den meisten Ländern der Währungsunion gegenüber dem Vorjahr ab. So sank die Rendite für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Benchmark) bereits seit Mitte 2008 und lag Ende 2009 um etwa 50 Basispunkte unter dem Ausgangsniveau. Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Bonität der Republik Österreich konnten jedoch noch nicht vollständig abgebaut werden. Die mit der Schaffung der Währungsunion gewonnene Konvergenz der Renditen europäischer Staatsanleihen auf das Niveau deutscher Bundesanleihen ging mit dem Beginn der Finanzmarktkrise 2007 langsam wieder verloren. 2008 verschärfte sich das Tempo für Länder mit hoher Staatsschuldenquote wie etwa Belgien und Italien, während die anderen Anleihemärkte in Europa von der Entspannung auf dem Geldmarkt profitierten. In Griechenland zog der Verlust von Vertrauen in die veröffentlichten Zahlenwerke und in die Fähigkeit zur Stabilisierung des öffentlichen Haushaltes eine deutliche Ausweitung des Zinsabstands gegenüber der deutschen Benchmark-Anleihe nach sich. Trotzdem hat die Teilnahme an der Währungsunion für die Zinsbelastung des griechischen Staates im langfristigen Vergleich positive Effekte. Der Zinsabstand zu deutschen Bundesanleihen von 3,3 Prozentpunkten im Februar 2010 entspricht ungefähr dem Wert vom Dezember 1998 – also einige Jahre vor dem Eintritt Griechenlands in die Währungsunion. Davor war der Abstand wesentlich größer, teilweise sogar zweistellig (z. B. Jänner 1995 11,4%).

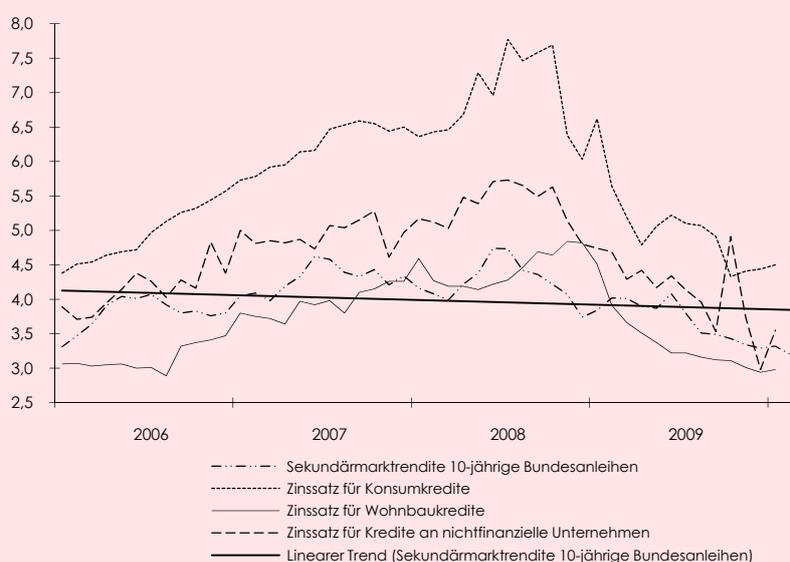
Zinssatzsenkungen an Sparer und Kreditnehmer weitergegeben

Die expansive Geldpolitik bewirkte eine deutliche Drehung der Zinsstrukturkurve vom negativen (2008) in den positiven (2009) Bereich. Ab Februar lag der Unterschied zwischen der Sekundärmarktrendite für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren und dem Zinssatz auf unbesicherte Interbankgeschäfte (Euribor) stabil im Bereich um 2,5 Prozentpunkte. Die Einlagenzinssätze für private Haushalte reagierten ebenfalls auf die Zinssenkungsschritte der EZB. Das Angebot günstiger Refinanzierungsbedingungen durch die EZB verringerte besonders für Sparer mit kurzfristigem Veranlagungshorizont bis Dezember 2009 die erzielbare Rendite auf 1,2%. Für längere Bindungsfristen machte sich bereits die Steilheit der Zinsstrukturkurve bemerkbar: Spareinlagen mit einer Bindung von mehr als zwei Jahren erreichten im Dezember eine Verzinsung von durchschnittlich 2,4%.

Die Kreditzinssätze nahmen im Jahresverlauf 2009 mit kurzen Unterbrechungen um die Jahresmitte ab. Besonders stark profitierten Konsumentenkredite mit einer Lauf-

zeit von 1 bis 5 Jahren von den günstigeren Refinanzierungsbedingungen der Kreditinstitute. Für diese Kategorie sank der Zinssatz bis zum Jahresende um 2,2 Prozentpunkte (Abbildung 5). Wesentlich schwächer sanken mit rund $-0,5$ Prozentpunkten die Zinssätze für langfristige Konsum- und Wohnbaukredite. Beide Kreditarten stehen in enger Beziehung zur Fremdwährungsfinanzierung in Schweizer Franken oder Yen. Obwohl die Finanzmarktaufsicht und die OeNB dieser Finanzierungsform auf Druck internationaler Organisationen sehr kritisch gegenüberstehen und aktiv die weitere Vergabe von Fremdwährungskrediten an österreichische Privathaushalte behinderten, entwickelten sich die Finanzierungskosten für langfristige Euro-Kredite gleich wie die Zinssätze für Fremdwährungskredite in den beiden Währungen. Mit der Einführung strenger Kriterien für die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern an private Haushalte im März 2010 dürfte dieser Markt zusammenbrechen, die Kreditzinssätze dürften sich von Vorgaben durch ausländische Niedrigzinsländer entkoppeln¹⁾.

Abbildung 5: Zinssatzentwicklung in Österreich



Q: OeNB.

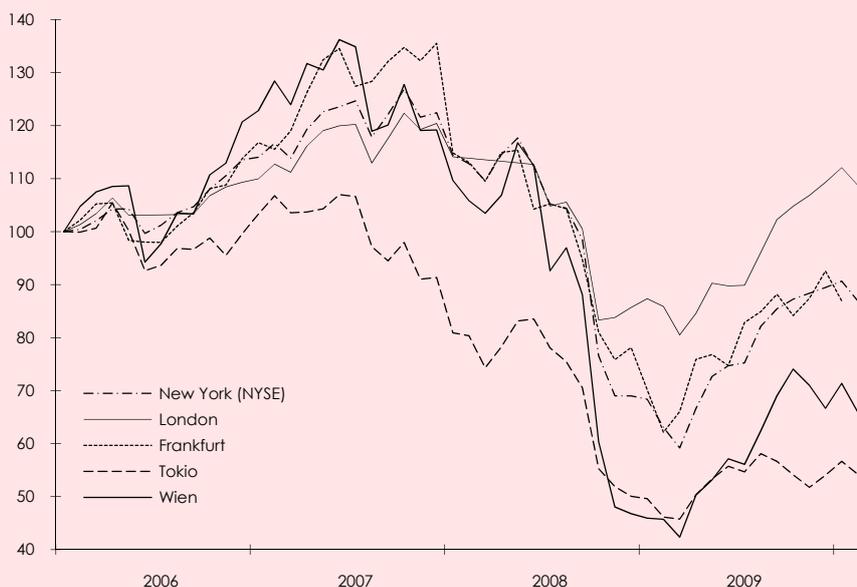
Die Aktienmärkte setzten bis zum März 2009 die Abwärtsentwicklung des Vorjahres fort. Während die Verluste in Wien, London und Tokio in dieser Phase nur mehr gering waren, blieb die Abwärtsspirale in Frankfurt und New York unvermindert steil. Weitgehend gleichzeitig begannen alle wichtigen Börseplätze und auch Wien im Frühjahr eine rasante Aufholbewegung, die bis zum Jahresende in Kurssprüngen zwischen $+18\%$ (Tokio) und $+57\%$ (Wien) mündete. Investoren konnten auf den europäischen Aktienmärkten in der zweiten Jahreshälfte auch Wechselkursgewinne erzielen. Im Frühsommer 2009 geriet der Dollar in eine Schwächephase, die bis zum Dezember eine Abwertung gegenüber dem Euro um 9% (gegenüber dem Vorjahr) erbrachte. Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner wertete der Euro ebenfalls auf, wobei größere Ausschläge erst in der zweiten Jahreshälfte zu verzeichnen waren. Im Dezember war der nominell-effektive Wechselkurs im Vorjahresvergleich um 1% höher als ein Jahr zuvor. Die vergleichsweise hohe Preisstabilität in Österreich glied einen Großteil der Aufwertung aus, sodass der real-effektive Wechselkurs zum Jahresende um nur $0,5\%$ über dem Wert vom Dezember 2008 lag.

Aktienmärkte erholen sich ab dem Frühjahr

¹⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(4), S. 315-319, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39163&typeid=8&display_mode=2.

Abbildung 6: Internationale Börsenindizes

Jänner 2006 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

Deutliche Spuren der Finanzmarktkrise in der Bankenlandschaft

Die Finanzmarktkrise hinterließ in der österreichischen Bankenlandschaft deutliche Spuren. Ein Institut konnte durch gemeinsame Bemühungen der großen Geldinstitute aufgefangen werden, andere nur mehr durch eine Verstaatlichung. Die bereits im Vorjahr durch den Bund übernommene Kommunalkredit wurde am 28. November 2009 in eine Good Bank und eine Bad Bank aufgespalten. Unter dem Namen Kommunalkredit Austria AG wird das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft weiter fortgeführt, während die KA Finanz AG das Wertpapier- und Derivat-Portfolio (CDS) sowie die Aktivitäten der Tochtergesellschaft auf Zypern abbaut. Diese Konstruktion ermöglicht gleichzeitig eine Bereinigung der Bilanz der Good Bank und eine Abwicklung der riskanten Veranlagungen mit möglichst geringen Abschreibungsverlusten in der Bad Bank. Im Dezember folgte mit der Hypo Group Alpe Adria eine weitere Verstaatlichung eines großen Kreditinstitutes. Die Hypo Group Alpe Adria wurde nach zähen Verhandlungen mit den Eigentümern am 14. Dezember 2009 durch die Republik Österreich übernommen. Ihre Restrukturierung wurde im Frühjahr 2010 durch die Bestellung eines neuen Vorstands fortgesetzt. Für die bereits 2008 im Sog des zusammenbrechenden Pyramidenspiels der Bernard L. Madoff Investment Securities LLC aus den USA in Notlage geratene Bank Medici bestimmte die FMA nach dem Rücktritt des Vorstands Anfang 2009 einen Regierungskommissär. Im Mai 2009 wurde wegen nachhaltiger Unterschreitung des erforderlichen Eigenkapitals die Bankkonzession entzogen.

Verkürzung der Bilanzsumme über Interbanken- und Auslandsgeschäft

Die österreichischen Kreditinstitute verkürzten 2009 ihre Bilanzsumme um knapp 3,3%. Sie reagierten damit sowohl auf die Verknappung des Angebotes auf dem Interbankenmarkt als auch auf das wachsende Misstrauen internationaler Anleger (Übersicht 9). Den mit den intensiven Ostaktivitäten der österreichischen Finanzwirtschaft verbundenen Ausfallsrisiken wurde allgemein eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit zugemessen. Angesichts des großen Leistungsbilanzdefizits in einigen Ländern Osteuropas in Verbindung mit einem hohen Anteil an Fremdwährungskrediten wuchs die Befürchtung einer raschen und unkontrollierten Übertragung von Finanzkrisen unter den Ländern in Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Der Anteil ausländischer Aktiva und Passiva an der Bilanzsumme schrumpfte 2009.

Auf der Aktivseite suchten die Kreditinstitute sichere Veranlagungen und verschärfen vor allem in der ersten Jahreshälfte sowohl die Kreditbedingungen als auch die Konditionen der Kreditvergabe. Als Alternative investierten sie in Wertpapiere (vor

allem Bundesanleihen) und vergaben Direktkredite an den öffentlichen Sektor. Die Direktkredite an andere Wirtschaftssektoren blieben im Vorjahresvergleich konstant (private Haushalte) oder wurden geringfügig eingeschränkt (Unternehmen). Befürchtungen über eine Kreditklemme im Gefolge der Finanzmarktkrise dürften sich nicht bewahrheitet haben. Diese Schlussfolgerung wurde auch durch mehrere Umfragen der OeNB in Zusammenarbeit mit dem WIFO bestätigt (OeNB, 3. Kreditbericht vom November 2009).

Übersicht 9: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2000	2005	2008	2009	2000	2005	2008	2009	2007	2008	2009
	Mrd. €				Anteile an der Bilanzsumme in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Aktiva											
Inländische Zwischenbankforderungen	88,7	105,6	214,3	199,0	15,8	14,6	20,0	19,2	+ 14,3	+ 64,4	- 7,1
Inländische Wertpapiere	53,0	60,1	77,9	91,6	9,4	8,3	7,3	8,9	+ 2,4	+ 30,8	+ 17,6
Direktkredite	224,9	263,3	306,2	302,3	40,0	36,3	28,6	29,2	+ 3,6	+ 7,4	- 1,3
An den öffentlichen Sektor	28,7	29,1	25,1	26,1	5,1	4,0	2,3	2,5	- 8,4	- 4,7	+ 4,2
An Unternehmen	112,3	108,9	133,6	130,1	20,0	15,0	12,5	12,6	+ 5,1	+ 9,5	- 2,6
An private Haushalte	75,0	104,9	121,5	121,3	13,3	14,5	11,4	11,7	+ 5,8	+ 5,5	- 0,1
Euro-Kredite	185,4	210,1	250,8	249,9	33,0	29,0	23,5	24,2	+ 6,8	+ 5,2	- 0,4
Fremdwährungskredite	39,5	53,2	55,4	52,3	7,0	7,3	5,2	5,1	- 10,3	+ 19,0	- 5,6
Auslandsaktiva	157,8	245,9	376,5	337,8	28,0	33,9	35,2	32,7	+ 19,6	+ 7,3	- 10,3
Passiva											
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	101,0	120,1	246,4	212,5	18,0	16,6	23,1	20,6	+ 13,5	+ 69,4	- 13,8
Sichteinlagen	34,5	58,1	73,3	84,4	6,1	8,0	6,9	8,2	+ 10,4	+ 7,0	+ 15,2
Termineinlagen	18,3	22,1	43,3	32,3	3,3	3,0	4,0	3,1	+ 51,5	+ 13,1	- 25,4
Spareinlagen	119,7	136,9	155,4	159,0	21,3	18,9	14,5	15,4	+ 4,5	+ 6,3	+ 2,3
Fremdwährungseinlagen	3,3	3,7	3,8	3,4	0,6	0,5	0,4	0,3	+ 32,3	- 28,5	- 12,2
Eigene Inlandsemissionen	64,7	84,1	157,9	167,5	11,5	11,6	14,8	16,2	+ 24,5	+ 30,4	+ 6,1
Auslandspassiva	174,8	234,8	269,6	248,5	31,1	32,4	25,2	24,0	+ 5,4	- 1,4	- 7,8
Bilanzsumme	562,7	725,7	1.069,1	1.034,2	100,0	100,0	100,0	100,0	+ 12,8	+ 18,8	- 3,3

Q: OeNB.

Schwieriger dürfte für die Unternehmen der Zugang zu Lieferantenkrediten geworden sein. Diese für kurzfristige Verbindlichkeiten wichtige Finanzierungsquelle geriet durch den allgemein hohen Liquiditätsbedarf und den teilweisen Zusammenbruch des Marktes für private Kreditversicherungen ins Stocken.

Die Dämpfung der Fremdwährungskredite war weniger eine direkte als eine indirekte Folge der Finanzmarktkrise. Endfällige Fremdwährungskredite mit einem Tilgungsträger litten zwar unter dem Kursverfall an den Börsen. Größeren Einfluss hatten jedoch die verstärkten Bemühungen der österreichischen Aufsichtsbehörden zur Einschränkung neuer und zur Umwandlung bestehender Fremdwährungskredite. Ab März 2010 dürfte die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten durch die Anwendung der neuen FMA-Richtlinie²⁾ zum Erliegen kommen.

Das Sicherheitsstreben der Anleger machte sich für die Kreditinstitute in einer starken Steigerung der Sichteinlagen bemerkbar (Übersicht 9); auch die Spareinlagen profitierten von der unbegrenzten staatlichen Garantie. Diese Garantie lief mit Jahresende 2009 aus und wurde durch eine neue Regelung ersetzt, die mit 1. Jänner 2010 eine Obergrenze für die Einlagensicherung von 100.000 € festlegt. Die Sicherungseinrichtungen der Kreditinstitute hatten bis zu einem Betrag von 50.000 € je Einleger. Darüber hinausgehende Kapitalverluste ersetzt bis zur neuen Höchstgrenze die Republik Österreich.

Weitere Garantieinstrumente des Bundes ermöglichten auch die Refinanzierung über den kurzfristigen Interbankenmarkt und den langfristig ausgelegten Markt für Bankemissionen. Die Oesterreichische Clearingbank AG vermittelt Investoren an in-

**Refinanzierung der
Kreditinstitute durch
staatliche Garantien
gesichert**

²⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(4), S. 315-319, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39163&typeid=8&display_mode=2.

teressierte Kreditinstitute. Sie hatte bereits Anfang 2009 einen Bestand an Ausleihungen von 1,3 Mrd. €, der im Jahresverlauf auf bis zu 4,6 Mrd. € stieg und zum Jahresende noch immer 1,2 Mrd. € betrug. Insgesamt wurden über die Clearingbank 8,5 Mrd. € und 0,7 Mrd. \$ an Kreditinstitute vermittelt. Die staatlich garantierten Bankemissionen erreichten Ende 2009 insgesamt 19,4 Mrd. € und übertrafen damit sogar den Gesamtzuwachs an Bankemissionen des Jahres 2009. Schließlich unterstützte der Staat die Kreditwirtschaft auch in Form von Rekapitalisierungen durch Eigenkapital, Garantien, Haftungen und Bürgschaften. Insgesamt sind dafür im Finanzmarktstabilitätsgesetz 15 Mrd. € vorgesehen, die bisher zu 7,4 Mrd. € ausgenutzt wurden. Der Großteil dieser Mittel (6,5 Mrd. €) wurde der Kreditwirtschaft 2009 zugeführt.

Hohe Wertberichtigungen drücken EGT ins Minus

Die Ertragslage der Kreditwirtschaft profitierte von der Zinspolitik der EZB. Die Zunahme des Nettozinsetrags erleichterte den Aufbau von Wertberichtigungen für erwartete Kreditausfälle und milderte den Rückgang in den anderen Einnahmekategorien. Vor allem die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen brachen 2009 auf die Hälfte ein, nachdem sie sich erst 2008 verdoppelt hatten. Doch auch das Provisionsgeschäft war durch die verhaltene Nachfrage privater Haushalte nach Wertpapieren geprägt und schrumpfte. Der Saldo aus Finanzgeschäften drehte sich hingegen ins Positive. Die Betriebsaufwendungen konnten nicht im selben Ausmaß gekürzt werden, wie es dem Ausfall an Betriebserträgen entsprochen hätte. Trotzdem erwartete die Kreditwirtschaft 2009 mit 6,8 Mrd. € ein deutlich positives Betriebsergebnis. Wegen der hohen Vorsorge für erwartete Kreditausfälle (4,3 Mrd. €) und der Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen (4,1 Mrd. €) dürfte das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 2009 erstmals seit Einführung der geltenden Bilanzierungsregeln negativ gewesen sein (-1,6 Mrd. €). Für den gesamten Euro-Raum schätzt der IWF den Wertberichtigungsbedarf für Kredite, Wertpapiere und Beteiligungen über den Zeitraum 2007 bis 2010 auf 814 Mrd. \$; davon entfielen etwa 60% auf Kredite (IWF, Global Financial Stability Report, Oktober 2009).

Thomas Url (Thomas.Url@wifo.ac.at)

Statistik: Ursula Glauningner (Ursula.Glauningner@wifo.ac.at)

Wirtschaftskrise hinterlässt tiefe Spuren im Außenhandel

Die internationale Wirtschaftskrise hinterließ 2009 tiefe Spuren im Welthandel und schlug voll auf den österreichischen Außenhandel durch. Wie im Welthandel insgesamt³⁾ dürfte auch in Österreich der Einbruch der Exporte und Importe zum Großteil auf einen Ausfall der Nachfrage zurückgegangen sein, während angebotsseitige Faktoren (durch die Finanzkrise bedingte Engpässe in der Exportfinanzierung, Zusammenbruch von Unternehmen innerhalb internationaler Zulieferketten, Protektionismus) eine untergeordnete Rolle spielten. Österreichs Haupthandelspartner Deutschland war überdurchschnittlich von der Krise betroffen, gleichzeitig fiel der Wachstumsimpuls weg, den die dynamische Expansion in Ostmitteleuropa (MOEL) der heimischen Exportwirtschaft in den vergangenen Jahren verliehen hatte.

Zwei Faktoren waren für die außerordentliche Stärke des Einbruchs des österreichischen Außenhandels ausschlaggebend: Einerseits konzentrierte sich der Nachfrageausfall auf Investitionsgüter und dauerhafte Konsumgüter, die gemeinsam mit der Herstellung industrieller Vorprodukte (Stahl, Maschinenteile und -komponenten) den größten Anteil am Welthandel, aber auch am österreichischen Außenhandel haben. Andererseits brach die Nachfrage weltweit sehr synchron weg.

³⁾ Baldwin, R. (Hrsg.), The Great Trade Collapse: Causes, Consequences and Prospects, CEPR, London, 2009, http://www.voxeu.org/reports/great_trade_collapse.pdf.

Übersicht 10: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo		Terms-of-Trade ¹⁾
	Werte Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real gegen das Vorjahr in %	Preise ¹⁾	Werte Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real gegen das Vorjahr in %	Preise ¹⁾	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr Mrd. €	In %
2006	103,7	+ 9,5	+ 6,4	+ 3,0	104,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,7	- 0,5	+ 1,3	- 0,7
2007	114,7	+ 10,5	+ 9,0	+ 1,4	114,3	+ 9,6	+ 7,6	+ 1,9	0,4	+ 0,9	- 0,5
2008	117,5	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,2	119,6	+ 4,7	+ 0,2	+ 4,5	- 2,0	- 2,5	- 2,1
2009	94,2	- 19,9	- 17,7	- 2,6	97,8	- 18,2	- 15,2	- 3,5	- 3,7	- 1,6	+ 0,9
2008, I. Quartal	29,7	+ 5,8	+ 3,7	+ 2,0	29,5	+ 5,5	+ 0,8	+ 4,7	0,2	+ 0,1	- 2,6
II. Quartal	31,0	+ 8,2	+ 5,5	+ 2,5	31,1	+ 11,4	+ 5,7	+ 5,3	- 0,1	- 0,8	- 2,7
III. Quartal	29,4	+ 5,2	+ 2,0	+ 3,1	29,8	+ 4,4	- 2,3	+ 6,9	- 0,4	+ 0,2	- 3,5
IV. Quartal	27,4	- 8,6	- 9,7	+ 1,2	29,2	- 2,2	- 3,2	+ 1,0	- 1,8	- 1,9	+ 0,2
2009, I. Quartal	22,9	- 22,9	- 21,7	- 1,5	24,0	- 18,8	- 16,8	- 2,4	- 1,1	- 1,3	+ 0,9
II. Quartal	22,9	- 26,1	- 23,7	- 3,1	23,8	- 23,3	- 18,9	- 5,5	- 0,9	- 0,8	+ 2,5
III. Quartal	23,3	- 20,8	- 17,6	- 3,8	24,3	- 18,4	- 14,1	- 5,0	- 1,0	- 0,6	+ 1,2
IV. Quartal	25,0	- 8,6	- 6,8	- 2,0	25,7	- 11,9	- 11,0	- 1,0	- 0,7	+ 1,1	- 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Nach vorläufigen Zahlen von Statistik Austria blieben die Warenexporte nominell um 19,9% unter dem Vorjahresniveau, die Importe um 18,2%. Real wurde 2009 um 17,7% weniger exportiert und um 15,2% weniger importiert. Der Wert der exportierten Waren betrug nur mehr 94,2 Mrd. €, jener der Importe 97,8 Mrd. €. Die Außenhandelswerte sanken damit auf das Niveau von 2005. Dies war der stärkste Einbruch der österreichischen Ausfuhr in der jüngeren Geschichte. Er fiel aber milder und kürzer aus als in der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre (Export 1929/1932 kumuliert -65)%⁴⁾. Die Warenexportquote (Ausfuhr in Prozent des BIP) verringerte sich von 41,7% im Jahr 2008 auf 34,0%, die Warenimportquote von 42,4% auf 35,3%. Die Handelsbilanz verschlechterte sich um 1,6 Mrd. € auf ein Defizit von 3,7 Mrd. €.

Der österreichische Warenexport verlor bereits im Laufe des Jahres 2008 immer mehr an Dynamik (Abbildung 7). Ab dem II. Quartal 2008 war in den arbeitstags- und saisonbereinigten Datenreihen gegenüber der Vorperiode ein leichter Rückgang zu beobachten, der sich im IV. Quartal 2008 massiv beschleunigte (auf -12,8%) und im I. Quartal 2009 fortsetzte (-10%). Im II. Quartal 2009 war eine erste Trendwende zu verzeichnen, der Exportrückgang verlangsamte sich deutlich. Erstmals positiv war die Veränderungsrate gegenüber der Vorperiode im III. Quartal 2009 und nochmals im IV. Quartal. Der Exportwert blieb damit in den ersten drei Quartalen 2009 um über 20% unter dem Vorjahreswert. Erst im IV. Quartal 2009 verlangsamte sich auch der Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf -8,6%.

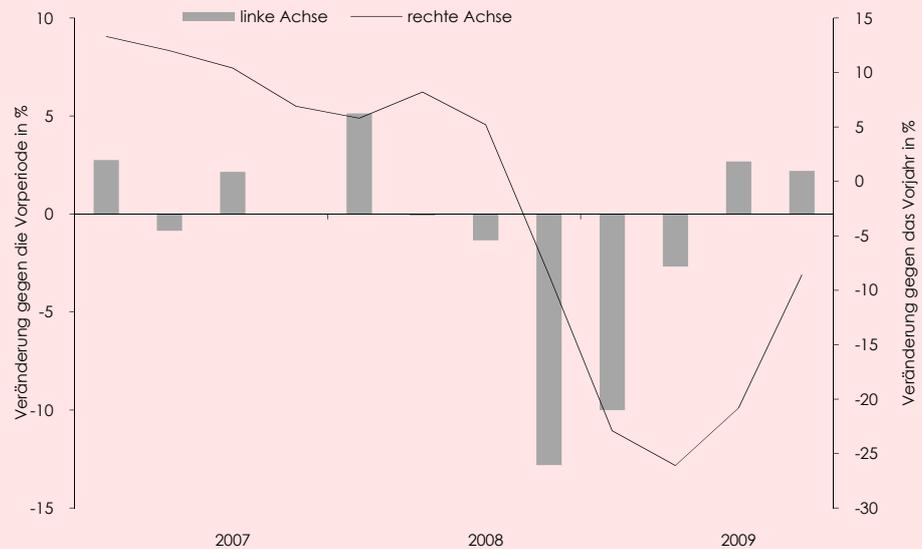
In Deutschland entwickelte sich der Export ähnlich: Die Exportkonjunktur brach Ende 2008/Anfang 2009 etwas später ein und die Erholung setzte im III. Quartal 2009 wesentlich kräftiger ein als in Österreich.

Der massive und in der Exportindustrie in diesem Ausmaß unerwartete Nachfrageeinbruch im IV. Quartal 2008 kam auch im WIFO-Konjunkturtest deutlich zum Ausdruck. Noch im Herbst 2008 war der Saldo für die aktuellen Auslandsauftragsbestände deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von -25% gelegen (Abbildung 8). In den folgenden Monaten verschlechterte sich diese Beurteilung kontinuierlich und dramatisch bis auf -65% im III. Quartal 2009. Im IV. Quartal 2009 betrug der Überhang der negativen Antworten -57%. Die Erwartungen der Unternehmen zur Auslandsauftragslage in den nächsten Monaten verschlechterten sich schon früher, im Herbst 2008 überwogen aber noch die Unternehmen leicht, die eine Zunahme der Exportaufträge erwarteten.

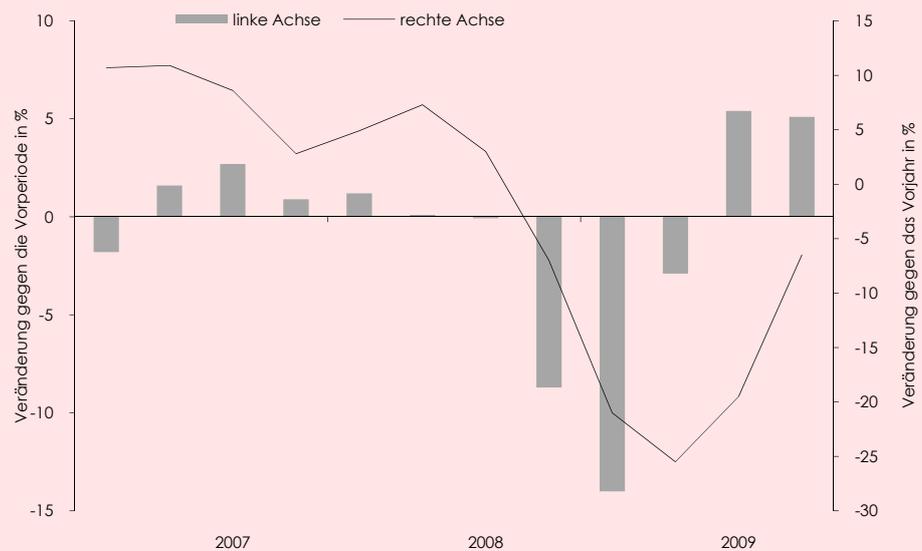
⁴⁾ Butschek, F., Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der Industriellen Revolution, WIFO, Wien, 1999.

Abbildung 7: Entwicklung der Exporte
Arbeitsmäßig und saisonbereinigt

Österreich



Deutschland

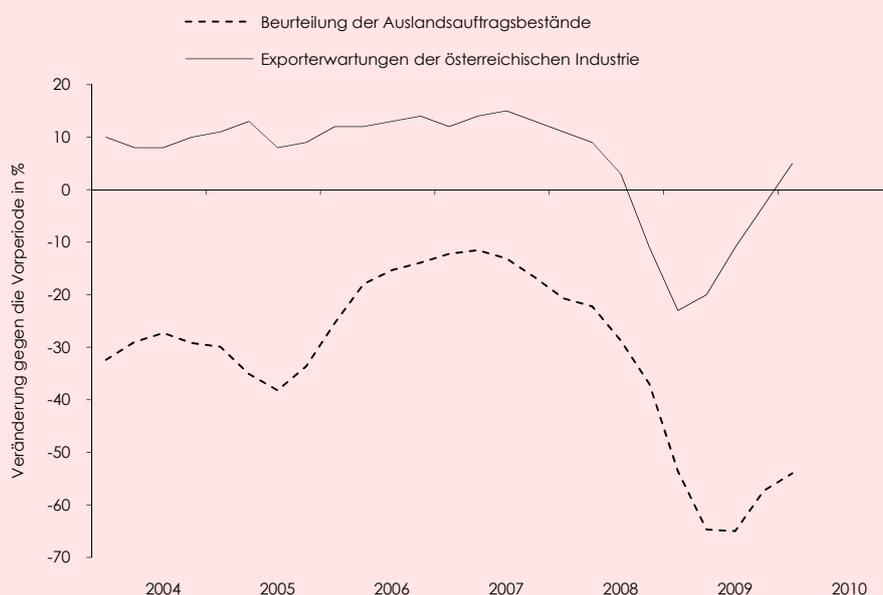


Q: Österreich: WIFO (TRAMO-SEATS bereinigt), Deutschland: Statistisches Bundesamt (X-12-ARIMA-bereinigt).

Für die Wirtschaftspolitik interessant sind die Auswirkungen der Krise auf Ebene der einzelnen Exportunternehmen. War der Exportrückgang vorwiegend darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen aus dem Exportgeschäft ausschieden (Anpassung über eine Verringerung der Zahl von Exportunternehmen, der belieferten Märkte oder der Produktpalette) oder auf eine Verringerung des Exportvolumens einzelner Exportunternehmen (Anpassung über die Menge und/oder den Preis der Exporte)? Während ersteres Folgekosten verursacht, weil ein Neu- oder Wiedereinstieg für Exporteure schwierig und kostspielig ist, ist letzteres ein vorübergehendes Problem, das mit dem Aufleben der Weltkonjunktur rasch beseitigt wäre. Für den österreichischen Außenhandel liegen dazu aufgrund des beschränkten Zugangs zu Unternehmensdaten noch keine Untersuchungen vor. Gemäß Analysen für andere Länder (Belgien, Frankreich, USA) erfolgte die Anpassung der Exporte in der Krise 2008/09 vorwiegend

über eine Verringerung der Exportwerte der wichtigsten Exporteure, während sich die Zahl der Exporteure in diesem Zeitraum kaum veränderte⁵⁾.

Abbildung 8: Beurteilung der Auftragsbestände und Erwartungen der österreichischen Exportindustrie



Q: WIFO-Konjunkturtest. Ergebnisse zu qualitativen Fragen an Unternehmen; Beurteilung der Auslandsauftragsbestände im Durchschnitt 2004/2008 –25%.

Übersicht 11: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente von Export und Import zur Veränderung der Handelsbilanz 2009

	Importe	Exporte	Handelsbilanz
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €		
Preiseffekt	- 4,2	- 3,1	+ 1,1
Mengeneffekt	- 18,2	- 20,8	- 2,6
Mischeffekt	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1
Insgesamt	- 21,7	- 23,4	- 1,6

Q: WIFO-Berechnungen.

Vorwiegend über den Ausfall des Warenexports übertrug sich die internationale Wirtschaftskrise auf die österreichische Industrieproduktion und das Investitionsklima und damit auch auf die Importe. Der Ausfall der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie war als Nachfragekomponente mit überdurchschnittlichem Importgehalt neben der Exportkrise ein wichtiger Erklärungsfaktor für den massiven Rückgang der österreichischen Importe, während die Konsumnachfrage zwar deutlich an Dynamik verlor, aber insgesamt die Konjunktur im Inland und damit auch die Importe stabilisierte. Die österreichische Handelsbilanz wurde durch Terms-of-Trade-Gewinne (dank des starken Rückgangs der Importpreise von Erdöl und Energie) von 0,9% entlastet, durch negative Mengeneffekte vor allem in der ersten Jahreshälfte 2009 aber belastet.

⁵⁾ Bricongne, J. C., Fontagné, L., Koudour-Casteras, D., "Economic Crisis and Global Supply Chains", CEPII, Document de travail, 2009, (2009-15); Bernard, A. B., Jensen, J. B., Redding, S. J., Schott, P. K., "Firms in International Trade", Journal of Economic Perspectives, 2007, 21(3), S. 105-130; Bernard, A. B., Jensen, J. B., Redding, S. J., Schott, P. K., "The Margins of US Trade", American Economic Review, Papers and Proceedings, 2009, (2), S. 487-493; Behrens, K., Corcos, G., Mion, G., Trade Crisis? What Trade Crisis?, LSE, London, 2010 (mimeo).

Insgesamt nur leichte Marktanteilsverluste

Das Defizit verschlechterte sich von –2,0 Mrd. € im Jahr 2008 auf 3,7 Mrd. € 2009. Die negativen Mengeneffekte verursachten ein Handelsbilanzdefizit von 2,6 Mrd. €, der positive Preiseffekt verbesserte das Ergebnis um rund 1 Mrd. € (Übersicht 11). Das Außenhandelsdefizit war 2009 mit –1,3% des BIP das schlechteste Ergebnis seit 2002.

Gedämpft wurde der österreichische Export auch durch die stetige real-effektive Aufwertung seit 2007 (Übersicht 12). Auch 2009 stieg der reale Außenwert des Euro in der österreichischen Sachgütererzeugung (+0,4%), aufgrund des Rückgangs des Dollar-Euro-Kurses aber etwas verhaltener als in den Jahren davor. Gemäß den bis November 2009 vorliegenden Daten verlor Österreichs Exportsektor in nomineller Rechnung Marktanteile im Ausmaß von 1,4%. Gemessen an der Relation zwischen der realen Entwicklung der österreichischen Exporte (–17,7%) und jener der österreichischen Exportmärkte (–13,5%) dürften die realen Marktanteile etwas stärker gesunken sein. Teilweise verschlechterte die massive Abwertung in einigen Ländern Ostmitteleuropas die Wettbewerbssituation auf diesen Märkten. Auch das unterschiedliche Muster nach Warengruppen, mit besonders großen Ausfuhr einbußen in den für die österreichischen Exporteure wichtigsten Sektoren (Investitionsgüter, bearbeitete Waren) verschlechterte die Marktposition.

Übersicht 12: Internationale Rahmenbedingungen für den österreichischen Außenhandel

	Ø 2000/ 2005 Veränderung in % p. a.	2006	2007	2008	2009
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real-effektiver Wechselkurs für Industriewaren ¹⁾	+ 0,8	– 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4
Relative Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung gegenüber Deutschland ²⁾	+ 1,2	– 0,7	– 1,3	– 1,7	– 4,9
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	+ 13,9	+ 19,8	+ 11,3	+ 33,8	– 36,6
Welthandel, real	+ 5,6	+ 9,0	+ 7,1	+ 2,4	– 13,2 ³⁾
Marktwachstum Österreichs (Wachstum österreichischer Exportmärkte)	+ 5,4	+ 11,2	+ 7,8	+ 3,6	– 13,5 ³⁾

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Auf Basis relativer Preise. – ²⁾ Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. – ³⁾ Prognose.

In nomineller Rechnung ergaben sich bis November 2009 Positionsverluste im Intra-EU-27-Handel und Gewinne im Extra-EU-27-Handel. Massiven Einbußen in Italien (–19,2%), aber auch in Rumänien (–5,8%), Bulgarien (–5,6%), Ungarn (–4,0%) und Polen (–3,3%) standen Marktanteilsgewinne in Deutschland (+2,2%) und auf anderen wichtigen Märkten gegenüber (Übersicht 13). Die Entwicklung der Marktanteile im Extra-EU-27-Handel wurde von einem Ausbau der Position in der Schweiz (+5,8%), in den USA (+1,8%) und vor allem in Russland (+23,2%) getragen.

Die österreichische Ausfuhr brach auf allen wichtigen Märkten ein. Neben Deutschland (–16,5%) und anderen Ländern im Euro-Raum (Italien –23,1%, Frankreich –15,5%) wog vor allem der Nachfrageausfall in den neuen EU-Ländern (–26,1%) und den anderen Ländern in Ostmitteleuropa schwer (MOEL einschließlich Türkei –27,1%). Obwohl Polens Wirtschaft 2009 wuchs, konnten die österreichischen Exporteure auch dort kein besseres Ergebnis erzielen. Vergleichsweise geringe Auswirkungen hatte die Wirtschaftskrise auf die Lieferungen in die Schweiz (2009 –2,8%, IV. Quartal 2009 +4,1% gegenüber dem Vorjahr). Gesteigert wurden die Lieferungen nach China (+7,2%), Saudi-Arabien (+12,6%), in den Iran (+7,1%) und nach Portugal (+4,6%). Mit Ausnahme Chinas (2,1% der österreichischen Exporte) sind diese Märkte für den österreichischen Gesamtexport von sehr geringer Bedeutung. Unter den möglichen Zukunftsmärkten Österreichs, zu denen die EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik engere Beziehungen aufgebaut hat, entwickelte sich 2009 die Ausfuhr in die nordafrikanischen Mittelmeerländer (Maghreb –0,6%) und in die Länder des Nahen Ostens (Maschrek –4,1%) relativ günstig. Die Lieferungen in die Schwarzmeerregion sowie in andere Nachfolgestaaten der GUS brachen hingegen um über 30% ein.

Einbruch der Exporte auf allen wichtigen Märkten

Die Aufhellung der Exportkonjunktur Ende 2009 ergab sich vor allem aus der Entwicklung der Warenlieferungen nach Deutschland, aber auch nach Frankreich, Großbritannien, Tschechien und in die Slowakei. Während sich der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in den meisten Zielländern und -regionen etwa halbierte, verlangsamte er sich auf diesen Märkten deutlich stärker (Deutschland von –20% im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2009 auf –2,4% im IV. Quartal, Tschechien von –27,6% auf –3,2%, Slowakei von –26,4% auf –5,1%). Flau entwickelten sich bis zuletzt die Exporte nach Bulgarien und in Länder des Westbalkans.

Übersicht 13: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	2008 In %	Anteile am Export der OECD	
		2008 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2009 ¹⁾
Intra-EU 27	3,01	– 0,1	– 2,6
Intra-EU 15	2,55	– 1,5	– 1,4
Euro-Raum (16 Länder)	3,04	– 0,8	– 1,8
Deutschland	6,89	– 2,5	+ 2,2
Italien	4,48	– 1,4	– 19,2
Großbritannien	1,09	– 8,9	+ 2,0
Frankreich	1,20	+ 2,5	+ 0,7
MOEL 5	7,25	+ 0,8	– 1,5
Ungarn	10,27	+ 4,0	– 4,0
Tschechien	7,47	+ 2,5	– 1,4
Slowakei	11,62	+ 8,1	+ 3,3
Polen	3,41	– 3,5	– 3,3
Slowenien	16,28	+ 2,0	+ 9,0
Bulgarien	8,76	+ 7,7	– 5,6
Rumänien	7,72	+ 1,4	– 5,8
Extra-EU 27	1,13	– 3,2	+ 2,0
Schweiz	3,88	– 7,8	+ 5,8
Extra-EU 15	1,67	– 0,9	– 1,7
Westbalkan ²⁾	11,89	– 2,9	+ 0,9
GUS	3,10	– 0,5	+ 13,6
Russland	2,69	– 2,3	+ 23,2
Schwarzmeerregion ³⁾	2,51	+ 0,7	– 7,1
Industrieländer in Übersee	0,77	– 6,0	– 2,3
USA	0,86	– 6,2	+ 1,8
Insgesamt	2,06	– 1,6	– 1,4

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. OECD: 24 Länder. – ¹⁾ Jänner bis November. – ²⁾ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien; Marktanteil geschätzt (ohne Niederlande). – ³⁾ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei; Marktanteil geschätzt (ohne Niederlande).

Die Handelsbilanz verbesserte sich im Intra-EU-15-Handel um 0,8 Mrd. €, im Handel mit den neuen EU-Ländern verschlechterte sie sich um 2,2 Mrd. €. Außerhalb der EU 27 ergab sich eine nur leichte Verschlechterung um 0,2 Mrd. €. Auch im Extra-EU-27-Handel konzentrierte sich die Bilanzverschlechterung auf Osteuropa und den zentralasiatischen GUS-Raum. Verbessert hat sich der Außenhandelsaldo gegenüber Asien, Südamerika und – aufgrund des positiven Preiseffekts der starken Rohölverbilligung – gegenüber den erdölexportierenden Ländern (OPEC).

Der Nachfragerückgang betraf – unter den Rahmenbedingungen einer großen allgemeinen Unsicherheit, einer geringen Kapazitätsauslastung der Industrie in den Partnerländern, von Restriktionen in der Finanzierung größerer Investitionsvorhaben und einer Krise der Autoindustrie – vor allem Produkte aus dem Maschinen- und Fahrzeugsektor (–24,2%) sowie industrielle Vorprodukte (bearbeitete Waren –26,3%). Auf sie entfielen 80% des Exportrückgangs. Große Einbußen ergaben sich im Export von Eisen und Stahl (–38,9%), anderen Metallwaren (–26,4%), Baumaschinen (–43,6%) und Waren der Kfz-Branche. Trotz der öffentlichen Unterstützung des Autohandels brach der österreichische Pkw-Export nach –27,3% im Jahr 2008 neuerlich um 45,1% ein. Die Exporte der gesamten Fahrzeugindustrie (einschließlich der Autozulieferer) sanken um 28% und trugen damit 13% des Gesamtrückgangs der österreichischen Exporte bei (Maschinen- und Fahrzeugsektor 48%).

**Außenhandel mit
Investitionsgütern und
Vorprodukten von der
Krise erfasst**

Übersicht 14: Entwicklung des Außenhandels nach Ländern und Regionen 2009

	Export		Import		Mrd. €	Saldo Veränderung in Mrd. €
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Intra-EU 27	71,1	- 21,0	73,1	- 18,7	- 4,6	- 1,4
Intra-EU 15	54,9	- 19,4	61,6	- 18,0	- 8,6	+ 0,8
12 neue EU-Länder	16,2	- 26,1	11,5	- 22,1	4,0	- 2,2
MOEL 5 ¹⁾	13,5	- 24,4	10,5	- 22,5	2,5	- 1,1
Tschechien	3,6	- 22,1	3,5	- 20,2	0,0	- 0,1
Ungarn	3,1	- 31,3	2,4	- 27,4	0,6	- 0,4
Polen	2,6	- 24,5	1,6	- 27,4	0,9	- 0,2
Baltikum	0,2	- 45,4	0,1	- 0,1	0,1	- 0,2
Bulgarien, Rumänien	2,3	- 33,0	0,9	- 19,5	1,3	- 0,9
Euro-Raum (16 Länder)	54,5	- 19,0	61,4	- 17,9	- 8,7	+ 1,0
Deutschland	31,1	- 16,5	40,7	- 17,9	- 10,6	+ 2,9
Italien	8,2	- 23,1	6,7	- 20,5	1,2	- 0,6
Frankreich	4,0	- 15,5	3,1	- 18,2	0,7	± 0,0
Extra-EU 27	28,9	- 16,9	26,9	- 16,7	0,9	- 0,2
Extra-EU 15	45,1	- 20,5	38,4	- 18,4	4,9	- 2,4
EFTA	5,6	- 5,9	6,5	+ 8,8	- 1,1	- 0,8
Schweiz	4,6	- 2,8	5,7	+ 11,9	- 1,3	- 0,7
MOEL, Türkei ²⁾	6,4	- 27,1	5,1	- 22,0	1,1	- 0,9
Westbalkan ³⁾	2,2	- 23,1	1,0	- 23,0	1,1	- 0,3
Schwarzmeerregion ⁴⁾	1,5	- 32,0	1,3	- 14,2	0,2	- 0,5
GUS	3,4	- 30,7	3,3	- 23,7	0,0	- 0,4
Russland	2,2	- 29,5	1,8	- 31,2	0,4	- 0,1
Maghreb ⁵⁾	0,4	- 0,6	0,6	- 56,0	- 0,1	+ 0,7
Maschrek ⁶⁾	0,4	- 4,1	0,2	- 9,8	0,2	± 0,0
NAFTA	5,2	- 23,5	3,1	- 24,7	1,9	- 0,5
USA	4,3	- 22,4	2,6	- 24,9	1,5	- 0,3
Südamerika	1,3	- 15,2	0,8	- 38,3	0,4	+ 0,3
Brasilien	0,7	- 8,1	0,4	- 17,4	0,2	± 0,0
Asien	5,9	+ 0,3	8,3	- 13,1	- 2,5	+ 1,2
Japan	0,8	- 23,0	1,5	- 19,9	- 0,7	+ 0,1
China	2,1	+ 7,2	4,6	- 10,1	- 2,5	+ 0,6
Indien	0,6	- 8,0	0,4	+ 5,2	0,1	- 0,1
6 dynamische Länder Asiens ⁷⁾	1,9	- 17,2	1,8	- 19,7	0,1	+ 0,1
OPEC	2,1	- 16,9	1,3	- 57,1	0,7	+ 1,3
BRIC ⁸⁾	5,6	- 13,8	7,2	- 16,1	- 1,7	+ 0,5
Insgesamt	100,0	- 19,9	100,0	- 18,2	- 3,7	- 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – 2) MOEL 29 ohne MOEL 10. – 3) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – 4) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei. – 5) Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien. – 6) Ägypten, Jordanien, Libanon, Palästina, Syrien. – 7) Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia. – 8) Brasilien, Russland, Indien, China.

Die Einbußen im Export von konsumnahen Fertigwaren (-10,8%) und Nahrungsmitteln (-9,6%) waren wesentlich geringer. Auch im Chemiesektor sank die Ausfuhr mit -6% unterdurchschnittlich. Ins Gewicht fiel hier insbesondere die starke Ausweitung der österreichischen Lieferungen in die Schweiz (+26,2%). Im IV. Quartal 2009 erhielten die Chemieexporte zusätzliche Impulse von einer Steigerung der Nachfrage auf anderen wichtigen Märkten (Italien, USA, Tschechien).

Auch die Importseite des österreichischen Außenhandels war vom Ausfall der heimischen Ausrüstungsinvestitionen – sie werden zu 80% importiert – und der geringen Kapazitätsauslastung der Industrie geprägt. Der Wert der Importe von Maschinen und Fahrzeugen war um 21,7% geringer als im Vorjahr, die Einfuhr industrieller Vorprodukte um 26,0%. Während die gesamte Autozulieferindustrie die Käufe aus dem Ausland um 30,8% einschränkte, sanken die Pkw-Importe mäßig (-9,7%). Die Zahl der importierten Pkw stieg im Vorjahresvergleich ab dem II. Quartal 2009 mit beschleunigter Rate und lag im Jahr 2009 insgesamt um nur 1,3% unter dem Vorjahresergebnis.

Der Großteil der Handelsbilanzverschlechterung war dem Außenhandel mit Maschinen und Fahrzeugen sowie bearbeiteten Waren zuzurechnen (Pkw, Eisen und Stahl; Übersicht 15).

Übersicht 15: Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen 2009

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,3	- 10,4	7,5	- 5,5	- 0,5	- 0,4
Rohstoffe	3,1	- 19,4	4,0	- 26,4	- 0,9	+ 0,7
Holz	1,3	- 22,0	1,1	- 1,0	0,2	- 0,3
Brennstoffe	3,4	- 20,0	10,4	- 28,9	- 7,0	+ 3,3
Chemische Erzeugnisse	12,9	- 6,0	12,5	- 8,4	- 0,1	+ 0,3
Bearbeitete Waren	22,4	- 26,3	15,2	- 26,0	6,2	- 2,3
Papier	3,7	- 13,8	1,7	- 11,2	1,8	- 0,3
Textilien	1,4	- 16,6	1,4	- 14,1	- 0,0	± 0,0
Eisen, Stahl	5,2	- 38,9	2,8	- 42,1	2,2	- 1,2
Maschinen, Fahrzeuge	37,6	- 24,2	32,9	- 21,7	3,2	- 2,4
Autozulieferindustrie	6,2	- 17,1	3,8	- 30,8	2,1	+ 0,4
Pkw	2,6	- 45,1	5,4	- 9,7	- 2,8	- 1,5
Konsumnahe Fertigwaren	12,7	- 10,8	15,3	- 7,3	- 3,0	- 0,3
Insgesamt	100,0	- 19,9	100,0	- 18,2	- 3,7	- 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die österreichischen Brennstoffimporte verringerten sich 2009 nominell um 28,9%. Der Aufwand für Energie sank damit auf 10,2 Mrd. € bzw. 3,7% des BIP und 10,4% der Importe. Zum Rückgang der Gesamtimporte trug der Brennstoffimport fast 20% bei.

Der Rückgang der Weltmarktpreise entlastete 2009 allerdings die Energierechnung wesentlich. Die österreichischen Importpreise von Rohöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, unterschritten mit 61,7 \$ je Barrel das Niveau von 2008 um 40%. Auf Euro-Basis verbilligte sich der Import aufgrund der Dollaraufwertung gegenüber dem Euro (+5,3% im Jahresdurchschnitt) um 36,4%.

Niedrige Weltmarktpreise entlasteten die Energierechnung 2009

Übersicht 16: Österreichs Energieimporte

	2005	2006	2007 Absolut	2008	2009	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erdöl						
Menge (1.000 t)	7.837	7.698	7.645	7.946	7.425	- 6,6
Wert (Mrd. €)	2,5	3,0	3,1	4,1	2,4	- 40,6
Preis (€ je t)	316,5	388,1	399,3	517,5	329,0	- 36,4
Erdöl und -produkte						
Menge (1.000 t)	15.432	15.650	15.051	14.899	14.660	- 1,6
Wert (Mrd. €)	6,1	7,4	7,2	9,1	6,1	- 33,0
Preis (€ je t)	396,2	471,3	475,8	608,7	414,5	- 31,9
Erdgas						
Menge (1.000 TJ)	374	410	380	389	442	+ 13,8
Wert (Mrd. €)	1,69	2,38	2,04	2,93	2,38	- 18,6
Preis (1.000 € je TJ)	4,5	5,8	5,4	7,5	5,4	- 28,5
Brennstoffe, Energie						
Wert (Mrd. €)	11,8	11,7	11,2	14,3	10,2	- 28,9
In % des BIP	4,8	4,6	4,1	5,1	3,7	.
Anteile am Gesamtimport in %	12,2	11,3	9,8	12,0	10,4	.
Importpreis Erdöl						
€ je t	316,5	388,1	399,3	517,5	329,0	- 36,4
\$ je Barrel	52,5	65,8	73,3	102,9	61,7	- 40,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. 2005: aufgrund des "Stromeffekts" wahrscheinlich überschätzt (Sieber, S., "Kapitel 6: Österreichs Warenhandel", in Österreichs Außenwirtschaft 2007, WIFO, wüw, Wien, 2008, S. 124, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31060&typeid=8&display_mode=2).

Gemessen an der Menge wurde 2009 insgesamt kaum weniger Energie importiert als im Vorjahr (Erdöl, Erdölprodukte -1,6%, Erdgas +13,8%). Über den positiven Terms-of-Trade-Effekt verbesserte sich die Handelsbilanz im Bereich der Energiewaren 2009 um 3,3 Mrd. €.

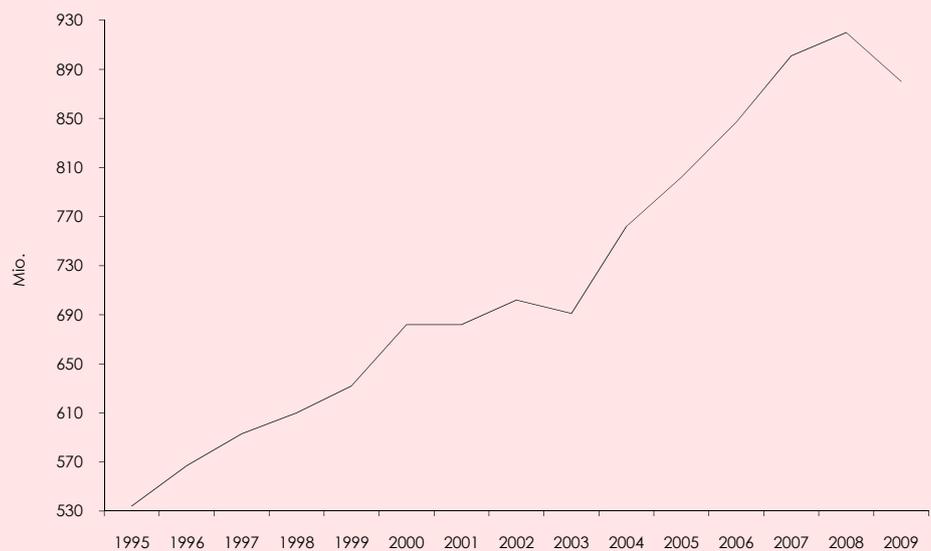
Yvonne Wolfmayr (Yvonne.Wolfmayr@wifo.ac.at)
 Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

Tourismus von Wirtschaftskrise nur mäßig betroffen

Die Weltwirtschaft geriet 2009 im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in eine schwere Rezession. Der deutliche Einbruch von Außenhandel und Industrieproduktion, der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Verlust an Konsumentenvertrauen auf den wichtigen touristischen Herkunftsmärkten wirkten sich negativ auf die internationale Tourismuswirtschaft aus.

Nach den Angaben der UNWTO⁶⁾ sanken die internationalen Touristenankünfte 2009, nach einem leichten Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 2008, um 4½% auf ein Volumen von 880 Mio. (Abbildung 9). Besonders deutlich verringerten sie sich in Europa (-5½%), dem Mittleren Osten (-5½%) sowie Nord- und Südamerika (-5%), schwächer in Asien und im Pazifischen Raum (-2%). In Afrika wurde sogar ein Wachstum von 5% verzeichnet. Laut UNWTO werden die internationalen Touristenankünfte 2010 weltweit um etwa 3% bis 4% zunehmen.

Abbildung 9: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte weltweit



Q: World Tourism Organization (UNWTO).

Der Konjunkturtest der Europäischen Kommission⁷⁾ zeigte im Laufe der Jahre 2008 und 2009 für das Beherbergungs- und Gaststättenwesen der EU 27 eine deutliche Verschlechterung der Einschätzung der Umsatzentwicklung, gegen Jahresende 2009 und in den ersten Monaten des Jahres 2010 aber eine leichte Erholung (Abbildung 10).

Die österreichische Tourismuswirtschaft konnte sich den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zwar nicht entziehen, der Rückgang fiel jedoch im Vergleich mit den anderen wichtigen Tourismusländern relativ mild aus. Ähnliche Tendenzen zeigen sich in der laufenden Wintersaison 2009/10.

⁶⁾ UNWTO (World Tourism Organization), World Tourism Barometer, 2010, 8(1).

⁷⁾ Europäische Kommission, Joint Harmonised Business and Consumer Survey, http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/sub-sectors/index_en.htm, Download am 25. Februar 2010.

Abbildung 10: Umsatzentwicklung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen in den letzten 3 Monaten in der EU 27

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt

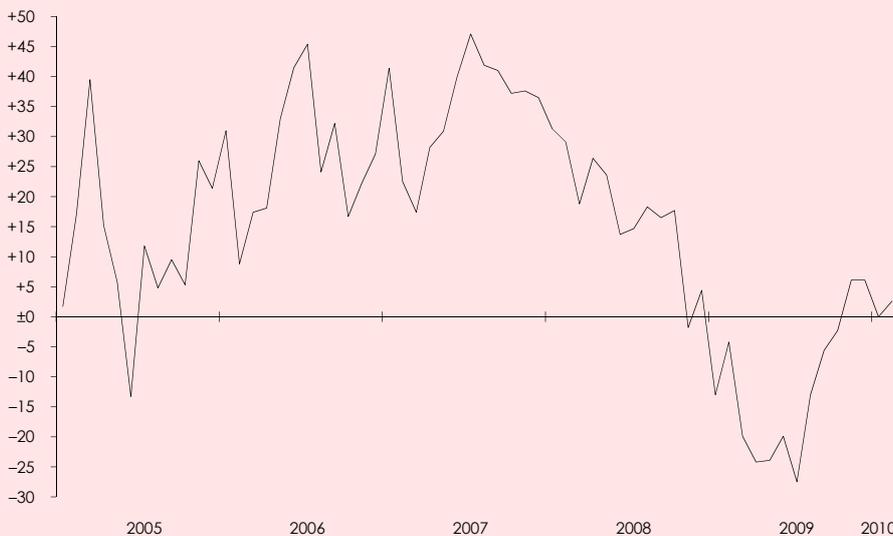


Q: Konjunkturtest der Europäischen Kommission.

Nach dem kräftigen Zuwachs im Jahr 2008 (+6,1%) blieben die Umsätze im Rezessionsjahr 2009 um 3½% unter dem Vorjahresniveau. Die Nächtigungsnachfrage sank mit -1,9% deutlich schwächer – ein Hinweis darauf, dass die Reisenden verstärkt sparten. Ein Indikator für das veränderte Ausgabeverhalten der Österreich-Gäste ist auch die Verlagerung der Nachfrage zwischen den Unterkunftsarten: Während Hotels und ähnliche Betriebe im Jahr 2009 um 2,8% weniger Nächtigungen meldeten, verzeichneten die gewerblichen und privaten Ferienhäuser und -wohnungen mit Selbstversorgungseinrichtungen eine leichte Zunahme um 0,7%.

Abbildung 11: Umsatzentwicklung im österreichischen Beherbergungs- und Gaststättenwesen in den letzten 3 Monaten

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: Konjunkturtest der Europäischen Kommission.

Die Rezession erfasste die österreichische Tourismuswirtschaft im Winterhalbjahr 2008/09. Der Einbruch resultierte in erster Linie aus der Verschlechterung der Auslandsnachfrage. War in der ersten Hälfte der Wintersaison 2008/09 noch ein Anstieg der Übernachtungen von ausländischen Gästen um 5,4% zu verzeichnen, so zeigte sich in der zweiten Winterhälfte ein deutlicher Rückgang (-6,3%). Die Nachfrage der inländischen Gäste zog in den ersten drei Monaten der Wintersaison ebenfalls noch merklich an (+4,5%), in der zweiten Hälfte stagnierte sie. Im Laufe des Jahres 2009 – insbesondere ab Herbst – verbesserte sich die Situation allmählich (Abbildung 11), gestützt vor allem auf die Inlandsnachfrage. Die Zahl der Übernachtungen österreichischer Gäste stieg im Jahresdurchschnitt 2009 um 1,7%, während die Nachfrage aus dem Ausland um 3,2% abnahm.

Regional verlief die Entwicklung 2009 sehr differenziert: Die Bundesländer, in denen der Anteil inländischer Gäste überdurchschnittlich ist (Burgenland, Kärnten, Steiermark, Nieder- und Oberösterreich), wiesen einen wesentlich geringeren Nächtigungsrückgang (-0,6%) auf als jene mit hohem internationalen Gästeanteil (Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Wien; -2,5%).

Übersicht 17: Übernachtungen in Österreich nach der Entfernung der Herkunftsmärkte

	2008	2009	Veränderung 2008/09 in %
	In 1.000		
<i>Inland und benachbarte Herkunftsmärkte</i>	55.157	55.878	+ 1,3
Ohne Ungarn	53.515	54.379	+ 1,6
<i>Inland</i>	33.879	34.443	+ 1,7
Benachbartes Deutschland (Bayern)	10.621	10.589	- 0,3
Schweiz	3.562	3.642	+ 2,2
Italien	2.979	3.016	+ 1,2
Tschechien	1.779	1.955	+ 9,9
Ungarn	1.642	1.499	- 8,7
Slowakei	389	424	+ 9,1
Slowenien	306	310	+ 1,2
<i>Nicht benachbarte Herkunftsmärkte</i>	71.562	68.429	- 4,4
Übriges Deutschland	39.523	38.268	- 3,2
Baden-Württemberg	6.860	6.879	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	10.116	9.407	- 7,0
Mitteldeutschland ¹⁾	8.589	8.506	- 1,0
Norddeutschland ²⁾	5.584	5.295	- 5,2
Ostdeutschland ³⁾	6.628	6.444	- 2,8
Berlin	1.747	1.738	- 0,5
Niederlande	9.563	9.452	- 1,2
Großbritannien	3.918	3.264	- 16,7
Belgien und Luxemburg	2.845	2.805	- 1,4
Frankreich	1.733	1.739	+ 0,3
Dänemark	1.523	1.501	- 1,4
Polen	1.389	1.386	- 0,2
USA	1.199	1.110	- 7,4
Russland	1.106	969	- 12,4
Rumänien	899	841	- 6,4
Schweden	847	690	- 18,5
Spanien	710	617	- 13,2
Kroatien	425	388	- 8,8
Japan	409	407	- 0,5
Übriges Ausland	5.473	4.991	- 8,8
<i>Insgesamt</i>	126.719	124.307	- 1,9

Q: Statistik Austria. – 1) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland. – 2) Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein. – 3) Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern.

Sehr unterschiedlich entwickelte sich der Tourismus 2009 auch im städtischen und ländlichen Raum: So sank die Zahl der Übernachtungen in den Bundesländerhauptstädten insgesamt um 3,4%, während sie im übrigen Österreich merklich schwächer abnahm (-1,8%). Städtereisen zählen zu den Mehrfachurlaube, die in einer Rezession eher gestrichen oder gekürzt werden, während der Haupturlaub mit der Familie größere Priorität hat. Da der Einbruch von Produktion und Außenhandel einen kräftigen Rückgang der Geschäftsreisen bewirkte und diese überwiegend auf Städte

konzentriert sind, wirkte sich auch der Konjunkturabschwung überdurchschnittlich stark auf dieses Segment aus.

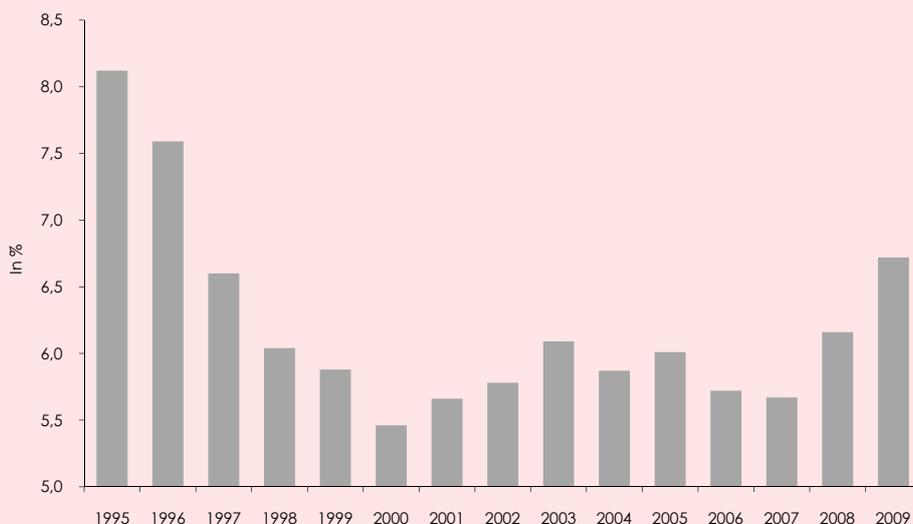
Obwohl die Rezession den österreichischen Tourismus somit beeinträchtigte, waren die Folgen wesentlich milder als in den Konkurrenzländern bzw. den Ferndestinationen. Dafür sind folgende Ursachen zu nennen:

Das relativ günstige Abschneiden des österreichischen Tourismus im Jahr 2009 geht zum Teil darauf zurück, dass Destinationen in der Nähe von bevölkerungsreichen Herkunftsmärkten mit hoher Reiseintensität in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weniger von einem weltweiten Nachfrageeinbruch erfasst werden als Fern- bzw. Flugdestinationen. Bei hoher Unsicherheit über die künftige Einkommens- und Arbeitsmarktsituation werden tendenziell nahegelegene, mit dem Auto erreichbare Urlaubsziele aufgesucht, deren Preise und Produktqualität weitgehend bekannt sind. Weiters reduziert der Besuch von nahegelegenen Destinationen den Planungsaufwand. Die hochwertige Qualität des österreichischen Angebotes erwies sich ebenso als wichtiger Wettbewerbsvorteil.

Die Nachfrage von Gästen aus Österreich und den benachbarten Herkunftsmärkten (Schweiz, Bayern, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Italien)⁸⁾ nahm 2009 zu (+1,6%), während auf den anderen Herkunftsmärkten ein Rückgang um insgesamt 4,5% zu verzeichnen war. Die Stagnation der Nachfrage aus Bayern ist als relativer Erfolg zu bezeichnen, zumal die Nächtigungen der Gäste aus dem übrigen Deutschland insgesamt zurückgingen (-3,2%).

Abbildung 12: Österreichs Marktanteil am internationalen Tourismus

Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15



Q: IWF, OeNB, UNWTO, WIFO, wiw. Ohne internationalen Personentransport. 2009: Schätzung.

Von den anderen wichtigen Herkunftsmärkten ergab sich 2009 nur für Frankreich und das deutsche Bundesland Baden-Württemberg ein leichter Anstieg (jeweils +0,3%; Übersicht 17). Empfindliche Einbußen waren vor allem auf den Herkunftsmärkten Schweden, Großbritannien, Spanien, Russland, Kroatien, USA, Nordrhein-Westfalen sowie Rumänien zu verzeichnen.

Der relative Erfolg der österreichischen Tourismuswirtschaft spiegelt sich auch in den internationalen Marktanteilsgeinnen, welche die langfristigen Verluste etwas

⁸⁾ Das Nachbarland Ungarn wurde wegen der prekären Wirtschaftsentwicklung in diese Berechnungen nicht einbezogen.

Tourismus-Satellitenkonto: Tourismus erwirtschaftet fast 8% des BIP

dämpften. Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15 erhöhte sich Österreichs Exportmarktanteil 2009 neuerlich um 0,5 Prozentpunkte (6,7%; Abbildung 12). Seit dem Tiefpunkt im Jahr 2000 verbesserte sich der Marktanteil damit um 1,3 Prozentpunkte.

Der Beitrag des Tourismus zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennzahl für die Wirtschaftspolitik. Sie berücksichtigt alle durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte ohne die Dienst- und Geschäftsreisen⁹⁾.

Gemäß der jüngsten Schätzung erreichte die direkte und indirekte touristische Wertschöpfung im Jahr 2008 auf Basis des relevanten Wertschöpfungs-multiplikators laut Input-Output-Tabelle 2005 21,62 Mrd. € (+5,5% gegenüber dem Vorjahr). Der Tourismus trug damit 7,7% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) bei. 2009 dürfte diese Kenngröße ein ähnliches Niveau erreicht haben, für 2010 ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen.

Zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist zusätzlich der nicht-touristische Freizeitkonsum der Bevölkerung am Wohnort zu berücksichtigen. Laut aktuellen Berechnungen für das Jahr 2008 löste dieser direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 20,84 Mrd. € aus (+3,1%), sein Beitrag zum BIP betrug 7,4%. 2009 dürfte dieser Wert auf 7,7% gestiegen sein.

Die Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den nicht-touristischen Freizeitkonsum der Bevölkerung am Wohnort und den touristischen Konsum von in- und ausländischen Gästen verdeutlicht die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich:

- Die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte erreichten 2008 ein Volumen von 42,47 Mrd. € (+4,3%).
- Der Sektor trug damit 15,1% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei (+0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr); 2009 dürfte dieser Anteil auf 15,4% gestiegen sein.

Auch auf dem Arbeitsmarkt löst die touristische Nachfrage erhebliche Wirkungen aus. So waren im Jahr 2008 laut Berechnungen auf Basis des Beschäftigungsmoduls des Satellitenkontos 262.000 Erwerbstätige (gemessen in Vollzeitäquivalenten) den charakteristischen Tourismusbranchen direkt zurechenbar; das entsprach 7,1% der Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft (in Vollzeitäquivalenten).

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tourismusbeschäftigung kann auf Basis aller durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte (abzüglich der Wirkungen von Aufwendungen für Dienst- und Geschäftsreisen im Inland) geschätzt werden. Die Berechnung ergab für das Jahr 2008 direkte und indirekte Beschäftigungseffekte von rund 365.900 Vollzeitäquivalenten. Der Sektor stellte damit 9,9% der Erwerbstätigen insgesamt (auf Basis von Vollzeitäquivalenten).

Die direkten und indirekten Beschäftigungseffekte des nicht-touristischen Freizeitkonsums der Bevölkerung am Wohnort betragen 2008 schätzungsweise 295.200 Vollzeitäquivalente. Der Freizeitkonsum trug demnach 8,0% zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung bei.

Gemäß der Gesamtbetrachtung der Beschäftigungseffekte aller inlandswirksamen Aufwendungen für den nicht-touristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum waren im Jahr 2008 der Tourismus- und Freizeitwirtschaft direkt und indirekt rund 661.100 Vollarbeitsplätze zuzurechnen. Damit wurde knapp jeder fünfte Vollarbeitsplatz durch die Tourismus- und Freizeitwirtschaft generiert.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)
 Statistik: Sabine Fragner (Sabine.Fragner@wifo.ac.at),
 Susanne Markytan (Susanne.Markytan@wifo.ac.at)

⁹⁾ Vgl. Laimer, P., Ostertag, J., Smeral, E., Ein Tourismus-Satellitenkonto für Österreich. Methodik, Ergebnisse und Prognosen für die Jahre 2000 bis 2010, Statistik Austria und WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38366&typeid=8&display_mode=2.

Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) wuchs der private Konsum zwischen 2005 und 2008 in Österreich nur sehr mäßig, und die Sparquote stieg deutlich. Allerdings ergab sich für die Ausgaben österreichischer Reisender im Ausland ein nicht ganz plausibler Rückgang (-1,4%), obwohl diese Nachfragekomponente eine ähnliche Einkommenselastizität aufweist wie die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, die in dieser Phase günstiger Konjunktur erwartungsgemäß deutlich zunahm (+3,8% pro Jahr). Das dürfte damit zusammenhängen, dass für die statistische Erfassung dieses Nachfrageaggregates nur schwer eine repräsentative Stichprobe zu finden ist. Hätten sich die Ausgaben im Ausland so entwickelt wie jene für dauerhafte Konsumgüter, so wäre das Konsumwachstum 2005/2008 um 0,2 Prozentpunkte p. a. höher gewesen und der Anstieg der Sparquote entsprechend niedriger¹⁰⁾.

Um die Folgen der größten Wirtschaftskrise seit über 60 Jahren abzufedern, setzte die Wirtschaftspolitik in Österreich im Jahr 2009 fiskalische Maßnahmen. Der private Konsum profitierte besonders von der Steuerreform und dem Familienpaket zur Stärkung der Liquidität der privaten Haushalte. Durch die Gewährung einer "Verschrottungsprämie"¹¹⁾ für Pkw sollte außerdem die Pkw-Nachfrage angeregt werden, nicht zuletzt um Arbeitsplätze auch in der Zulieferindustrie zu sichern. Mit Hilfe von arbeitsmarktfördernden Maßnahmen (z. B. Kurzarbeit) wurde darüber hinaus die Einkommenssicherheit erhöht und so ein konsumfreundliches Klima geschaffen.

Die Stützung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte war 2009 von zentraler Bedeutung, weil diese die mit Abstand größte Nachfragekomponente der österreichischen Volkswirtschaft ist und ihr allgemein eine stabilisierende Wirkung im Konjunkturverlauf zukommt. Diese stabilisierende Wirkung ist darauf zurückzuführen, dass die privaten Haushalte ihre Konsumpläne an Einkommensänderungen erst anpassen, wenn sie diese als dauerhaft ansehen. Vorübergehende Schwankungen wie z. B. Konjunkturausschläge ziehen in der Regel keine Konsumänderung nach sich. Die privaten Haushalte weiten deshalb in Phasen guter Konjunktur ihre Ausgaben nicht so stark aus, wie es der Einkommensentwicklung entspräche, die Konsumquote (Konsumausgaben bezogen auf das Einkommen) geht zurück. Umgekehrt steigt sie in Phasen schwacher Konjunktur, weil die privaten Haushalte ihre Ausgaben nicht so stark einschränken, wie es der Einkommensentwicklung entspräche. Diese antizyklische Entwicklung der Konsumquote (sie sinkt im Aufschwung und steigt im Abschwung) dämpft die Konjunkturschwankungen der Gesamtwirtschaft. Allerdings können starke Krisen ein Vorsichtssparen der privaten Haushalte auslösen, insbesondere wenn Arbeitslosigkeit droht. Um sich gegen künftige Einkommensverluste durch vermehrtes Sparen in der Gegenwart abzusichern, wird in diesem Fall die Konsumquote verringert; das verschärft den Abschwung zusätzlich.

Die privaten Haushalte gaben in Österreich im Jahr 2009 gut 151 Mrd. € für Zwecke des privaten Konsums aus, um 1,5% mehr als 2008. Real, d. h. nach Ausschaltung der Inflation¹²⁾, war die Nachfrage 2009 um 0,4% höher als im Jahr davor. Der Zuwachs ist etwas niedriger als im Durchschnitt der letzten Jahre mit guter Konjunktur (Übersicht 18). Der Konsum war aber 2009 in Österreich das einzige Nachfrageaggregat, das keinen Rückgang aufwies. Er verhinderte dadurch einen noch stärkeren Einbruch der Wirtschaftsentwicklung. Auch im internationalen Vergleich entwickelte sich der Konsum in Österreich gut: Im Durchschnitt des Euro-Raumes verringerte er sich 2009 um 0,7%.

Die günstige Konsumententwicklung in Österreich ist neben den relativ hohen Lohnabschlüssen, die die Liquidität der privaten Haushalte stärkten, auch in Zusammenhang

Konsumnachfrage Stütze in der Krise

Fiskalpolitik stärkt Kaufkraft

Realer Konsumzuwachs trotz Krise

¹⁰⁾ Gemäß ökonomischen Berechnungen mit einem Fehlerkorrekturmodell wird das österreichische Konsumwachstum in dieser Zeitspanne um 1,3 Prozentpunkte unterschätzt.

¹¹⁾ Im Rahmen des Ökopremiengesetzes wurde mit einer Prämie von 1.500 € der Ersatz von 30.000 mindestens 13 Jahre alten Pkw durch den Kauf eines Autos (Neuwagen oder höchstens ein Jahr alter Vorführwagen) gefördert, das mindestens die Euro-4-Abgasnorm erfüllt.

¹²⁾ Gemessen am impliziten Preisindex des privaten Konsums, einem mit der aktuellen Konsumstruktur gewichteten Verbraucherpreisindex, in dem insbesondere die Mieten ein weitaus höheres Gewicht haben als im HVPI. Da sich die Mieten im Jahr 2009 deutlich überdurchschnittlich verteuerten (+4,7%), fällt die Inflation laut implizitem Konsumdeflator höher aus als nach dem HVPI.

mit den genannten Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Realwirtschaft zu sehen. Nach Modellsimulationen des WIFO¹³⁾ wurde dadurch das Konsumwachstum um 0,8 Prozentpunkte erhöht. Ein Teil des zusätzlichen Konsums wird erfahrungsgemäß durch Importe gedeckt. Einschließlich aller zusätzlichen Akzelerator- und Importeffekte wurde nach dieser Modellsimulation das reale BIP 2009 in Österreich durch die angeführten fiskalischen Maßnahmen um 0,4%, die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 5.400 gesteigert.

Übersicht 18: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell	Real ³⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1995/2000	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,7
Ø 2000/2005	+ 3,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,6	- 0,1
2006	+ 4,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 3,0	- 1,2
2007	+ 3,5	+ 0,8	+ 4,4	+ 1,7	- 0,9
2008	+ 3,4	+ 0,8	+ 4,4	+ 1,7	- 0,9
2009	+ 1,5	+ 0,4	.	.	.

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Übersicht 19: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

	2007	2008	2007	2008	2009
			I. bis III. Quartal		
			Mio. €		
Geldvermögensbildung	21.445	19.474	16.758	18.133	12.011
Bargeld und Einlagen	13.323	13.233	10.889	11.093	7.998
Wertpapiere	3.812	5.338	2.621	4.555	- 789
Börsennotierte Aktien	- 60	822	- 514	302	632
Investmentzertifikate	- 341	- 4.138	183	- 2.395	6
Versicherungssparprodukte	3.410	2.144	2.735	1.603	2.460
Lebensversicherungen	2.795	1.862	2.335	1.566	1.825
Finanzierung	6.441	3.769	4.652	3.626	562
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	- 517	- 84	- 51	139	- 153
Langfristige Kredite	6.719	3.428	4.525	3.158	1.040
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	5.243	3.838	3.932	3.092	1.019
Konsumkredite	- 197	- 1.159	- 48	- 321	- 321
Nach dem Kreditgeber					
Inländische Banken	6.383	2.688	4.571	2.911	573
Sonstige Kreditgeber	- 181	657	- 97	385	313
Finanzierungssaldo	15.004	15.705	12.106	14.507	11.449

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

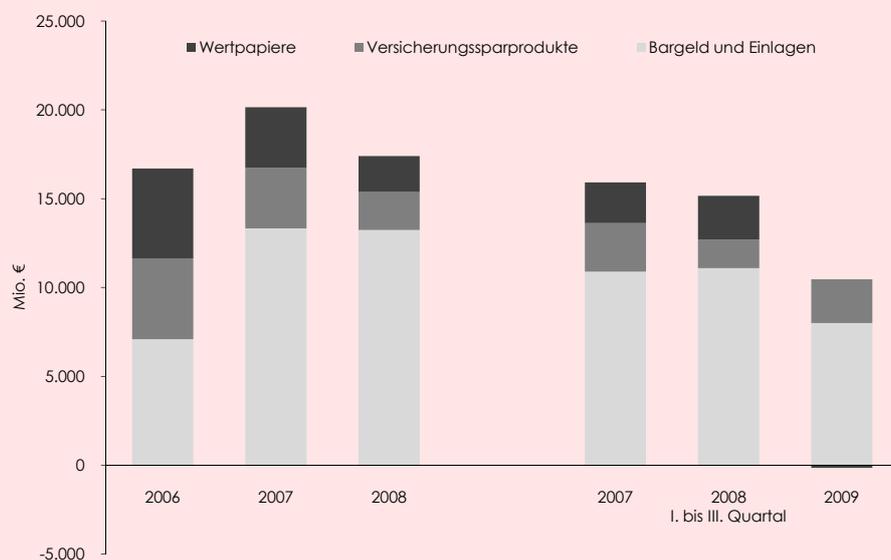
Die Einkommensentlastung durch eine Steuerreform wird erfahrungsgemäß nicht vollständig in eine Konsumsteigerung umgesetzt: Die privaten Haushalte passen ihre Konsumpläne erst mit einer gewissen Verzögerung an die neue Einkommenssituation an. 2009 wurde die Steuerreform außerdem erst im Mai rückwirkend für 1. Jänner

¹³⁾ Breuss, F., Kaniovsky, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2.

wirksam. Wie erwähnt schlagen sich überdies nur als dauerhaft erachtete Einkommensänderungen im Konsumverhalten nieder¹⁴).

Abbildung 13: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

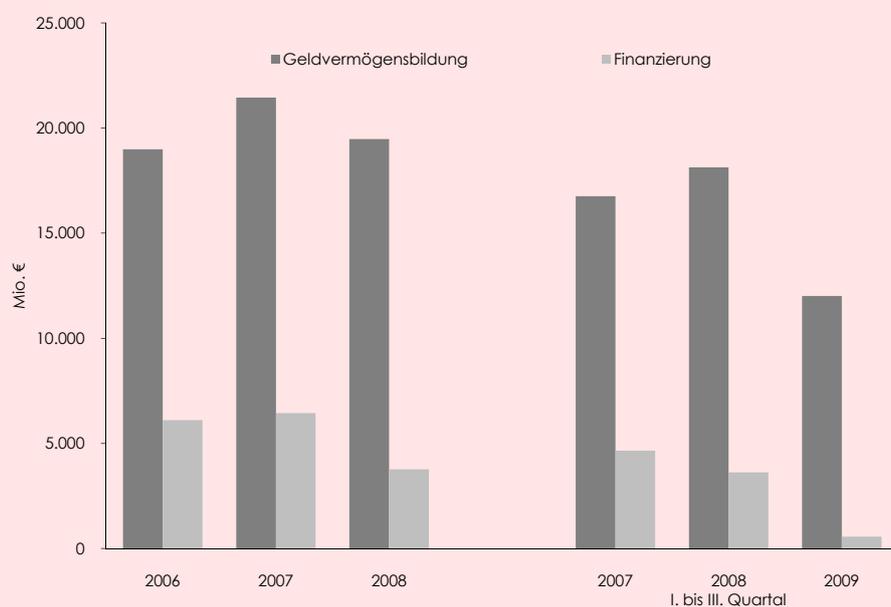
Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 14: Vermögensaufbau und Verschuldung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

¹⁴) Wegen der Wirkung der Steuerprogression lässt sich die Einkommensentlastung nicht im vollen Ausmaß in die Zukunft extrapolieren. In der Vergangenheit folgten zudem einer Steuerreform häufig Sparpakete, die den ursprünglichen Einkommenseffekt minderten.

Nach der Modellsimulation des WIFO wurde durch die einkommensentlastenden Maßnahmen die Sparquote der privaten Haushalte 2009 um 0,7 Prozentpunkte erhöht. Aufgrund des Konjunkturverlaufs wäre wegen der antizyklischen Entwicklung der Konsumquote 2009 mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen gewesen.

Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria lag die Sparquote der privaten Haushalte im 1. Halbjahr über dem Niveau des Vorjahres, im III. Quartal darunter. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale war sie demnach kaum höher als im Vorjahr, der Anstieg aufgrund der Steuerreform wurde also weitgehend durch die Konjunkturkomponente ausgeglichen. Für das IV. Quartal liegen noch keine Daten vor; aufgrund der Konsumententwicklung ist aber von einem weiteren Rückgang der Sparquote in dieser Periode auszugehen.

Die Konsumneigung stieg in Österreich im Jahresverlauf. Offenbar schlugen sich die einkommensstärkenden fiskalischen Maßnahmen erst allmählich in einer Ausweitung der Konsumausgaben nieder. Nach real $-0,6\%$ im 1. Halbjahr übertraf die private Konsumnachfrage das Vorjahresniveau in der zweiten Jahreshälfte um $1,3\%$. Bereinigt um Saison- und irreguläre Schwankungen waren die Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte um $1,3\%$ höher als in der ersten. Konjunktur- und trendbedingt belebte sich also die Nachfrage der privaten Haushalte im Jahresverlauf.

Für eine günstige Entwicklung der Konsumneigung in den ersten drei Quartalen spricht auch die Entwicklung des Bankensparens: Laut Finanzierungsrechnung der OeNB¹⁵⁾ nahm die Geldvermögensbildung (Übersicht 19) der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) um gut 12 Mrd. € zu. Der Großteil dieser Steigerung entfiel auf Bargeld und Einlagen (Abbildung 13). Das ist einerseits mit der Unsicherheit auf den Kapitalmärkten, andererseits mit dem Wunsch nach schneller Verfügbarkeit zu erklären. Versicherungssparprodukte wurden nach Ergebnissen der Finanzierungsrechnung lebhaft nachgefragt, was in Zusammenhang mit der langfristigen Altersvorsorge sowie dem Ansparen in Lebensversicherungen als Tilgungsträger für endfällige Kredite zu sehen ist. Schwach war die Nachfrage nach Wertpapieren. Da sich die Verschuldung der privaten Haushalte (Abbildung 14) in den ersten drei Quartalen 2009 nur geringfügig erhöhte (rund $+0,5$ Mrd. €), stieg das Nettovermögen der privaten Haushalte um rund 11,5 Mrd. €, gegenüber $+14,5$ Mrd. € im selben Zeitraum des Vorjahres.

Die geringen Schwankungen der Konsumnachfrage sind hauptsächlich der Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs zuzuschreiben. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Pkw, Möbel, elektrotechnische Erzeugnisse usw.) reagiert hingegen deutlich auf Einkommensschwankungen, die die Kauffähigkeit determinieren, sowie Stimmungen und Erwartungen, die die Kaufwilligkeit beeinflussen. Der Preis je Kaufeinheit dieser Güter ist sehr hoch. Die Anschaffung erfordert daher in der Regel eine Ansparphase und/oder Verschuldung der Haushalte. Die Wirtschaftskrise sollte sich daher im Jahr 2009 dämpfend auf die Nachfrage nach diesen Gütern ausgewirkt haben, die fiskalischen Maßnahmen (Steuerreform, Familienpaket, "Verschrottungsprämie") hingegen positiv, ebenso die Entwicklung der Konsumentenstimmung. Nach einer von der Europäischen Kommission geförderten Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung stieg der Vertrauensindex¹⁶⁾ im Jahresverlauf deutlich (2. Halbjahr $+17,4\%$ gegenüber der Vorperiode; Abbildung 15).

**"Verschrottungsprämie"
steigert Pkw-Nachfrage**

¹⁵⁾ Die Finanzierungsrechnung der OeNB ist nur bedingt mit dem Sparen laut VGR vergleichbar: In der VGR wird Sparen als Differenz zwischen Einkommen und Konsumausgaben plus Änderung der betrieblichen Versorgungsansprüche ermittelt. Für die Berechnung des Konsums wird im Bereich des Wohnens das Verbrauchskonzept angewandt, d. h. statt der Ausgaben für den Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, wie es einer Finanzierungsrechnung entsprechen würde, gehen in die Konsumrechnung fiktive Mietzinsäquivalente von vergleichbaren Mietobjekten ein.

¹⁶⁾ Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten zu den Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen) sowie zum Sparen in den nächsten 12 Monaten.

Abbildung 15: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur künftigen finanziellen Situation des Haushalts, zur Möglichkeit Geld zu sparen, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen). Saisonbereinigung mit dem von Eurostat entwickelten Programm Dainties.

Übersicht 20: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 1995/2000	Ø 2000/2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,2	+ 2,3
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 2,1	+ 0,4	- 2,1	- 0,0	- 3,2	+ 0,1
Bekleidung, Schuhe	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,5	- 0,2	- 0,7	- 0,7
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,9	+ 3,3	+ 1,1
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 4,5	- 0,8	+ 0,6
Gesundheitspflege	+ 2,4	- 0,8	+ 1,9	+ 1,0	- 0,3	+ 6,2
Verkehr	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,2	- 2,2	+ 0,0	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung	+ 21,6	+ 7,3	- 6,4	- 8,2	+ 2,2	- 2,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 4,5	+ 2,3	+ 6,6	+ 4,9	+ 1,7	- 1,1
Bildungswesen	+ 3,4	- 0,9	- 0,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 17,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 3,3	+ 1,8	+ 8,7	+ 2,8	+ 1,7	- 4,2
Anderer Waren und Dienstleistungen	- 0,4	+ 2,2	- 0,7	+ 1,7	- 0,9	+ 0,6
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	- 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 1,7	- 2,6	- 2,7
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,4	+ 6,1	+ 2,8	+ 0,4
Privater Konsum insgesamt	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,4	+ 1,8	+ 5,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 10,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Ausgaben für dauerhafte Güter nahmen 2009 real um 10,9% zu (Übersicht 20). Der Zuwachs resultierte vor allem aus der nicht zuletzt wegen der "Verschrottungsprämie" lebhaften Pkw-Nachfrage. Die Neuzulassungen von Pkw für Unselbständige nahmen um 30,2% zu, die realen Ausgaben (+27,3%) etwas weniger, weil sich die Nachfrage zu kleinen treibstoffsparenden Autos verlagerte. Allerdings wird der Zuwachs statistisch überzeichnet¹⁷⁾. Die Wirtschaftskrise verstärkte den Trend zur Häus-

¹⁷⁾ Ob der Kauf eines Neuwagens dem Konsum oder den Investitionen zugerechnet wird, hängt von der Erstanmeldung ab. Anmeldungen für Unselbständige werden in der Statistik dem Konsum zugerechnet, solche für Selbständige den Investitionen. In der Vergangenheit meldeten Händler vermehrt Autos für kurze Zeit an (etwa einen Monat), um sie dann als Gebrauchtwagen günstig zu verkaufen und die Beschränkungen der Hersteller für Neuwagenrabatte zu umgehen. Im Zuge der Wirtschaftskrise erhöhten die Hersteller von

**Unterschiedliche
Umsatzentwicklung
im Handel**

lichkeit ("Cocooning"). Man hält sich mehr zuhause auf und richtet sein Heim gemütlich ein. Dementsprechend war die Nachfrage nach Möbeln lebhaft (+3,3%). Die Nachfrage nach Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen ging hingegen im Jahr 2009 real zurück (-4,2%), ebenso die Ausgaben der österreichischen Reisenden im Ausland (-2,7%).

Der Geschäftsgang des Handels (Einzelhandel, Großhandel, Kfz-Handel) verlief im Jahr 2009 recht unterschiedlich. Der Einzelhandel verzeichnete Umsatzzuwächse, der Großhandel und der Kfz-Handel Rückgänge.

Übersicht 21: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2007	+ 3,5	+ 1,2	+ 4,4	+ 2,9
2008	+ 4,8	+ 1,1	+ 6,4	+ 3,5
2009	- 5,6	- 2,9	- 9,5	+ 1,2
1. Halbjahr	- 8,2	- 9,4	- 12,0	+ 0,1
2. Halbjahr	- 3,0	+ 4,5	- 7,2	+ 2,2
I. Quartal	- 7,6	- 13,7	- 9,3	- 1,2
II. Quartal	- 8,8	- 5,9	- 14,3	+ 1,4
III. Quartal	- 6,0	+ 4,3	- 11,7	+ 1,8
IV. Quartal	- 0,0	+ 4,6	- 2,3	+ 2,5
<i>Real</i>				
2007	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,6
2008	+ 0,3	- 0,7	+ 0,7	+ 0,0
2009	- 1,7	- 4,3	- 2,7	+ 1,5
1. Halbjahr	- 4,0	- 10,9	- 4,3	+ 0,2
2. Halbjahr	+ 0,6	+ 3,2	- 1,1	+ 2,6
I. Quartal	- 4,4	- 14,9	- 3,0	- 1,6
II. Quartal	- 3,8	- 7,5	- 5,6	+ 1,9
III. Quartal	- 0,3	+ 2,9	- 2,6	+ 2,8
IV. Quartal	+ 1,4	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,5

Q: Statistik Austria.

Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels wird determiniert von den (einzelhandels-)relevanten Ausgaben der Bevölkerung im Inland und jenen der ausländischen Gäste in Österreich. Die Ausgaben der Bevölkerung im Inland entwickelten sich 2009 relativ günstig, sodass der Einzelhandel (ohne Kfz) nach vorläufigen Ergebnissen nominell netto (ohne Mehrwertsteuer) mit 53,5 Mrd. € um 1,2% mehr umsetzte als im Vorjahr (Übersicht 21). Bereinigt um den Preisauftrieb betrug der Umsatzzuwachs 1,5%. Der Geschäftsgang war in Österreich günstiger als in Deutschland und im Durchschnitt des Euro-Raumes und belebte sich im Jahresverlauf, ähnlich wie der private Konsum, nicht zuletzt infolge der fiskalischen Maßnahmen. Rege war die reale Nachfrage nach Datenverarbeitungsgeräten, Unterhaltungselektronik sowie Fotoartikeln.

Die Wirtschaftskrise zog vor allem den Außenhandel und die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft; dies spiegelt sich deutlich im Geschäftsgang des Großhandels (ohne Kfz). Er setzte 2009 98 Mrd. € um, um 9,5% weniger als 2008 (real -2,7%). Deutlich rückläufig waren erwartungsgemäß die Umsätze des Export- und Importgroßhandels sowie des Maschinengroßhandels.

sich aus die Rabatte, sodass eine solche Kurzanmeldung nicht mehr zweckmäßig war. Die verkauften Autos wurden somit nicht für den Händler, sondern für die Konsumenten (erst-)angemeldet, sodass sie dem privaten Konsum zugerechnet wurden. Der Gebrauchtwagenverkauf geht nach statistischer Konvention der VGR nur mit der Handelsspanne in die Konsumrechnung ein, weil er in der Regel eine Transaktion zwischen den privaten Haushalten ist.

Der österreichische Kfz-Handel erzielte 2009 mit 24,6 Mrd. € nominell um 2,9% geringere Umsätze als im Vorjahr (real -4,3%). Der Anstieg im Einzelhandel mit Kfz wurde durch den wegen der Investitionsschwäche starken Rückgang im Großhandel überkompensiert.

Übersicht 22: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2005 = 100)</i>				
2007	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,7	+ 2,1
2008	+ 4,5	+ 1,8	+ 5,7	+ 3,5
2009	- 4,0	+ 1,4	- 7,0	- 0,3
1. Halbjahr	- 4,3	+ 1,6	- 7,9	- 0,1
2. Halbjahr	- 3,6	+ 1,2	- 6,0	- 0,5
I. Quartal	- 3,4	+ 1,5	- 6,5	+ 0,4
II. Quartal	- 5,2	+ 1,7	- 9,3	- 0,6
III. Quartal	- 5,7	+ 1,4	- 9,4	- 1,0
IV. Quartal	- 1,4	+ 1,1	- 2,4	- 0,0
<i>Beschäftigung</i>				
2007	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,0
2008	+ 1,0	- 0,9	+ 1,1	+ 1,4
2009	- 1,2	- 1,6	- 1,9	- 0,6
1. Halbjahr	- 0,8	- 1,8	- 1,3	- 0,2
2. Halbjahr	- 1,6	- 1,5	- 2,6	- 1,0
I. Quartal	- 0,2	- 1,9	- 0,4	+ 0,3
II. Quartal	- 1,3	- 1,7	- 2,2	- 0,7
III. Quartal	- 1,5	- 1,6	- 2,8	- 0,7
IV. Quartal	- 1,6	- 1,3	- 2,3	- 1,3

Q: Statistik Austria.

Insgesamt setzte der Handel im Krisenjahr 2009 nominell um 5,6% weniger um als 2008, real um 1,7%. Die Preise (Übersicht 22) sanken im Großhandel deutlich (-7,0%), im Einzelhandel ähnlich wie in Deutschland leicht (-0,3%). Im Kfz-Handel stiegen sie um 1,4%. Die Beschäftigung wurde im Handel wegen der Krise verringert, am schwächsten im Einzelhandel. Nur im Einzelhandel erhöhte sich die Produktivität (realer Umsatz pro Kopf), im Groß- und Kfz-Handel ging sie zurück.

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die Inflationsrate erreichte im Jahresdurchschnitt 2009 (auf Basis des Verbraucherpreisindex) mit 0,5% den niedrigsten Wert seit 1953 (2007: 2,2%, 2008: 3,2%). Im Jahresverlauf verlangsamte sich der Preisauftrieb von etwas über 1% zu Jahresbeginn schrittweise. Für die Monate Juni und Juli wird sogar ein leichter Rückgang des Preisniveaus ausgewiesen. Bestimmt wurde diese Entwicklung vor allem durch die deutliche Verbilligung von Mineralölprodukten gegenüber dem Vorjahresniveau. Gemessen an der Kerninflation (ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) betrug der Preisauftrieb 2009 durchschnittlich 1,6%.

Trotz der Verteuerung von Mineralölprodukten seit dem I. Quartal 2009 (April bis Dezember +14,6%) wirkte der Basiseffekt der Entwicklung der Treibstoff- und Heizölpreise (starker Anstieg bis Mitte 2008, Verfall ab Herbst) bis zum November 2009 nach, sodass der Inflationsbeitrag in den ersten 11 Monaten 2009 negativ war, sich allerdings ab dem Herbst abschwächte. Im Jahresdurchschnitt kosteten Mineralölprodukte 2009 um 19,7% weniger als im Vorjahr; die Inflationsrate wurde dadurch um etwa 1 Prozentpunkt gedämpft.

Die im Herbst 2008 beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft ("Anti-Teuerungspaket II") wurden im Laufe des Jahres 2009 wirksam (Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Medikamente von 20% auf 10% ab Jänner; weitgehende Abschaffung der Studiengebühren ab März, 2009 insgesamt -57% gegenüber dem Vor-

**Niedrigste Inflations-
rate seit 56 Jahren**

jahr); Gratskindergarten für 6-Jährige ab September, -22%) und hatten eine Verringerung der Inflationsrate um etwa 0,15 Prozentpunkte zur Folge.

Im Jahr 2009 wurden zudem vor allem Flugpauschalreisen (-4,2%) und Flugtickets (-13%), Ausgaben für Eigentumswohnungen (-10,2%) und deren Betriebskosten (-3%), Molkereiprodukte (-4,9%) und Obst (-4,6%), Geräte für Audiovision, Fotografie und Datenverarbeitung (-9,6%) sowie Telefon- und Faxdienstleistungen (-1,1%) billiger.

Übersicht 23: Entwicklung der Verbraucherpreise laut VPI

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5
Kerninflationsrate laut VPI ¹⁾	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,6
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,4	+ 0,9
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 1,5	+ 1,6	+ 5,0	+ 6,1	- 0,2
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 7,9	- 3,4
Gebühren und Tarife ²⁾	+ 4,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,8
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,3	+ 1,9	+ 4,1	+ 6,3	+ 0,2
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 6,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 5,0	+ 1,2
Bekleidung und Schuhe	+ 0,0	- 0,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,8
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,3
Gesundheitspflege	+ 6,2	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1
Verkehr	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 5,3	- 4,3
Nachrichtenübermittlung	- 8,4	- 6,0	- 3,3	- 4,3	- 1,0
Freizeit und Kultur	+ 0,4	- 2,2	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,6
Erziehung und Unterricht	+ 2,1	+ 7,5	+ 1,9	+ 1,2	- 11,6
Restaurants und Hotels	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,4
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,9	+ 4,3	+ 0,5
Verarbeitete Nahrungsmittel ⁴⁾	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,8	+ 7,0	+ 0,4
Energie	+ 9,2	+ 6,2	+ 4,2	+ 10,2	- 9,5
Industriegüter	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8
Dienstleistungen	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ⁴⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Inflationssteigernd wirkten 2009 insbesondere die Wohnungsmieten (+4,6%) und deren Betriebskosten (+1,6%), die Ausgaben für die Wohnungsinstandhaltung (+5%), Gas (+6,7%) und Strom (+4,1%), Bohnenkaffe (+6,5%) und Vollmilchschokolade (+10,5%), Sozialschutz- (+3,1%) und Versicherungsdienstleistungen (+3,2%) sowie Zahnarztleistungen (+12,5%) und Glücksspieltarife (+7,9%).

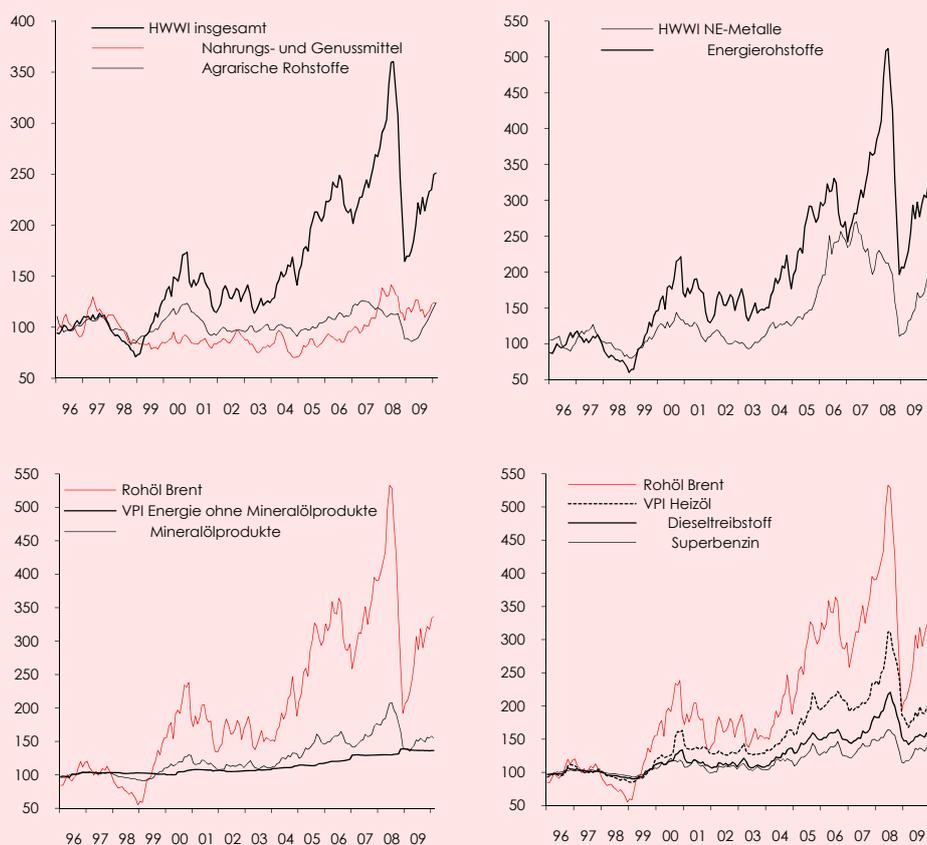
Trotz der deutlich dämpfenden Wirkungen der Abschaffung der Studiengebühren und der Einführung eines österreichweiten Gratskindergartenjahres erhöhten sich die öffentlichen Tarife und Gebühren mit +1,8% deutlich.

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte stieg im Jahresdurchschnitt um 0,9% (2008 +3,4%), um 0,4 Prozentpunkte stärker als der VPI. Maßgebend für diesen Unterschied war zum einen der höhere Anteil der Ausgaben für Sozialschutz- (Alten- und Seniorenheime) und Krankenhausdienstleistungen. Zum anderen geben Pensionistenhaushalte deutlich weniger als der Durchschnittshaushalt für Treibstoffe, Erziehung und Unterricht sowie Unterhaltungselektronik aus, deren Preise 2009 sanken. Abgeschwächt wurde der Preisauftrieb des Preisindex für Pensionistenhaushalte gegenüber dem VPI durch die Verbilligung von Heizöl, die in diesen Index mit einem höheren Gewicht eingeht als in den VPI.

Die Inflationsrate betrug im Jahr 2009 lediglich 0,5%, in erster Linie wegen der Verbilligung von Mineralölprodukten.

Abbildung 16: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

1996 = 100, in €



Q: HWWI, Statistik Austria, HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Übersicht 24: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>					
Dollarbasis	+ 28,5	+ 20,9	+ 13,4	+ 33,4	- 33,6
Euro-Basis	+ 28,7	+ 19,4	+ 3,5	+ 23,2	- 29,5
Ohne Energierohstoffe	+ 10,1	+ 25,0	+ 8,0	+ 4,5	- 17,5
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,1	+ 9,5	+ 14,2	+ 24,6	- 8,0
Industrierohstoffe	+ 14,6	+ 30,9	+ 6,0	- 2,3	- 21,7
Agrarische Rohstoffe	+ 1,3	+ 10,6	+ 11,0	- 10,5	- 12,3
NE-Metalle	+ 16,2	+ 57,3	+ 4,4	- 18,3	- 24,9
Energierohstoffe	+ 37,0	+ 17,3	+ 1,8	+ 30,8	- 33,4
Rohöl	+ 43,1	+ 18,2	+ 0,7	+ 26,8	- 32,6
<i>Index der Großhandelspreise</i>					
Konsumgüter	+ 2,1	+ 2,9	+ 4,1	+ 6,4	- 7,5
Investitionsgüter	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,8	- 1,4
Intermediärgüter	- 0,4	- 1,5	- 3,4	- 2,6	- 1,7
	+ 2,3	+ 5,9	+ 8,5	+ 10,7	- 13,8

Q: HWWI.

Nach dem Platzen der Rohstoffpreisblasen im Juli 2008 gaben die Rohstoffnotierungen in der zweiten Jahreshälfte 2008 beträchtlich nach (-54%). Ende 2008 erreichten sie einen Tiefstand und erholten sich in der Folge trotz der weltweiten Wirtschaftskrise von Jänner bis Dezember 2009 um 42,8%. Aufgrund von Basiseffekten im Vorjahresvergleich sanken die Weltmarktpreise von Rohstoffen gemäß dem HWWI-Index auf Euro-Basis aber um 29,5% (nach +23,2% im Jahr 2008; Übersicht 24). Der im Vorjahresvergleich stärkste Preisrückgang ergab sich für Energierohstoffe (-33,4%). Die interna-

tionale Rohstoffpreisentwicklung und die weltweite Wirtschaftskrise schlugen sich im Großhandelspreisindex vor allem über die merkliche Verbilligung von Intermediärgütern nieder (-13,8%; 2008 +10,7%). Insgesamt sanken die Großhandelspreise um 7,5% (2008 +6,4%).

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend vereinheitlichter Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2009 0,4%, die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) 1,5%. Der HVPI zu konstanten Steuersätzen zeigt einen Preisanstieg von 0,5% (Übersicht 25). Der Unterschied von 0,1 Prozentpunkt ist u. a. auf die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Medikamente von 20% auf 10% zurückzuführen.

Übersicht 25: Entwicklung der Verbraucherpreise laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2005		2006		2007		2008		2009	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,3
Kerninflation ¹⁾	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,3
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 2,0	.	+ 1,6	.	+ 2,1	.	+ 3,1	.	+ 0,5	.
COICOP-Gliederung										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 6,4	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 6,3	+ 4,9	+ 0,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 4,0
Bekleidung und Schuhe	- 1,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 6,2	+ 4,7	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,5	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,0
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	- 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,7
Gesundheitspflege	+ 4,9	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3
Verkehr	+ 3,7	+ 4,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,5	- 4,8	- 2,8
Nachrichtenübermittlung	- 7,9	- 2,3	- 4,5	- 3,2	+ 4,5	- 1,9	- 8,6	- 2,2	- 1,2	- 1,0
Freizeit und Kultur	- 0,8	- 0,1	- 2,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 3,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 7,8	+ 1,3	+ 4,3	- 9,6	+ 0,9
Restaurants und Hotels	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,2	+ 1,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,3
Sondergliederung										
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,2
Bearbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 6,9	+ 6,1	+ 0,4	+ 1,1
Energie	+ 9,8	+10,1	+ 6,3	+ 7,7	+ 4,0	+ 2,6	+10,7	+10,3	-10,4	- 8,1
Industriegüter	- 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,6
Dienstleistungen	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,0

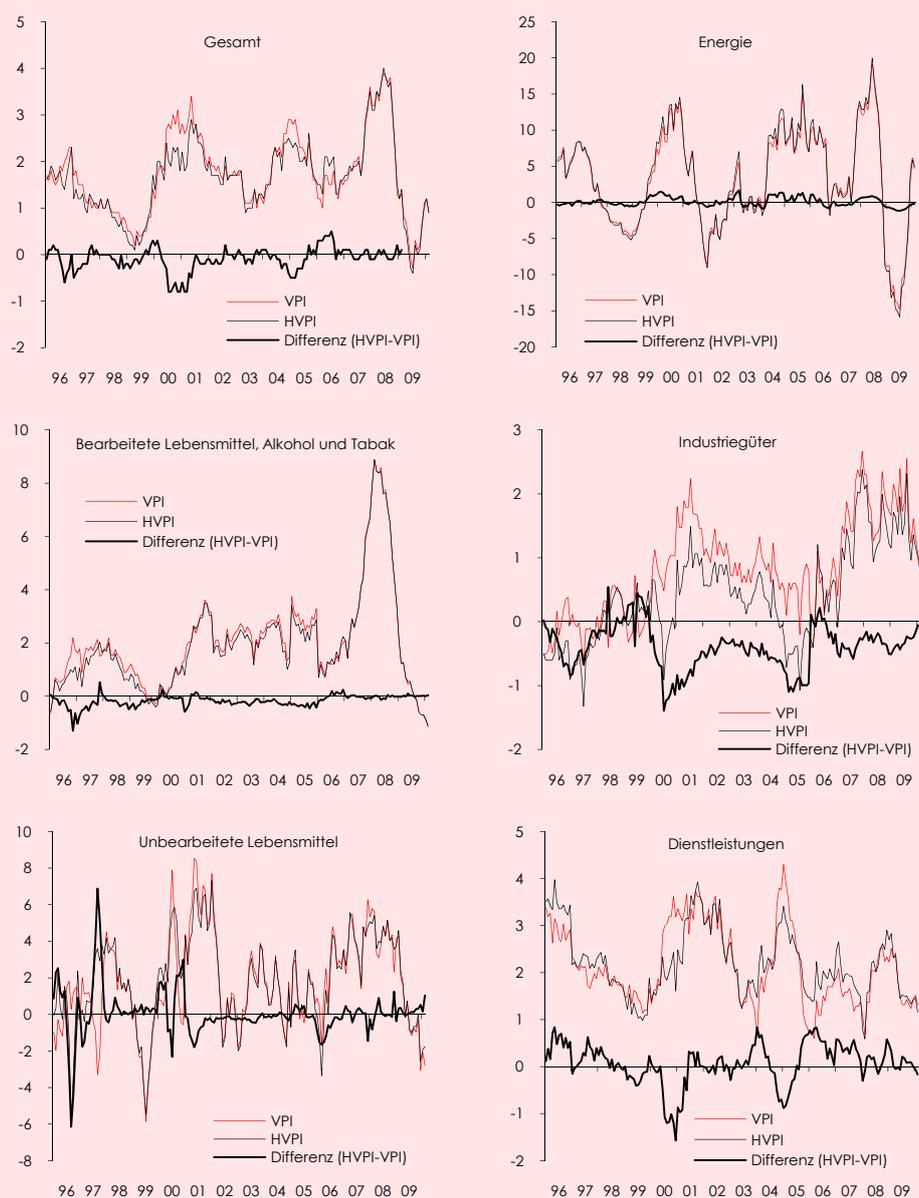
Q: Eurostat. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Obwohl die Inflationsdynamik in Österreich beinahe dem Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,3%) entsprach, entwickelten sich die Verbraucherpreise in einigen Gütergruppen sehr unterschiedlich. So blieben in Österreich die Tabakpreise gleich, während sie im Durchschnitt des Euro-Raumes um 4,7% angehoben wurden. Im Bereich Wohnen, Wasser, Energie stiegen in Österreich die Wohnungsmieten (+2,9 Prozentpunkte) und die Gaspreise (+9,8 Prozentpunkte) überdurchschnittlich. Hingegen sanken die heimischen Treibstoffpreise um 5 Prozentpunkte stärker. Im Bereich Erziehung und Unterricht bewirkten die teilweise Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung des Gratiskindergartenjahres in Österreich einen Preisrückgang um 9,6%, während die Preise in dieser Kategorie im Durchschnitt des Euro-Raumes um 0,9% anzogen.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate 2009 im Durchschnitt des Euro-Raumes 0,3% (2008: 3,3%). In den einzelnen Ländern war die Preisdynamik jedoch sehr differenziert: So sanken die Verbraucherpreise in Irland (-1,7%), Portugal (-0,9%) und Spanien (-0,3%); hingegen lag der Preisanstieg in Griechenland (+1,3%), Finnland (+1,6%) und Malta (+1,8%) deutlich über dem Durchschnitt. Die Inflationsdispersion (gemessen an der BIP-gewichteten Standardabweichung der Inflationsraten im Euro-Raum) verringerte sich 2009 aber wieder auf das Niveau der Vorjahre.

Abbildung 17: Entwicklung der Verbraucherpreise (VPI und HVPI)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, Differenz in Prozentpunkten



Q: Statistik Austria, Eurostat. VPI . . . Verbraucherpreisindex, HVPI . . . harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Josef Baumgartner (Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)
 Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Jahr 2009 ist im Lichte der Lohnabschlüsse vom Herbst 2008 und Frühling 2009 zu interpretieren. Neben der Produktivitätssteigerung und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Branchen prägt vor allem der Inflationsverlauf die Forderungen der Tarifpartner in den Lohnrunden. Zum Zeitpunkt der Verhandlungen im Herbst 2008 war zwar eine deutliche Verschlechterung der internationalen Konjunktur bereits absehbar. Die Lohnforderungen der Arbeitnehmervertretung waren jedoch stark von der Beschleunigung der Inflation im Jahresverlauf bestimmt, die vornehmlich auf die beträchtliche Verteuerung von Rohstoffen und Agrarprodukten zurückging. Im Herbst 2008 prognostizierte das WIFO für 2008 eine jährliche Steigerung des Verbraucherpreisindex von 3,4% und für 2009 von nur 2,2%. Obwohl sich klar abzeichnete, dass auch Österreich von der

Lohnabschlüsse im Herbst 2008 und Frühling 2009 krisenbedingt unterschiedlich

internationalen Krise betroffen sein würde, hatte sich die Wirtschaft in Österreich im 1. Halbjahr 2008 noch sehr robust entwickelt.

Übersicht 26: Lohnrunde 2009

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss	
		Mindestlöhne	Ist-Löhne Erhöhung in %
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner 2009	+ 3,55	
<i>Arbeiterinnen und Arbeiter</i>			
Metallindustrie	November 2008	+3,8 bis +3,9 ¹⁾²⁾	+3,8 bis +3,9 ¹⁾
Metallgewerbe	Jänner 2009	+ 3,8 ³⁾	+ 3,6
Gesundheits- und Sozialberufe	Jänner 2009	+ 3,6	+ 3,6
Handel	Jänner 2009	+3,6 bis +3,7 ⁴⁾	⁵⁾
Mineralölindustrie	Februar 2009	+ 3,8	+ 3,8
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2009	+3,7 bis 3,8 ⁶⁾	+ 3,7
Graphisches Gewerbe		⁷⁾	
Stein- und keramische Industrie	Mai 2009	+ 3,25	+ 2,6
Bauwirtschaft	Mai 2009	+ 3,35	⁵⁾
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2009	+ 3,6	⁵⁾
Chemische Industrie	Mai 2009	+ 2,6 ⁸⁾	+ 2,6 ⁸⁾
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2009	+ 2,2	+ 2,2 ⁹⁾
Textilindustrie	Juni 2009	+ 2,3	+ 2,3
Glasindustrie	Juni 2009	+ 2,0	+ 1,9
Papierindustrie	August 2009	+ 2,0	¹⁰⁾
<i>Angestellte</i>			
Stein- und keramische Industrie	November 2008	+ 3,7	
Metallindustrie	November 2008	+3,8 bis +3,9 ¹⁾²⁾	+3,8 bis +3,9 ¹⁾
Metallgewerbe	Jänner 2009	+ 3,8	+ 3,6 ³⁾
Gesundheits- und Sozialberufe	Jänner 2009	+ 3,6	+ 3,6
Handel	Jänner 2009	+3,6 bis +3,7 ¹¹⁾	⁵⁾
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2009	+3,7 bis +3,8 ⁶⁾	+ 3,7
Banken	März 2009	+ 3,7 ¹³⁾	
Graphisches Gewerbe		⁷⁾	
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2009	+ 3,55	⁵⁾
Chemische Industrie	Mai 2009	+ 2,6 ⁸⁾	+ 2,6 ⁸⁾
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2009	+ 2,2	+ 2,2 ⁹⁾
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai 2009	+ 2,3	¹²⁾
Hotel- und Gastgewerbe	Mai 2009	+ 2,45	
Textilindustrie	Juni 2009	+ 2,3	+ 2,3
Holz- und Sägeindustrie	Juni 2009	+ 2,1	+ 2,0
Glasindustrie	Juni 2009	+ 2,0	+ 1,9
Papierindustrie	August 2009	+ 2,0	¹⁰⁾

Q: Gewerkschaften. – ¹⁾ Bezugsgruppe A bis C +3,9%, ab Bezugsgruppe D +3,8%. – ²⁾ Einmalzahlung von bis zu 250 €. – ³⁾ Einmalzahlung von 80 €. – ⁴⁾ Bis 1.350 € +3,7%, in A- und C-Tafeln +3,6%. – ⁵⁾ Parallelverschiebung. – ⁶⁾ Je nach Verwendungsgruppe: I, II +3,8%, III und MI +3,75%, alle anderen +3,7%. – ⁷⁾ Letzter Kollektivvertrag Laufzeit bis 1. April 2009, Verhandlungsdauer rund 1 Jahr, neuer Kollektivvertrag ab 1. April 2010. – ⁸⁾ Einmalzahlung von 50 €. – ⁹⁾ Verteilungsoption: Lohn- und Gehaltssumme ist um 2,4% zu erhöhen, individuelle Einmalzahlung mindestens 2%. Einmalzahlungsoption und Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter um 1,4% in Betrieben mit Umsatzrückgang von mindestens 15% im I. Quartal möglich. – ¹⁰⁾ Ist-Löhne und -Gehälter +42 €. – ¹¹⁾ Bis 1.400 € +3,7%, darüber +3,6%. – ¹²⁾ Fachverband empfiehlt Erhöhung der Ist-Löhne im selben Ausmaß. – ¹³⁾ Sockelbetrag 10 €, Steigerung +3,2%.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Metallindustrie eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter je nach Beschäftigungsgruppe um 3,8% bis 3,9%. Die Ist-Löhne und -Gehälter wurden ebenfalls um 3,8% bzw. 3,9% angehoben, sodass die relativen Überzahlungen aus dem Vorjahr beibehalten wurden. Dieser Abschluss, der etwa 180.000 Beschäftigte betraf und der traditionell eine Signalwirkung hat, sah zudem eine erfolgsabhängige Einmalzahlung von bis zu 250 € vor. Die Höhe der Einmalzahlung hing vom Gewinn der Betriebe vor Zinsen und Steuern (EBIT) ab, für Betriebe ohne positives EBIT entfiel die Zahlung. Nominell war dies der höchste Abschluss seit Mitte der 1990er-Jahre; in erster Linie war dies darauf zurückzuführen, dass auch der Verbraucherpreisindex zuletzt vor fünfzehn Jahren so stark angezogen hatte.

In der Folge stiegen auch in den anderen Branchen die nominellen Entgelte stärker als im langjährigen Durchschnitt, die meisten Abschlüsse blieben aber unter jenem der Metallindustrie. Im Handel wurden mit Jänner 2009 die Mindestlöhne und Mindestgehälter um 3,6% bis 3,7% erhöht. Dabei kam die etwas stärkere Anhebung für

Beschäftigte mit geringeren Einkommen zum Tragen (Gehälter bis 1.400 € bzw. Löhne bis 1.350 €). Die Kollektivverträge für Arbeiter bzw. Arbeiterinnen und Angestellte im Handel (etwa 550.000 Beschäftigte) sahen zudem eine Aufrechterhaltung der bestehenden Überzahlungen in Form einer Parallelverschiebung vor (d. h. eine Fortschreibung des absoluten Überzahlungsbetrags). Im Vorjahr hatte die Lohnrunde im Handel einer durchschnittlichen Erhöhung um 3,3% entsprochen. Für die Bundesbediensteten einigten sich die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und die Vertreter der Bundesregierung auf einen Anstieg um 3,55%. Die den Beamten und Beamtinnen bzw. Vertragsbediensteten zustehenden Zulagen und Nebengebührenwerte wurden im gleichen Ausmaß angepasst.

In den ersten Monaten 2009 traten zahlreiche andere erneuerte Kollektivverträge mit Lohnsteigerungen von 3,6% bis 3,8% in Kraft. Im Metallgewerbe einigten sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine Erhöhung der Mindestlöhne um 3,8%, während die Ist-Löhne und Ist-Gehälter um 3,6% angehoben wurden. Die Entgelte der Bankangestellten, die im Herbst verhandelt worden waren, stiegen mit Anfang März um 3,7%, um 0,4 Prozentpunkte stärker als im Jahr zuvor. In den Elektrizitätsversorgungsunternehmen wurden die Mindestbezüge in den unteren Verwendungsgruppen um 3,8%, jene in den oberen Verwendungsgruppen sowie die Ist-Löhne und -Gehälter um 3,7% erhöht. Die Einkommenssteigerung in den Gesundheits- und Sozialberufen war mit 3,6% nur etwas geringer. In der Mineralölindustrie, deren Löhne und Gehälter in der Vergangenheit besonders kräftig angehoben worden waren, stiegen sowohl die Mindestlöhne und -gehälter als auch die Ist-Löhne und -Gehälter ab Februar um 3,8%.

Die nachfolgenden Verhandlungen der Frühjahrslohnrunde 2009 standen schon deutlich stärker im Zeichen der Wirtschaftskrise. In den ersten Monaten des Jahres befand sich die Weltwirtschaft erstmals seit über 60 Jahren in einer Rezession, auch in Österreich brachen Produktion und Außenhandel ein. In etlichen Branchen reagierten die Tarifpartner mit zweijährigen Abschlüssen auf die Krise. Daraus ergaben sich im 1. Halbjahr 2009 durchschnittlich deutlich niedrigere Abschlüsse als in der Herbstlohnrunde. Zugleich wurden Vereinbarungen getroffen, die für 2010 eine Erhaltung der Kaufkraft sichern sollten. In der chemischen Industrie vereinbarten die Tarifpartner eine Steigerung der Mindestbezüge und der Ist-Bezüge um 2,6% mit 1. Mai 2009. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch schon festgelegt, die Erhöhung der Löhne und Gehälter 2010 an die Preisentwicklung zu koppeln. Demnach werden mit 1. Mai 2010 sowohl die Kollektivvertragsbezüge als auch die Ist-Bezüge um 0,6 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Inflationsrate von April 2009 bis März 2010 steigen. Der Abschluss in der Papierindustrie, der erst im Juni 2009 zustande kam, sah eine Steigerung der Kollektivvertragsbezüge um 2% vor, die Ist-Bezüge wurden pauschal um 42 € angehoben. Zudem trat diese Steigerung erst im August 2009 in Kraft, was eine Verzögerung von drei Monaten gegenüber der Laufzeit des vorjährigen Abschlusses bedeutete. Für 2010 ist, ähnlich wie in der chemischen Industrie, eine Einkommenssteigerung um 0,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate vorgesehen. In der Elektro- und Elektronikindustrie wurden sowohl die Kollektivvertrags- als auch die Ist-Löhne und -Gehälter der knapp 60.000 Beschäftigten um 2,2% angehoben. Alternativ konnte durch Betriebsvereinbarung eine Verteilungsoption mit einer Steigerung der Lohnsumme um 2,4% bei einer individuellen Steigerung um mindestens 2%, oder auch eine Einmalzahlung von durchschnittlich 8,4% des Monatsbezugs durchgeführt werden. Im folgenden Jahr sollen die Löhne und Gehälter die Inflationsrate um 1,1 Prozentpunkte übersteigen.

Lediglich im Bausektor, dessen Lohnentwicklung schon im Frühjahr 2008 für die nächsten zwei Jahre festgeschrieben worden war, ergaben sich 2009 höhere Einkommenszuwächse. Nachdem die Mindestlöhne und Mindestgehälter 2008 in der Bauindustrie und im Baugewerbe um 3,7% angehoben worden waren, stiegen sie mit 1. Mai 2009 um 3,6% bzw. 3,55%. Die bestehenden Überzahlungen wurden weiterhin durch eine Parallelverschiebung geregelt. Im Bauhilfs- und Baunebengewerbe betrug die Steigerung wie im Vorjahr vereinbart 3,4%.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich auch in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die Mindestlöhne stiegen im

Durchschnitt über alle Branchen um knapp 3,4% und damit um rund 0,3 Prozentpunkte stärker als im Vorjahr (Übersicht 27). Ein deutlich höherer Zuwachs als im Jahr 2008 (+2,7%) war für die öffentlich Bediensteten zu verzeichnen, deren Einkommen mit +3,5% erstmals seit 2004 kräftiger stiegen als die der anderen Beschäftigtengruppen. Im privaten Sektor erhöhte sich der Tariflohnindex im Handel am stärksten (+3,7%). Im Verkehr und im Baugewerbe ergab sich eine Steigerung um 3,6%, wobei sich im Verkehr die Kollektivvertragsbezüge der Angestellten mit +2,8% im Jahresdurchschnitt deutlich schwächer erhöhten als jene der Arbeiter und Arbeiterinnen (+4,3%). In der Industrie, die traditionell hohe Lohnsteigerungen verzeichnet, blieb der Index mit +3,1% merklich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurück, weil in diesem Wirtschaftsbereich zahlreiche Kollektivverträge unterjährig in Kraft treten: So haben etwa die niedrigen Abschlüsse aus der Frühjahrslohnrunde 2009 in der Berechnung des Indexwertes für 2009 großes Gewicht. Mit einer Steigerung von 3,5% erhöhten sich die Kollektivvertragsgehälter in den freien Berufen leicht überdurchschnittlich und somit deutlich stärker als im Vorjahr (2008 +2,8%). Im Tourismus entwickelten sich die Mindestentgelte am schwächsten (+2,9%), vor allem wegen des mäßigen Anstiegs der Arbeiterlöhne (+2,8%).

Übersicht 27: Tariflohnindex 2006

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 3,1	+ 3,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,3
Gewerbe	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,5
Baugewerbe	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6
Industrie	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,1
Handel	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,7
Verkehr	+ 2,9	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,6
Fremdenverkehr	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9
Geld-, Kredit -und Versicherungswesen	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,1
Freie Berufe	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,5
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,5
Öffentlicher Dienst	+ 2,7	+ 3,5

Q: StatistikAustria, WIFO-Berechnungen.

2009 deutliche Verdienstzuwächse für Beschäftigte

Die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme wird vornehmlich durch zwei Faktoren gekennzeichnet: die Herbstlohnrunde und die Beschäftigungsentwicklung. Die Herbstlohnrunde 2008 war wie erwähnt im Zeichen der Inflationsbeschleunigung gestanden, die durch die Lohnabschlüsse abgegolten werden konnte. Die Beschäftigtenzahl war zu diesem Zeitpunkt noch stabil. Ende 2008 und Anfang 2009 begann die Beschäftigung aber wegen der Wirtschaftskrise zu sinken, und zwar zuerst jene der Männer. Insgesamt verringerte sich die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr um knapp 45.000 oder 1,4%. In Kombination mit den relativ hohen Lohnabschlüssen ergab sich daraus mit +1,4% der geringste Anstieg der Brutto Lohn- und -gehaltssumme seit über zehn Jahren.

Die nominellen Löhne und Gehälter pro Kopf erhöhten sich mit +2,3% wesentlich schwächer als in den Vorjahren. Der Anstieg der Leistungseinkommen pro Kopf blieb mit +1,1% weit unter dem des Tariflohnindex. Im laufenden Jahrzehnt war damit die Lohndrift – mit Ausnahme 2008 – durchwegs negativ. Eine der wichtigsten Ursachen dieser Entwicklung ist die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, der geringfügigen oder freien Dienstverträge in Verbindung mit dem Rückgang der Vollzeitarbeitsplätze. Die tatsächliche Verdienstentwicklung dürfte im Jahr 2009 zudem durch Arbeitszeitverkürzungen (z. B. Verringerung von Überstunden und Kurzarbeit) und den Entfall von Prämien und anderen Sonderzahlungen im Zuge der Wirtschaftskrise geprägt worden sein. Die Nettonominaleinkommen nahmen aufgrund der Steuerreform 2009 mit +3,5%, um über 1 Prozentpunkt stärker zu als die Bruttoeinkommen.

Die Realeinkommen vor (+1,1%) und nach den Steuern (+2,3%) stiegen stärker als in den Vorjahren. Preisbereinigt wird die Einkommensentwicklung entweder mit dem Deflator des privaten Konsums oder mit dem Verbraucherpreisindex. Der Konsum-

deflator stieg 2009 um ½ Prozentpunkt stärker als der VPI. Für die Anwendung des Konsumdeflators spricht die Abbildung der aktuellen Verbrauchsmenge des Beobachtungsjahres, während im VPI die Verbrauchsmengen des Basisjahres eingehen.

Die Beschäftigten der Sachgütererzeugung (ÖNACE, Jänner bis November 2009) verzeichneten 2009 eine deutlich unterdurchschnittliche Erhöhung ihrer Bruttoverdienste (+0,4%). Die geleistete Arbeitszeit sank im Vorjahresvergleich pro Kopf um 4,0%, die bezahlte Arbeitszeit sogar um 6,6%. Deshalb fiel die Zunahme der Stundenverdienste höher aus als die der Monatsverdienste. Auch in der Abgrenzung der Industrie (Fachverbandsgliederung, Jänner bis November 2009) stiegen die Bruttomonatsverdienste mit +0,8% erheblich schwächer als die Stundenverdienste (+2,9%). Gedämpft wurde die Verdienstentwicklung u. a. durch die Einkommenswirkung der Kurzarbeit.

Übersicht 28: Löhne und Einkommen

	2007	2008	2009	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			In €
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+ 5,3	+ 5,4	+ 1,4	
Löhne und Gehälter pro Kopf				
Brutto nominell	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3	
Brutto real ¹⁾	+ 0,5	+ 0,0	+ 1,1	
Netto nominell	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,5	
Netto real ¹⁾	+ 0,4	- 0,5	+ 2,3	
Bruttoverdienst pro Kopf				
Sachgütererzeugung (ÖNACE)				
Pro Monat	+ 2,8	+ 3,9 ²⁾	+ 0,4	3.118,00 ³⁾
Pro Stunde	+ 2,7	+ 3,9 ²⁾	+ 2,4	19,24 ³⁾
Industrie (Fachverbandsgliederung)				
Pro Monat	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,8	3.387,84 ³⁾
Pro Stunde	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,9	20,81 ³⁾

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Bruch: Änderungen in der Erhebungsmasse der Konjunkturstatistik im Zuge der Klassifikationsumstellung von ÖNACE 1995/2003 auf ÖNACE 2008. – ³⁾ Jänner bis November 2009.

2010 werden die Verdienste weniger kräftig steigen als 2009. Die ersten Abschlüsse im Herbst 2009 waren vom Einbruch der Export- und Industriekonjunktur gekennzeichnet, von großer Vorsicht der Wirtschaft sowie vom krisenbedingt engen finanziellen Spielraum der Unternehmen und der öffentlichen Hand als Arbeitgeber. Die Kollektivvertragsverhandlungen der eisen- und metallherstellenden und -verarbeitenden Industrie sowie des Metallgewerbes ergaben eine Erhöhung der Ist-Löhne um 1,45%. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten wurden um 0,94% bis 1,23% angehoben. Im Februar 2010 war der Anstieg des Tariflohnindex der Gesamtwirtschaft mit 1,8% nur halb so hoch wie im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die angespannte Arbeitsmarktlage dürfte auch für 2010 von einer negativen Lohndrift begleitet sein.

Thomas Leoni (Thomas.Leoni@wifo.ac.at),
Christine Mayrhuber (Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at)
Statistik: Doris Gabriel (Doris.Gabriel@wifo.ac.at)

Im Februar 2009 ging die Zahl der aktiven unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse aufgrund der Konjunkturverschlechterung in der Industrie erstmals seit März 2003 im Vorjahresvergleich zurück. Da auch die Beschäftigung im Dienstleistungssektor im Laufe des II. Quartals zunehmend unter Druck geriet, beschleunigte sich der Beschäftigungsabbau – obwohl abgefedert durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – von -18.900 oder -0,6% im I. Quartal 2009 auf -63.700 oder -1,9% im III. Quartal. Insgesamt sank die aktive Beschäftigung 2009 um 44.800 oder 1,4% auf 3.259.300.

**Starker Beschäftigungsrückgang,
Arbeitslosigkeit massiv gestiegen**

Anfang 2009 verschlechterte sich die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt infolge der Konjunkturabschwächung deutlich. Konjunkturpakete, die staatlich geförderte Kurzarbeit sowie Maßnahmen für die Jugendbeschäftigung milderten die Beschäftigungseinbußen und dämmten den Anstieg der Arbeitslosigkeit ein.

Weil vom exportbedingten Konjunkturerinbruch¹⁸⁾ vor allem jene Branchen betroffen waren, die überwiegend Männer beschäftigen, verringerte sich die Männerbeschäftigung 2009 überdurchschnittlich (-45.800 oder -2,5% auf 1.770.700). Mit den zunehmenden Problemen im Dienstleistungssektor geriet mit einer Verzögerung von einem halben Jahr auch die Frauenbeschäftigung¹⁹⁾ zunehmend unter Druck (+940 oder +0,1% auf 1.488.600). Der Frauenanteil an der Aktivbeschäftigung erhöhte sich damit deutlich auf 45,7% (+0,7 Prozentpunkte gegenüber 2008).

Übersicht 29: Kindergeldbezugsvarianten im Jahr 2009

	Variante 1 15 + 3 Monate	Variante 2 20 + 4 Monate	Variante 3 30 + 6 Monate
Höhe des Kinderbetreuungsgeldes	800 €	624 €	436 €
Höchstmögliche Bezugsdauer für einen Elternteil	Bis zum vollendeten 15. Lebensmonat des Kindes	Bis zum vollendeten 20. Lebensmonat des Kindes	Bis zum vollendeten 30. Lebensmonat des Kindes
Höchstmögliche Bezugsdauer für beide Eltern	Bis zum vollendeten 18. Lebensmonat des Kindes	Bis zum vollendeten 24. Lebensmonat des Kindes	Bis zum vollendeten 36. Lebensmonat des Kindes
Möglichkeit des Bezugswechsels	Zweimal		
Zuverdienstmöglichkeiten	16.200 € jährlich (Steuerbemessungsgrundlage) oder höchstens 60% des Bruttoeinkommens vor der Karenz		
Mehrkindzuschlag	400 €	312 €	218 €
Beihilfe für einkommenschwache Familien und Alleinerziehende	180 € monatlich (für ein Jahr)		
Regelung für arbeitsfähige Alleinerziehende	2 Monate		

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Die Zahl der Personen mit Kindergeldbezug sank im Jahresdurchschnitt 2009 um 2.600 oder 2,5% auf 102.900, vor allem weil im Zuge der Kindergeldreform mit 1. Jänner 2008 zusätzlich zur bestehenden Variante (Bezugsdauer 30 plus 6 Monate) zwei Kindergeldvarianten mit höherem Transfer und kürzerer Bezugsdauer eingeführt worden waren (15 plus 3 Monate, 20 plus 4 Monate), deren Bezugsdauer nun erstmals ausgeschöpft war. Im Dezember 2009 lag die Zahl der Personen mit Kindergeldbezug um 7.100 oder 6,7% unter dem Vorjahresniveau.

Da die Wirtschaftskrise die Industrie überdurchschnittlich erfasste, konzentrierte sich der Beschäftigungsrückgang auf den sekundären Sektor, und hier insbesondere auf die Herstellung von Waren mit nennenswerten Beschäftigungseinbußen in der Autoindustrie und Autozulieferindustrie, Glas- und Textilindustrie sowie im Druckereibereich, im Maschinenbau und in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten. Im Bauwesen fiel der Beschäftigungsrückgang auch dank der Konjunkturbelebungsmaßnahmen mäßig aus²⁰⁾.

Massiver Beschäftigungsabbau in der Sachgütererzeugung

¹⁸⁾ Mahringer, H., "Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 967-978, http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display_mode=2.

¹⁹⁾ Im Jahr 2009 waren 87,1% der Frauen im Dienstleistungssektor beschäftigt (Männer 61%).

²⁰⁾ Die Beschäftigungsausweitung in der Energieversorgung ist auf eine Umbuchung der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien zulasten der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen.

Übersicht 30: Der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen im Überblick

	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/09	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	3.280.878	3.344.039	3.420.494	3.373.536	- 46.959	- 1,4
Männer	1.765.210	1.797.982	1.830.513	1.785.575	- 44.937	- 2,5
Frauen	1.515.668	1.546.057	1.589.982	1.587.961	- 2.021	- 0,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.161.932	3.227.449	3.304.128	3.259.310	- 44.818	- 1,4
Männer	1.750.372	1.783.610	1.816.421	1.770.666	- 45.755	- 2,5
Frauen	1.411.560	1.443.839	1.487.707	1.488.644	+ 937	+ 0,1
Mit österreichischer Staatsbürgerschaft	2.771.237	2.814.871	2.868.064	2.828.819	- 39.246	- 1,4
Männer	1.515.435	1.536.163	1.555.015	1.515.729	- 39.286	- 2,5
Frauen	1.255.802	1.278.708	1.313.050	1.313.090	+ 40	+ 0,0
Mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft	390.695	412.578	436.064	430.491	- 5.573	- 1,3
Männer	234.937	247.447	261.407	254.937	- 6.470	- 2,5
Frauen	155.758	165.131	174.657	175.554	+ 897	+ 0,5
Selbständige und Mithelfende ³⁾	406.200	408.800	415.200	423.300	+ 8.100	+ 2,0
Männer	258.800	261.400	261.900	263.100	+ 1.229	+ 0,5
Frauen	147.400	147.400	153.300	160.200	+ 6.911	+ 4,5
Aktiv Erwerbstätige	3.568.132	3.636.249	3.719.328	3.682.610	- 36.718	- 1,0
Männer	2.009.172	2.045.010	2.078.321	2.033.795	- 44.526	- 2,1
Frauen	1.558.960	1.591.239	1.641.007	1.648.855	+ 7.848	+ 0,5
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	239.174	222.248	212.253	260.309	+ 48.056	+ 22,6
Männer	135.778	124.346	118.811	153.583	+ 34.772	+ 29,3
Frauen	103.396	97.902	93.442	106.726	+ 13.284	+ 14,2
Personen in Schulungen ⁴⁾	57.504	52.653	50.508	64.063	+ 13.555	+ 26,8
Männer	27.095	24.648	23.804	31.689	+ 7.885	+ 33,1
Frauen	30.408	28.005	26.704	32.374	+ 5.670	+ 21,2
Erwerbspersonen ⁵⁾	3.807.306	3.858.498	3.931.581	3.942.918	+ 11.338	+ 0,3
Männer	2.144.950	2.169.356	2.197.132	2.187.378	- 9.754	- 0,4
Frauen	1.662.356	1.689.141	1.734.449	1.755.581	+ 21.132	+ 1,2
Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren ⁶⁾	5.585.940	5.601.431	5.629.109	5.651.166	+ 22.057	+ 0,4
Männer	2.798.545	2.805.450	2.818.007	2.827.828	+ 9.821	+ 0,3
Frauen	2.787.395	2.795.981	2.811.102	2.823.338	+ 12.236	+ 0,4
Beim AMS gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	32.912	38.214	37.497	27.165	- 10.332	- 27,6
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)						
Erwerbsquote ⁵⁾	67,8	68,9	69,8	69,8		
Männer	76,7	77,3	78,0	77,4		
Frauen	63,2	60,4	61,7	62,2		
Beschäftigungsquote ⁷⁾	63,6	64,9	66,1	65,2		
Männer	71,3	72,9	73,8	71,9		
Frauen	55,7	56,9	58,4	58,4		
In %						
Arbeitslosenquote laut AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	6,8	6,2	5,8	7,2		
Männer	7,2	6,5	6,1	7,9		
Frauen	6,4	6,0	5,6	6,3		
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,8	4,4	3,8	5,0		
Männer	4,3	3,9	3,6	5,2		
Frauen	5,2	5,0	4,1	4,7		

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienst, ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld; WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Laut WIFO, 2009: vorläufig. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁵⁾ Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – ⁶⁾ Laut Statistik Austria. – ⁷⁾ Aktive Erwerbstätige.

Im Dienstleistungsbereich wurden die Beschäftigungseinbußen insbesondere vom Arbeitskräfteverleih bestimmt. Auch im Verkehr und im Lagerwesen gingen Arbeitsplätze verloren, ebenso im, für die Frauenbeschäftigung wichtigen, Handel. Abgedeckt wurden die Verluste durch Beschäftigungszuwächse in den öffentlichen (Wirtschaftsklassen O bis Q) und in den sonstigen Dienstleistungen²¹⁾.

²¹⁾ Die Beschäftigungsausweitung in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ist auf eine Umbuchung der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien zulasten der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen.

Übersicht 31: Unselbständige Beschäftigung nach Wirtschaftsklassen

	2008	2009	Veränderung 2008/09	
			Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17.354	18.084	+ 730	+ 4,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.742	5.609	- 133	- 2,3
Herstellung von Waren	609.795	573.071	- 36.724	- 6,0
Energieversorgung	24.267	26.859	+ 2.592	+ 10,7
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	13.711	13.513	- 198	- 1,4
Bau	248.268	243.170	- 5.098	- 2,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	524.791	518.059	- 6.732	- 1,3
Verkehr und Lagerei	195.916	189.628	- 6.288	- 3,2
Beherbergung und Gastronomie	180.988	178.723	- 2.265	- 1,3
Information und Kommunikation	72.360	71.945	- 415	- 0,6
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	118.662	121.693	+ 3.031	+ 2,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	42.687	42.318	- 369	- 0,9
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	136.484	137.660	+ 1.176	+ 0,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	165.118	150.122	- 14.996	- 9,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	536.805	538.021	+ 1.216	+ 0,2
Erziehung und Unterricht	88.017	92.191	+ 4.174	+ 4,7
Gesundheits- und Sozialwesen	194.732	206.380	+ 11.648	+ 6,0
Kunst, Unterhaltung und Erholung	31.039	31.948	+ 909	+ 2,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	91.721	94.408	+ 2.687	+ 2,9
Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3.178	3.247	+ 69	+ 2,2
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	662	653	- 9	- 1,4
Wirtschaftsklasse unbekannt	1.832	2.010	+ 178	+ 9,7
Aktiv unselbständig Beschäftigte	3.304.128	3.259.310	- 44.818	- 1,4
Präsenzdiener	10.857	11.353	+ 496	+ 4,6
Personen mit Karenz- oder Kindergeldbezug	105.509	102.873	- 2.636	- 2,5
Unselbständig Beschäftigte insgesamt	3.420.494	3.373.536	- 46.959	- 1,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Auch Ausländerbeschäftigung gesunken

Erstmals seit über zehn Jahren verringerte sich im Februar 2009 die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte. Insgesamt sank die Ausländerbeschäftigung 2009 um 5.600 oder 1,3% auf 430.500. Auch hier waren Männer wegen der Krise im produzierenden Bereich besonders betroffen, während die Beschäftigung ausländischer Frauen im gesamten Jahresverlauf das Vorjahresniveau hielt. Insgesamt blieb der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der aktiven unselbständigen Beschäftigung mit 13,2% unverändert.

Übersicht 32: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2004	2005	2006 Jahresdurchschnitt	2007 Jahresdurchschnitt	2008	2009	Veränderung 2008/09	
							Absolut	In %
Insgesamt	362.299	374.187	390.695	412.578	436.064	430.491	- 5.573	- 1,3
Männer	218.972	225.453	234.937	247.447	261.407	254.937	- 6.470	- 2,5
Frauen	143.327	148.734	155.758	165.131	174.657	175.554	+ 897	+ 0,5
Herkunft								
Anderer Länder der EU 15, EWR	53.539	62.331	71.648	81.176	90.874	93.599	+ 2.725	+ 3,0
Neue EU-Länder	55.533	59.250	63.016	69.877	79.066	82.002	+ 2.936	+ 3,7
Nicht-EU-Länder	253.227	252.606	256.031	261.525	266.123	254.890	- 11.233	- 4,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Zahl der Arbeitskräfte aus Drittstaaten verringerte sich (-11.200 oder -4,2%), während die Beschäftigung von Arbeitskräften aus den EU-Ländern weiter stieg (EU 15 +2.700 oder +3,0%, neue EU-Länder +2.900 oder +3,7%). Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der Arbeitskräfte aus den EU-Ländern an den ausländischen Arbeitskräften um jeweils knapp 1 Prozentpunkt (EU 15 bzw. EWR auf 21,7%, neue EU-Länder auf 19,0%).

Neuberechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO

Die Neuberechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO erfasst alle Personen, die gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der Arbeitsmarktdatenbank von AMS und Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ausschließlich als Selbständige in bzw. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (Selbständige mit einer zusätzlichen unselbständigen Beschäftigung bleiben unberücksichtigt). Darüber hinaus wird die Zahl der Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwältinnen, Notare bzw. Notarinnen und Ziviltechniker bzw. Ziviltechnikerinnen in Österreich laut Angaben der Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Österreichischen Notariatskammer berücksichtigt. Rückwirkende Änderungen der administrativen Daten können eine Revision der Zahl der Selbständigen in Österreich erfordern. Die Neuberechnung der Datenreihe erfolgt ab dem Jahr 2001.

**Selbständigenzahl
gestiegen**

Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen stieg 2009 neuerlich (+8.100 oder +2,0% auf 423.400). Die starke Zunahme der Zahl selbständiger Frauen war insbesondere auf die anhaltende Ausweitung der selbständigen Pflegetätigkeit von Frauen aus den neuen EU-Ländern in Privathaushalten zurückzuführen; die Beschäftigungsverluste in der Land- und Forstwirtschaft wurden dadurch mehr als kompensiert.

Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem produzierenden Bereich sank die Beschäftigtenzahl im Arbeitskräfteverleih überdurchschnittlich und vor allem in der Industrie (laut Arbeitskräfteüberlassungsstatistik des Sozialministeriums zum Stichtag 31. Juli 2009 57.200 Arbeitskräfte, -10.900, -15,9% gegenüber dem Vorjahr; Industrie -8.500 oder -32,8%, Anteil an allen Leiharbeitskräften -7,7 Prozentpunkte auf 30,6%). Damit waren erstmals seit 2006 nicht mehr die meisten Leiharbeitskräfte in der Industrie, sondern im Gewerbe, Handwerk und in den Dienstleistungen tätig (41%).

**Beschäftigung mit
geringer Wochen-
arbeitszeit nimmt zu**

Übersicht 33: Atypische Beschäftigungsformen

	Personalverleih ¹⁾	Freie Dienstverträge	Geringfügige Beschäftigung	Teilzeitarbeit ²⁾
<i>Männer</i>				
2006	48.683	13.335	70.891	86.025
2007	54.376	12.549	75.251	87.475
2008	54.639	12.438	91.371	95.400
2009	43.893	11.362	98.618	106.000
<i>Frauen</i>				
2006	10.579	14.037	164.915	570.850
2007	12.490	13.528	170.581	581.325
2008	13.442	13.553	185.541	602.600
2009	13.337	12.768	189.576	630.900
<i>Insgesamt</i>				
2006	59.262	27.372	235.806	656.950
2007	66.866	26.077	245.832	668.800
2008	68.081	25.992	276.912	698.000
2009	57.230	24.129	288.194	736.900

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Stichtag 31. Juli. – ²⁾ Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden; laut Mikrozensus (Labour-Force-Konzept), vorläufiger Wert für 2009 (Durchschnitt I. bis III. Quartal).

Die Einschränkung der Arbeitskräftenachfrage betraf nicht nur die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch die durchschnittliche Arbeitszeit: Die Teilzeitbeschäftigung wurde wesentlich verstärkt (nach vorläufigen Ergebnissen +38.900 oder +5,6%). Zudem nahm die geringfügige Beschäftigung laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger weiter zu, allerdings schwächer als im Vorjahr (+11.300 oder +4,1% nach +31.100 oder +12,6% im Jahr 2008). Die Zahl der freien Dienstverträge verringerte sich weiter (-1.900 oder -7,2% auf 24.100). Diese Beschäftigungsform ist bereits seit drei Jahren rückläufig.

Massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit beschleunigte sich im Laufe des Jahres 2009 von +12,2% im Jänner auf +33% im Juni; auch aufgrund der Stabilisierung der Industriekonjunktur flachte er in der Folge ab (Dezember +8,9%). Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um 48.100 oder 22,6% auf 260.300.

Der Anstieg der Männerarbeitslosigkeit setzte wegen der wirtschaftlichen Probleme im Produktionssektor bereits im Oktober 2008 ein und erreichte im Juni 2009 den Höchstwert von +45,6%, obwohl die Schulungstätigkeit des Arbeitsmarktservice ausgeweitet sowie Kurzarbeit und Bildungskarenz forciert wurden. In den folgenden Monaten verringerte sich die Zunahme bis auf +9,8% im Dezember 2009. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren mit 153.600 um 34.800 oder 29,3% mehr Männer arbeitslos als im Vorjahr.

Erst im Dezember 2008, als der Konjunkturunbruch zunehmend den Dienstleistungssektor erfasste, begann die Arbeitslosigkeit der Frauen zu steigen. Die Zunahme war anfangs viel geringer als die der Männerarbeitslosigkeit, die sich im Jahresverlauf wieder anglich (geschlechtsspezifischer Unterschied im Anstieg der Arbeitslosigkeit Juni 2009 26,0 Prozentpunkte, Dezember 2009 2,4 Prozentpunkte). Im Jahresdurchschnitt 2009 nahm die Arbeitslosigkeit der Frauen um 13.300 oder 14,2% auf 106.700 zu.

Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 7,2% (Männer +1,8 Prozentpunkte auf 7,9%, Frauen +0,7 Prozentpunkte auf 6,3%). Im Jahresdurchschnitt verfügten dabei 21,4% der registrierten Arbeitslosen über eine Einstellungszusage (Männer 23,8%, Frauen 18%). Laut Eurostat (Labour Force Survey) betrug die Arbeitslosenquote 4,8% (Männer 5,0%, Frauen 4,6%).

Übersicht 34: Arbeitslose und Personen in AMS-Kursmaßnahmen nach Geschlecht und Alter

	Arbeitslose				Personen in Schulung			
	2008 Jahresdurchschnitt	2009	Veränderung Absolut	2008/09 In %	2008 Jahresdurchschnitt	2009	Veränderung Absolut	2008/09 In %
Männer								
Bis 24 Jahre	19.024	25.437	+ 6.413	+ 33,7	9.934	13.259	+ 3.325	+ 33,5
25 bis 49 Jahre	72.241	94.644	+ 22.403	+ 31,0	11.153	15.102	+ 3.949	+ 35,4
50 Jahre oder älter	27.542	33.501	+ 5.959	+ 21,6	2.717	3.328	+ 611	+ 22,5
Frauen								
Bis 24 Jahre	15.044	17.471	+ 2.427	+ 16,1	9.363	11.596	+ 2.233	+ 23,8
25 bis 49 Jahre	62.319	71.028	+ 8.709	+ 14,0	15.301	18.480	+ 3.179	+ 20,8
50 Jahre oder älter	16.075	18.227	+ 2.152	+ 13,4	2.041	2.298	+ 257	+ 12,6
Insgesamt								
Bis 24 Jahre	34.068	42.908	+ 8.840	+ 25,9	19.297	24.855	+ 5.558	+ 28,8
25 bis 49 Jahre	134.560	165.672	+ 31.112	+ 23,1	26.454	33.582	+ 7.128	+ 26,9
50 Jahre oder älter	43.617	51.728	+ 8.111	+ 18,6	4.758	5.626	+ 868	+ 18,2

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit traf ausländische Arbeitskräfte früher (schon ab September 2009) und stärker als österreichische Staatsangehörige, auch weil sie überproportional im produzierenden Bereich und im Arbeitskräfteverleih beschäftigt sind. Erst gegen Ende 2009 nahm die Arbeitslosigkeit für alle Erwerbstätigengruppen gleichmäßig zu. Insgesamt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitskräfte um 10.600 oder 27,8% auf 48.900 (Männer +7.700 oder +32,9% auf 31.100, Frauen +2.900 oder +19,7% auf 17.800). Ihre Arbeitslosenquote stieg um 2,1 Prozentpunkte auf 10,2% (Männer 10,9%, Frauen 9,2%) und war damit um 3,5 Prozentpunkte höher als unter österreichischen Staatsangehörigen (2008 +2,6 Prozentpunkte).

Jugendliche, insbesondere junge Männer waren im 1. Halbjahr 2009 überdurchschnittlich von der Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen (Juni 2009 Männer +54,9%, Frauen +21,4%). Jugendliche verlieren im Konjunkturabschwung aufgrund der kürzeren Betriebszugehörigkeit und des geringeren betriebsspezifischen Erfahrungswissens eher ihren Arbeitsplatz oder werden nach dem Lehrabschluss aufgrund von Personaleinsparungsmaßnahmen nicht in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Außerdem bleiben Lehrstellen möglicherweise unbesetzt. Ein noch höherer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit konnte durch arbeitsmarktpolitische Maß-

nahmen verhindert werden. Im gesamten Jahresverlauf stieg die Jugendarbeitslosigkeit dennoch überdurchschnittlich (+8.800 oder +25,9% auf 42.900, Männer +6.400 oder +33,7% auf 25.400, Frauen +2.400 oder +16,1% auf 17.500).

Bis in den Herbst 2009 konzentrierte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf Personen mit abgeschlossener Lehrausbildung oder Matura. Im IV. Quartal wurden zunehmend auch Personen mit Universitätsabschluss arbeitslos – allerdings von einem sehr geringen Niveau ausgehend. Insgesamt entfielen 45,5% der registrierten Arbeitslosigkeit auf Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss und 35,8% auf Personen mit abgeschlossener Lehrausbildung. Die Arbeitslosenquote von Personen mit Lehrabschluss erhöhte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 6,3%.

Mittlere Qualifikationen besonders von Arbeits- losigkeit betroffen

Übersicht 35: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung

	2008	2009	Veränderung 2008/09	
			Absolut	In %
Männer				
Keine abgeschlossene Ausbildung	6.778	8.308	+ 1.530	+ 22,6
Pflichtschule	47.653	60.176	+ 12.523	+ 26,3
Lehre	47.636	62.957	+ 15.321	+ 32,2
Berufsbildende mittlere Schule	3.919	5.055	+ 1.136	+ 29,0
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	8.403	11.248	+ 2.845	+ 33,9
Akademie	214	234	+ 20	+ 9,3
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	3.758	4.914	+ 1.156	+ 30,8
Unbekannt	450	691	+ 241	+ 53,6
Frauen				
Keine abgeschlossene Ausbildung	5.285	5.749	+ 464	+ 8,8
Pflichtschule	39.481	44.300	+ 4.819	+ 12,2
Lehre	25.964	30.183	+ 4.219	+ 16,2
Berufsbildende mittlere Schule	8.438	9.562	+ 1.124	+ 13,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	9.135	10.824	+ 1.689	+ 18,5
Akademie	671	617	- 54	- 8,0
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	4.005	4.899	+ 894	+ 22,3
Unbekannt	463	592	+ 129	+ 27,9
Insgesamt				
Keine abgeschlossene Ausbildung	12.063	14.056	+ 1.993	+ 16,5
Pflichtschule	87.134	104.477	+ 17.343	+ 19,9
Lehre	73.597	93.139	+ 19.542	+ 26,6
Berufsbildende mittlere Schule	12.359	14.618	+ 2.259	+ 18,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	17.539	22.072	+ 4.533	+ 25,8
Akademie	885	851	- 34	- 3,8
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	7.763	9.812	+ 2.049	+ 26,4
Unbekannt	913	1.284	+ 371	+ 40,6

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Als Reaktion auf die deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit wurden zwei Arbeitsmarktpakete und weitere Initiativen für den Arbeitsmarkt beschlossen, insbesondere für Qualifizierung und Beschäftigungssicherung. Bereits im Februar 2009 wurde das bisher kaum genutzte Instrument der Kurzarbeitsbeihilfe flexibler gestaltet, die Bezugsdauer wurde von 12 auf 18 Monate und zur Jahresmitte um weitere 6 Monate ausgeweitet²²⁾. Außerdem wurde die Möglichkeit zur Koppelung der Kurzarbeitsbeihilfe mit betrieblichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geschaffen. Insgesamt erhielten im Jahr 2009 60.500 Personen eine Kurzarbeitsbeihilfe (+52.200 oder +634,5% gegenüber 2008), insbesondere Männer (83%).

Starke Ausweitung der Kurzarbeit

Die im Jahr 2008 reformierte Bildungskarenz wurde angesichts der Wirtschaftskrise abermals modifiziert, zuletzt Mitte 2009. Seither können sich Arbeitskräfte bereits nach einer Beschäftigung von einem halben Jahr für höchstens ein Jahr für Weiterbildungszwecke freistellen lassen und erhalten in dieser Zeit Weiterbildungsgeld in

Insbesondere mehr Männer in der Bildungskarenz

²²⁾ Im Rahmen des Arbeitsmarktpakets II wurde zudem beschlossen, dass ab dem 7. Kurzarbeitsmonat die Sozialversicherungsbeiträge der Dienstgeber für die Kurzarbeit-Ausfallstunden vollständig vom Arbeitsmarktservice ersetzt werden (http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/3/0/CH0023/CMS1245230885751/090617_arbeitsmarktpaket_ii_2_.pdf).

Höhe des Arbeitslosengeldes. Die Inanspruchnahme der Bildungskarenz entwickelte sich daraufhin sehr dynamisch (von Jänner bis November 2009 rund 4.800 Personen, +3.200 oder +195% gegenüber 2008). Anders als in den Jahren zuvor nutzten Männer dieses Instrument besonders oft (+2.200 oder +329,2% gegenüber 2008, Frauen +1.000 oder +104,7% gegenüber 2008); der Männeranteil erhöhte sich um 18,3 Prozentpunkte auf 58,5%.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von zusätzlicher Beschäftigung gesetzt, wie ein Solidaritätsprämienmodell, die Initiative "Aktion 4000" oder die Förderung der Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften in Ein-Personen-Unternehmen.

Als Maßnahme zur Qualifizierung und Reorientierung wurde das Instrument der Arbeitsstiftungen für jugendliche Arbeitslose und für Leiharbeitskräfte adaptiert, damit die Betroffenen sich höherqualifizieren oder beruflich umorientieren können. Außerdem erhalten Jugendliche bis 18 Jahren im Rahmen der Ausbildungsgarantie nach Beendigung der Schulpflicht, sofern sie keine betriebliche Lehrstelle finden, eine Facharbeiterausbildung im Rahmen einer überbetrieblichen Lehrausbildung²³⁾. Die überbetriebliche Lehrausbildung entlastete ab Herbst auch den Lehrstellenmarkt; davon profitierten besonders Mädchen. Im Jahresdurchschnitt blieb die Zahl der sofort verfügbaren lehrstellensuchenden Mädchen mit 2.800 (+30 oder +1%) fast unverändert (Burschen +220 oder +7,5% auf 3.200). Die Zahl der sofort verfügbaren offenen Lehrstellen ging um 350 oder 9,7% auf 3.300 zurück.

Die krisenbedingte Ausweitung der Qualifizierungsmaßnahmen erhöhte die Zahl der Personen in AMS-Kursmaßnahmen deutlich (+13.600 oder +26,8% auf 64.100, Männer +7.900 oder +33,1% auf 31.700, Frauen +5.700 oder +21,2% auf 32.400). Weil sich die Integrationschancen von jungen Männern²⁴⁾ und von Männern im Haupterwerbsalter²⁵⁾ überdurchschnittlich verschlechterten, nahm ihr Anteil an den Schulungsteilnahmen besonders stark zu.

Die erweiterte Arbeitslosenquote, die neben registrierten Arbeitslosen auch Personen in AMS-Kursmaßnahmen, sofort verfügbare Lehrstellensuchende, Personen mit Pensionsvorschuss und Übergangsgeld berücksichtigt, erhöhte sich 2009 um 1,7 Prozentpunkte auf 9,6%.

Dauer der Arbeitslosigkeit erstmals seit 2004 gestiegen

Aufgrund der zunehmenden und anhaltenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich erstmals seit 2004 die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit (+5 Tage auf 93 Tage, Männer +7 Tage auf 94 Tage, Frauen +3 Tage auf 92 Tage). Die Zahl der Arbeitssuchenden mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr stieg um 1.000 oder 17,7% auf 6.800. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen²⁶⁾ Arbeitslosen nahm um 1.800 oder 5,3% auf 36.400 zu, jene aller Langzeitbeschäftigungslosen um 3.800 oder 7% auf 58.200.

Massiver Rückgang des Stellenangebotes

Die Wirtschaftskrise löste Anfang 2009 einen deutlichen Rückgang der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen aus, der im Juni mit -16.700 oder -38,2% einen Höchstwert erreichte. Im Jahresdurchschnitt wurden mit 27.200 um 10.300 oder 27,6% weniger Stellen angeboten als 2008. Die Stellenandrangsziffer erhöhte sich beträchtlich von 5,7 auf 9,6 Arbeitslose je offene Stelle und war damit ähnlich hoch wie zuletzt im Jahr 2005. Die Stellenangebote in den Printmedien (1. Halbjahr 2009: 179.700 freie Stellen), die neben Teilzeittätigkeiten auch befristete Dienstverhältnisse (ab 2 Monate), geringfügige Beschäftigung, selbständige Tätigkeiten und freie

²³⁾ http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/7/6/7/CH0690/CMS1249976411510/jugend_und_arbeit_2009.pdf.

²⁴⁾ Jugendliche, die eine Facharbeiterausbildung im Rahmen der überbetrieblichen Lehrausbildung erhalten, werden zu den Personen in AMS-Kursmaßnahmen gezählt.

²⁵⁾ Zur Reaktion des Arbeitsmarktes auf Konjunkturschwankungen siehe Mahringer, H., "Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 967-978, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display_mode=2.

²⁶⁾ Alle Vormerkepisoden als arbeitslos, lehrstellensuchend und in Schulung mit Unterbrechungen bis zu 62 Tagen werden als eine Episode gezählt. Wenn eine Episode länger als ein Jahr dauert, gilt eine Person als langzeitbeschäftigungslos.

Dienstverträge umfassen, verringerten sich noch stärker als die beim AMS gemeldeten Stellen (–47% gegenüber dem 1. Halbjahr 2008)²⁷⁾.

Julia Bock-Schappelwein (Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at)

Statistik: Stefan Fuchs (Stefan.Fuchs@wifo.ac.at)

In der Sachgüterzeugung erwirtschafteten im Jahr 2009 rund 530.000 Beschäftigte eine nominelle Wertschöpfung von rund 128 Mrd. €. Die durchschnittliche Wertschöpfung je unselbständige Arbeitskraft lag somit bei rund 242.000 €. Der Nettoproduktionswert war um 11,7% geringer als im Vorjahr, die weltweite Wirtschaftskrise hat die Sachgüterzeugung demnach 2009 voll erfasst.

Besonders drastisch fiel der Rückgang im I. und II. Quartal aus. Gemäß den unbereinigten Daten war der Einbruch erstmals im IV. Quartal 2008 zu beobachten (–1,4% gegenüber dem Vorjahresquartal) und schlug im I. Quartal 2009 voll durch (–14,2% gegenüber dem I. Quartal 2008). Diese Entwicklung verschärfte sich im II. Quartal weiter (–15,9% im Vorjahresvergleich). Der Wert für das III. Quartal (–11,3% gegenüber dem Vorjahr) zeigt eine Trendwende an, welche sich im IV. Quartal (–5,2%) bestätigte. Bereinigt um die Zahl der Arbeitstage, die Trend- und die Zykluskomponente zeigt der Vorperiodenvergleich für die Sachgüterzeugung bereits im IV. Quartal 2008 einen deutlichen Rückgang (–5,4% gegenüber dem Vorquartal, I. Quartal 2009 –6,2%). Im II. Quartal war mit –2,0% eine Abschwächung des Einbruchs zu verzeichnen. Im III. und IV. Quartal ergab sich gegenüber der Vorperiode bereits ein Zuwachs (+1,9% bzw. +1,3%). Insgesamt stabilisierte sich die Sachgüterproduktion Ende 2009 auf einem niedrigen Niveau. Im Jahresdurchschnitt 2009 entsprach der Produktionswert real ungefähr dem Wert von 2005.

Tiefer Einbruch der Industriekonjunktur im Zuge der Wirtschaftskrise

Übersicht 36: Indikatoren für die Sachgüterzeugung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Nettoproduktionswert, real ¹⁾	+ 7,1	+ 1,1	– 0,5	+ 0,1	+ 2,9	+ 4,8	+ 9,2	+ 7,5	+ 3,9	– 11,7
Beschäftigte ²⁾	+ 0,0	+ 0,2	– 2,5	– 1,7	– 0,6	– 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,7	– 6,0
Stundenproduktivität ³⁾	+ 7,2	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,7	+ 6,2	+ 8,8	+ 5,1	+ 2,7	– 2,3
Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	– 1,7	– 0,9	– 4,4	– 4,2	– 1,7	+ 1,0	+ 9,7
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 14,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2	+ 13,4	+ 3,4	+ 12,3	+ 9,8	+ 1,4	– 20,7

Q: WIFO-Datenbank; WIFO-Prognose, März 2010. – ¹⁾ Produktion, real, laut VGR. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: –2,1%). – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartner; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die deutliche Verschlechterung der Industriekonjunktur schlug auch auf die Arbeitsmarktlage in der Sachgüterzeugung durch. Trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit sank die Beschäftigung in der Sachgüterzeugung 2009 um 6%, nachdem sie 2008 noch um 1,7% ausgeweitet worden war. Mit dem Rückgang der Beschäftigung und der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich die Stundenproduktivität (–2,3%). Die Produktionseinbußen hatten daher 2009 primär einen deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge (+9,7%). Wie der Einbruch der Exporte zeigt, übertrug sich die weltweite Wirtschaftskrise auf Österreich vor allem über den Ausfall der internationalen Nachfrage. Bereits im Laufe des Jahres 2008 verlor der Export an Dynamik (2008 +1,4%). Insgesamt exportierte die Sachgüterzeugung 2009 um 20,7% weniger als 2008. Der Nachfragerückgang im Außenhandel betraf vor allem die Herstellung von Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern sowie die damit verwandte Produktion von industriellen Vorprodukten (–26,3%; Maschinen und Fahrzeuge –24,2%). Geringere Einbußen verzeichneten die Hersteller von konsumnahen Fertigwaren (–10,8%), Nahrungsmitteln (–9,6%) und der Chemiesektor (–6%).

²⁷⁾ Kostera, D., Der Stellenmarkt in Österreich: Halbjahresbericht 2009. Analyse der Personalnachfrage in Medieninseraten, Studie im Auftrag des AMS Österreich, Wien, 2009, http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/GfK_Halbjahresbericht_2009_stellenmarkt.pdf.

Übersicht 37: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Herstellung von Waren 2009

Nach ÖNACE 2008

	Produktionswert ¹⁾		Beschäftigung		Produktion pro Kopf (Beschäftigte)		Bruttogehälter pro Kopf (Beschäftigte)	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	11.874	- 5,7	51.885	+ 0,3	228,846	- 6,1	28.119	+ 2,2
Getränkeherstellung	4.170	- 4,5	8.199	- 3,5	508,550	- 1,1	41.559	+ 3,8
Tabakverarbeitung	402	- 26,9	965	+ 2,9	416,684	- 28,9	64.624	- 2,6
Herstellung von Textilien	1.108	- 16,6	7.901	- 9,9	140,235	- 7,4	30.650	- 1,2
Herstellung von Bekleidung	931	- 9,8	6.611	- 8,6	140,796	- 1,3	25.110	+ 2,7
Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	570	- 24,5	3.323	- 13,9	171,562	- 12,3	27.608	+ 13,0
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	5.846	- 12,6	27.241	- 8,4	214,585	- 4,6	30.798	+ 2,5
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	5.247	- 14,1	17.067	- 5,2	307,447	- 9,3	43.440	+ 5,6
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	2.206	- 10,3	12.696	- 6,3	173,748	- 4,3	39.626	- 0,6
Kokerei und Mineralölverarbeitung	6.523	- 30,0	1.648	- 0,4	3,957,888	- 29,7	80.712	+ 0,3
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6.303	- 17,3	15.638	- 5,9	403,044	- 12,1	46.174	+ 1,1
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	2.688	+ 7,2	10.858	+ 0,1	247,513	+ 7,1	44.635	- 0,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4.946	- 12,6	25.295	- 5,2	195,541	- 7,8	35.447	+ 3,3
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6.017	- 11,7	30.439	- 8,2	197,667	- 3,8	39.305	+ 3,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	10.610	- 31,8	33.280	- 5,6	318,807	- 27,8	43.562	- 0,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	10.638	- 20,1	62.190	- 4,0	171,052	- 16,8	35.708	+ 1,3
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	4.090	- 18,3	21.509	- 4,5	190,153	- 14,4	47.939	+ 5,5
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	9.712	- 5,9	39.498	- 4,4	245,896	- 1,6	44.382	+ 4,6
Maschinenbau	14.018	- 24,2	66.818	- 4,3	209,798	- 20,8	41.424	- 0,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8.912	- 30,4	29.533	- 8,8	301,771	- 23,6	41.979	- 0,3
Sonstiger Fahrzeugbau	2.492	- 3,0	7.027	- 9,8	354,604	+ 7,5	46.858	+ 2,8
Herstellung von Möbeln	2.279	- 14,0	19.336	- 3,3	117,884	- 11,1	29.077	+ 1,6
Herstellung von sonstigen Waren	3.462	- 1,1	12.578	- 4,1	275,266	+ 3,1	33.932	+ 1,2
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	3.128	- 6,4	18.357	- 1,5	170,376	- 5,0	43.791	+ 4,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wert der abgesetzten Produktion, nominell.

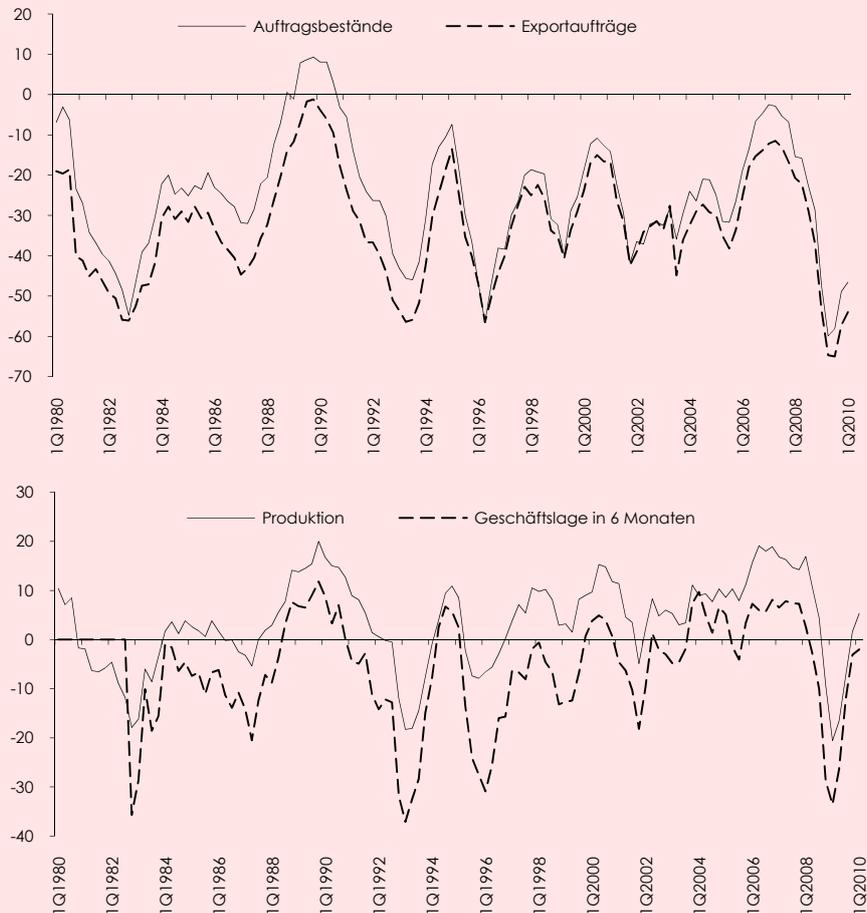
Dies zeigt auch ein Überblick über die Entwicklung in den Branchen nach ÖNACE 2008 (Übersicht 37). Am stärksten schrumpfte die Produktion in den Branchen Metallerzeugnisse und -bearbeitung (-31,8%), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteile (-30,4%), Kokerei und Mineralölverarbeitung (-30,0%), während die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen den Produktionswert um 7,2% steigerten. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung waren besonders ausgeprägt in der Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen (-13,9%), Textilien (-9,9%), im sonstigen Fahrzeugbau (-9,8%) und in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-8,8%), während die Tabakverarbeitung (+2,9%) und die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+0,1%) kleine Beschäftigungszuwächse aufwiesen. Am stärksten verringerte sich die Produktivität in der Kokerei und Mineralölverarbeitung (-29,7%), der Metallerzeugung und -bearbeitung (-27,8%) sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-23,6%) – Branchen, deren Produktionsrückgang nicht durch einen Arbeitskräfteabbau kompensiert wurde. Gesteigert wurde die Produktivität im sonstigen Fahrzeugbau (+7,5%), in der Herstellung pharmazeutischer Produkte (+7,1%) und von sonstigen Waren (+3,1%). Für die Auswirkungen auf die Bruttogehälter pro Kopf ergibt sich kein einheitliches Bild. Dies ist angesichts der Krise 2009 relativ hohen Lohnabschlüsse von 2008, den Abbau von Überstunden im Zuge der Krise, das Ausmaß der Kurzarbeit und die Qualifizierungsstruktur der Branchen zurückzuführen. Den größten Zuwachs verzeichnete die Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (+13%) trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungsabbaus vor der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (+5,6%) und der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+5,5%).

Die größten Branchen 2009 blieben mit rund 67.000 Beschäftigten der Maschinenbau vor der Produktion von Metallerzeugnissen (rund 62.000 Arbeitskräfte) und der

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (rund 52.000 Beschäftigte). 2009 betrug der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen BIP 18%, an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 17%.

Abbildung 18: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Die Wirtschaftskrise war vor allem eine Nachfragekrise. Angebotsseitige Faktoren wie Finanzierungsengpässe oder der Konkurs von Unternehmen in internationalen und nationalen Wertschöpfungsketten spielten für die Sachgütererzeugung eine untergeordnete Rolle. Die Zahl der Insolvenzen stieg nicht so stark wie befürchtet, allerdings waren die Exportgüterindustrie und die industrielle Fertigung besonders betroffen. Gemäß den Daten des Kreditschutzverbandes von 1870 verzeichnete die Branche "Maschinen und Metall" 2009 einen deutlichen Anstieg der eröffneten Insolvenzen (Zahl der Fälle) um 73%. War im Jahr 2008 für 4 Industrieunternehmen die Insolvenz eröffnet worden, so waren es im Jahr 2009 15 Unternehmen; die betroffenen Passiva erhöhten sich von rund 206 Mio. € 2008 auf rund 498 Mio. € 2009. Auch in den Branchen "Glas, Keramik" (+57,7%) und "Chemie, Pharmazie, Kunststoffe" (+54,1%) nahmen die Konkurse 2009 deutlich zu, allerdings nicht die damit verbundenen Passiva. Hingegen verzeichnete die Branche "Lebens- und Genussmittel" um etwa 20% weniger Konkurse als im Vorjahr. In Anbetracht der Tiefe des Konjunkturinbruchs sind diese Zahlen nicht dramatisch, die von vielen befürchtete Insolvenzwelle in der Sachgütererzeugung blieb aus, u. a. weil in Österreich die Kreditfinanzierung auch in der Wirtschaftskrise stabil blieb. Für 2009 zeigen die Daten der Oesterreichischen Nationalbank zwar einen konjunkturbedingten Rückgang des ausstehenden Kreditvolumens im Unternehmenssektor um 1,7%, aber auch dass die Kreditneuvergabe relativ stabil blieb. In der Regel folgen Kreditvolumen und Kreditnachfrage einem stark prozyklischen Muster, daher kann in Österreich auch für die Sachgütererzeugung

nicht von einer Kreditklemme gesprochen werden. Das österreichische Kreditsystem hat seine Aufgabe der Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen auch in der Finanzmarktkrise erfüllt. Gleichwohl spürten die Unternehmen der Sachgütererzeugung die Auswirkungen der Krise auf dem Kreditmarkt: Insbesondere Unternehmen mit bereits vor der Krise niedriger Eigenkapitalquote und Rentabilität sowie in jenen Sektoren, die von der Krise heftig getroffen wurden, beobachteten eine Verschärfung der Kreditbedingungen²⁸⁾.

Bis Mitte 2009 hatten die meisten Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests sinkende Tendenz. Die Erwartungen (Produktionserwartungen und Geschäftslage in 6 Monaten) kündigten bereits im II. Quartal 2009 eine erste Trendwende an. Die realisierten Auftragsbestände und die Auslandsauftragsbestände stabilisierten sich allerdings erst ab dem III. und IV. Quartal 2009 auf niedrigem Niveau. Für das Jahr 2010 prognostiziert das WIFO ein verhaltenes Wachstum der realen Sachgüterproduktion von 4,2% gegenüber dem durch die Krise gedrückten Vorjahresniveau.

Werner Hölzl (Werner.Hoelzl@wifo.ac.at)

Statistik: Karolina Trebicka (Karolina.Trebicka@wifo.ac.at)

Bauwirtschaft 2009 eingebrochen

Auch die Bauwirtschaft blieb im Jahr 2009 nicht von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschont. Der Auftragsüberhang aus dem Jahr 2008 und die rasche Umsetzung von Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen dämpften die negative Entwicklung etwas. Allerdings werden sich viele dieser Maßnahmen wegen längerer Vorlaufzeiten – insbesondere im Tiefbau – frühestens ab dem Jahr 2010 auswirken. Abgesehen von bereits getätigten Aufträgen fehlten private Impulse im Wohnbau und im sonstigen Hochbau, die Anspannung auf dem Arbeits- und dem Finanzmarkt wirkte sich hier maßgeblich aus.

Im Jahr 2009 sank die Produktionsleistung der Bauwirtschaft um insgesamt 2,3%. Nach -7,6% im I. Quartal flachte die Konjunkturlaute im Laufe des Jahres etwas ab, im IV. Quartal war sogar ein leichter Zuwachs zu verzeichnen (+1,6%) – die Umsetzung öffentlicher Maßnahmen trug hier positiv bei. Das Bauhauptgewerbe (Hoch- und Tiefbau) entwickelte sich dabei deutlich ungünstiger als das Nebengewerbe, das bereits ab dem III. Quartal wieder wuchs. Neben den nachfragedämpfenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise drückten im Tiefbau auch die hohe Auslastung und expansive Produktion der vergangenen Jahre den Absatz im Jahr 2009. Bedingt durch den Trend zur (thermischen) Sanierung fielen die Produktionseinbußen im Bereich der Adaptierungen im Hochbau am geringsten aus.

Die angespannte Lage der Bauwirtschaft spiegelt sich auch in der Auftragslage – Auftragseingänge und Auftragsbestände nahmen 2009 mit -9,1% und -5,4% deutlich ab. Der Auftragspolster von 2008 ging mangels neuer Aufträge somit großteils verloren, in Kombination mit öffentlichen Aufträgen im Rahmen der konjunkturpolitischen Maßnahmen konnte jedoch ein noch stärkerer Produktionseinbruch verhindert werden. Vor allem im Tiefbau fehlten nach der guten Auslastung der vergangenen Jahre 2009 neue Aufträge, und auch die Auftragsbestände sanken erheblich. Ähnlich zur Produktionsentwicklung schwächte sich vor allem der Rückgang der Auftragseingänge im Jahresverlauf ab.

Entsprechend der Produktionsentwicklung wurde die Beschäftigung in der Bauwirtschaft 2009 neuerlich verringert, nachdem sie während der Bauhochkonjunktur 2006 und 2007 deutlich ausgeweitet worden war²⁹⁾. Im Vorjahresvergleich nahm die Be-

²⁸⁾ Hölzl, W., "Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 83(12), S. 979-985, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37863&typeid=8&display_mode=2.

²⁹⁾ Für das Jahr 2008 ergab sich aufgrund der Umstellung der Wirtschaftsklassifikation von ÖNACE 2003 auf ÖNACE 2008 eine Zunahme der Beschäftigtenzahl im Bausektor um etwa 3.000. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffekts wird der Rückgang der Beschäftigung 2009 auf rund 2.500 geschätzt (vgl. Steindl, S., et al., "Österreichs Wirtschaft im Jahr 2008: Internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise belastet heimische Konjunktur", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(4), S. 261-318, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=35585&typeid=8&display_mode=2).

schäftigtenzahl 2009 im Bauwesen um über 5.000 ab (-2,1%), wobei sich der Beschäftigungsabbau seit dem I. Quartal kontinuierlich verlangsamte. Insgesamt erhöhte sich die Bauarbeitslosigkeit erstmals seit 2005 wieder. Im Vergleich mit dem niedrigen Niveau 2008 stieg die Zahl der Arbeitslosen markant auf 26.700 (etwa +4.800, +21,9%). Zugleich verringerte sich die Zahl der offenen Stellen von 2.926 im Jahr 2008 auf 2.439 im Jahr 2009 und lag somit deutlich unter dem Niveau von 2006 und 2007.

Übersicht 38: Produktionswert des Bauwesens

	2008	2009	2009			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Laut ÖNACE ¹⁾		- 2,3	- 7,6	- 4,3	- 1,0	+ 1,6
Hoch- und Tiefbau		- 3,7	- 9,7	- 5,7	- 3,3	+ 1,4
Baunebengewerbe		- 0,6	- 5,3	- 2,6	+ 2,1	+ 1,9
Laut GNACE ²⁾	+ 12,4	- 4,2	- 2,9	- 7,0	- 5,0	- 1,5
Hochbau	+ 3,4	+ 0,1	+ 7,0	- 4,1	- 3,5	+ 2,9
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 12,5	- 2,2	- 9,6	- 2,9	+ 0,8	+ 0,4
Sonstiger Hochbau	- 9,3	- 5,5	- 14,8	- 6,5	- 9,3	+ 6,2
Adaptierungen im Hochbau	+ 8,0	- 1,5	+ 1,7	- 4,3	- 2,5	- 0,3
Tiefbau	+ 25,4	- 9,5	- 15,8	- 10,6	- 7,7	- 6,9
Verkehrswegebau ³⁾	+ 28,4	- 10,8	- 20,7	- 10,8	- 8,4	- 8,3
Sonstiger Tiefbau ⁴⁾	+ 21,8	- 7,8	- 10,6	- 10,3	- 6,8	- 5,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallationen, sonstiges Ausbaugewerbe	+ 8,5	- 1,4	- 9,7	- 4,0	+ 5,9	- 1,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Sparten-gliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ³⁾ Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Tunnelbau + Eisenbahnoberbau. – ⁴⁾ Rohrleitungs-Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

Übersicht 39: Auftragslage im Bauwesen

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2008 ¹⁾	9.099	.	25.927	.
I. Quartal	9.198	.	6.465	.
II. Quartal	9.342	.	6.392	.
III. Quartal	9.304	.	6.640	.
IV. Quartal	8.554	.	6.429	.
2009	8.606	- 5,4	23.559	- 9,1
I. Quartal	8.366	- 9,0	5.106	- 21,0
II. Quartal	9.044	- 3,2	5.906	- 7,6
III. Quartal	8.974	- 3,5	6.354	- 4,3
IV. Quartal	8.038	- 6,0	6.193	- 3,7

Q: Statistik Austria, ÖNACE. – ¹⁾ Aufgrund der Umstellung der ÖNACE-Klassifikation mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Hatte sich die Produktion der Bauzulieferbranchen 2008 noch sehr unterschiedlich entwickelt – vor allem die Stein- und keramische Industrie hatte von der hohen Bauleistung im Tiefbau profitiert –, so brach sie 2009 in allen drei Branchen ein. Nach +9,7% im Jahr 2008 schrumpfte die Produktion der Stein- und keramischen Industrie 2009 um 13,4%. Wesentlich stärker waren die Glasindustrie und die Holzverarbeitende Industrie betroffen: Der Produktionswert der Glasindustrie war 2008 bereits kräftig gesunken (-9,5%) und blieb 2009 um -25,7% unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang in der Holzverarbeitenden Industrie (-18,5%) verlangsamte sich aber seit dem I. Quartal 2009 kontinuierlich (IV. Quartal 2009 -3,7%). Mit dem Trend zur (thermischen) Sanierung und wachsender Vielfalt der Baustoffe (speziell im Hochbau) werden sich die Zulieferbranchen (und deren Sparten) auch in Zukunft sehr unterschiedlich entwickeln.

Übersicht 40: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>			
2006	240.409	+ 4.821	+ 2,0
2007	247.441	+ 7.032	+ 2,9
2008	248.268 ²⁾	.	.
2009	243.170	- 5.098	- 2,1
<i>Arbeitslose nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE)</i>			
2006	39.900	- 2.751	- 6,5
2007	35.291	- 4.609	- 11,6
2008	24.267 ²⁾	.	.
2009	29.998	+ 5.732	+ 23,6
<i>Arbeitslose nach Bauberufen</i>			
2006	26.894	- 1.618	- 5,7
2007	24.102	- 2.792	- 10,4
2008	21.865	- 2.237	- 9,3
2009	26.662	+ 4.796	+ 21,9
<i>Offene Stellen</i>			
2006	3.273	+ 910	+ 38,5
2007	3.339	+ 66	+ 2,0
2008	2.926	- 414	- 12,4
2009	2.439	- 486	- 16,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Aufgrund der Umstellung der ÖNACE-Klassifikation mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Übersicht 41: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie ¹⁾	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2007	+ 1,8	+ 6,2	+ 8,3
2008	+ 9,7	- 9,5	- 2,9
2009	- 13,4	- 25,7	- 18,5
I. Quartal	- 23,8	- 23,8	- 27,6
II. Quartal	- 15,8	- 37,8	- 27,2
III. Quartal	- 7,7	- 23,9	- 13,2
IV. Quartal	- 8,7	- 15,3	- 3,7

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1. – ¹⁾ Gliederung laut Wirtschaftskammer.

Die gute Konjunktur trieb die Preiserhöhungen im Hoch- und Tiefbau 2008 weiterhin kräftig an. 2009 setzte sich dieser Trend nicht fort, die Preise stiegen bedingt durch den Verfall der Rohstoff- und Energiepreise auf dem Weltmarkt und den Einbruch der Nachfrage wesentlich verhaltener. Dennoch erhöhten sich die Baupreise seit 2006 kontinuierlich stärker als der Verbraucherpreisindex. Im Hochbau verlangsamten sich die Preissteigerungen (2008 +4,8%, 2009 +2,2%). Im Tiefbau zog die starke Produktionsausweitung bereits 2008 erhebliche Preissteigerungen nach sich (+5,1%), und diese Tendenz hielt 2009 an (+4,6%).

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Bauwirtschaft im letzten Jahr. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bautätigkeit und die Auftragslage im Hochbau konnten durch rasch umgesetzte Konjunkturpakete des Bundes und der Länder gedämpft werden, sodass sich die Einschätzung der Bauunternehmen Ende 2009 verbesserte. Auch die Preis- und Beschäftigungserwartungen fielen vor allem im Wohnbau wieder optimistischer aus. Im Tiefbau hingegen wurden weiterhin Auftragslage und Bautätigkeit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt beurteilt. Wegen der Preissteigerungen der vergangenen Jahre und der Nachfrageschwäche rechnen die Tiefbauunternehmen nicht mit einem Anstieg von Preisen und Beschäftigung. Insgesamt ist jedoch seit dem

II. Quartal 2009 eine deutliche Verbesserung der Einschätzung der derzeitigen und insbesondere auch der künftigen Geschäftslage zu erkennen.

Übersicht 42: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2006	2007	2008	2009
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Hochbau</i>	+ 2,9	+ 4,3	+ 4,8	+ 2,2
Sonstiger Hochbau	+ 2,9	+ 4,4	+ 4,8	+ 2,0
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 2,8	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,3
Baumeisterarbeiten	+ 2,3	+ 3,6	+ 4,6	+ 1,8
Sonstige Baumeisterarbeiten	+ 3,4	+ 4,8	+ 4,8	+ 2,8
<i>Tiefbau</i>	+ 2,5	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,6
Straßenbau	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,7	+ 3,9
Brückenbau	+ 2,7	+ 3,4	+ 5,0	+ 2,0
Sonstiger Tiefbau	+ 2,3	+ 3,3	+ 5,3	+ 6,1
Hoch- und Tiefbau	+ 2,7	+ 3,8	+ 5,0	+ 3,3

Q: Statistik Austria.

Andrea Kunnert (Andrea.Kunnert@wifo.ac.at)

Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

Bereits im 2. Halbjahr 2008 war die österreichische Wirtschaft von der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen, 2009 brachen dann der Export und die Sachgütererzeugung ein. Gemäß einer Schätzung des WIFO dämpfte die Krise den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen massiv (rund –8% gegenüber dem Basiszenario laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2008)³⁰). Für diese Berechnungen wurde die Zahl der Heizgradtage dem langjährigen Durchschnitt entsprechend angenommen. Tatsächlich lag sie im Jahr 2009 um mehr als 7% unter dem langjährigen Durchschnitt (seit 1980) und war etwa so hoch wie im Jahr 2008. Allerdings fielen während der Heizperiode (Jänner, Februar, März, November und Dezember des Kalenderjahres) um mehr als 11% mehr Heizgradtage an als 2008 und nur um 1% weniger als im langjährigen Durchschnitt (seit 1980). Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass der Energieverbrauch stärker mit den Heizgradtagen während der Heizperiode korreliert als mit den gesamten Heizgradtagen pro Jahr. Insgesamt entsprachen somit die Annahmen für die klimatischen Bedingungen in Kletzan *et al.* (2009) weitgehend der tatsächlichen Entwicklung 2009. Die Schätzungen der Krisenfolgen ergab im Vorjahresvergleich eine Verringerung des Energieverbrauchs um 0,5% und der CO₂-Emissionen um etwa 1,2 Mio. t (–1,6%). Tatsächlich sank der Energieverbrauch 2009 insgesamt (auf Basis der vorliegenden statistischen Informationen) um etwa 4%, ebenso die CO₂-Emissionen. Dieser Vergleich mit den Berechnungen in Kletzan *et al.* (2009) beruht aber noch auf den aktuell vorliegenden vorläufigen Daten und hat noch keine Aussagekraft darüber, ob die Berechnungen den Effekt der Krise überschätzt oder unterschätzt haben.

Ein weiterer Faktor, der auf die Energienachfrage wirkt und durch die Wirtschaftskrise 2009 massiv beeinflusst wurde, ist das Energiepreinsniveau. Der Erdölpreis war zwischen 2004 und 2008 massiv gestiegen und verfiel im Jahr 2009 von 97 \$ auf 61,5 \$ je Barrel; auf Euro-Basis verlief die Entwicklung ähnlich, da sich der Dollarkurs 2009 kaum veränderte. Wie im Vorjahr an dieser Stelle vermutet, hatte die verzögerte Anpassung des Gaspreises an die Rohölverteuerung – trotz des inzwischen (2009) verzeichneten Rückgangs der Rohölpreise – zur Folge, dass die Preise von Gas und Strom 2009 noch geringfügig stiegen (Gas +6,7%, Strom +4,1%). Auf die Preise von

**Wirtschaftskrise
dämpft den Energie-
verbrauch**

³⁰) Kletzan-Slamaning, D., Köppl, A., Kratena, K., Meyer, I., Sinabell, F., Klimawandel und Energiewirtschaft: Schlüsselindikatoren und Auswirkungen der Wirtschaftskrise, WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(7), S. 505-523, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36265&typeid=8&display_mode=2.

Weil aufgrund der Wirtschaftskrise die Sachgütererzeugung und der Verkehrssektor schrumpften, war die Energienachfrage des Straßengüterverkehrs 2009 gedämpft. Der Rohölpreis sank auf rund 60 \$ je Barrel im Jahresdurchschnitt 2009. Während die einzelnen Erdölprodukte entsprechend billiger wurden, zogen die Gas- und Strompreise 2009 aber noch an. Insgesamt dürften die energiebedingten CO₂-Emissionen 2009 um 4% niedriger gewesen sein als im Vorjahr.

Heizöl extra leicht (-28,8%) und von Treibstoffen wirkte sich die Verbilligung von Rohöl jedoch 2009 bereits aus (Dieselkraftstoff -21,3%, Benzin -13,7%).

Übersicht 43: Entwicklung der Energiepreise

	2007	2008 2000 = 100	2009	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Heizöl, extra leicht	151,7	191,4	136,3	- 28,8
Strom	119,9	121,9	126,9	+ 4,1
Gas	144,0	148,2	158,1	+ 6,7
Feste Brennstoffe	128,3	127,0	129,7	+ 2,1
Kraftstoffe				
Benzin (Normal und Super)	118,6	130,6	112,8	- 13,7
Dieselkraftstoff	131,9	160,8	126,6	- 21,3

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe "Energie".

Übersicht 44: Verbrauch von Mineralölprodukten

	2007	2008 1.000 t	2009	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Insgesamt	12.037	11.967	11.332	- 5,3
Flüssiggas	158	152	143	- 5,7
Normalbenzin	474	310	150	- 51,8
Superbenzin	1.492	1.524	1.692	+ 11,0
Flug- und Leuchtpetroleum	725	726	633	- 12,8
Dieselmotorenkraftstoff	6.296	6.090	5.952	- 2,3
Gasöl für Heizzwecke	1.328	1.642	1.457	- 11,3
Heizöle	862	794	658	- 17,1
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	702	728	646	- 11,2

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Wirtschaftskrise bewirkt Rückgang des Energieverbrauchs

Die Entwicklung des Verbrauchs von Mineralölprodukten und Strom wurde im Jahr 2009 in erster Linie von den Folgen der Wirtschaftskrise bestimmt.

Insgesamt wurden 2009 um 5,5% weniger Mineralölprodukte verbraucht als im Vorjahr. Bemerkenswert ist der Rückgang des Dieselmotorenverbrauchs (-2,6%). Der Verbrauch von Superbenzin war 2009 nicht rückläufig, wie es der langfristigen Verlagerung der Struktur des Fahrzeugbestands zu Diesel-Pkw entsprochen hätte. Ebenfalls stark eingeschränkt wurde 2009 der Verbrauch von Gasöl für Heizzwecke und von Heizölen. Die Wetterbedingungen hatten somit keinen Einfluss auf die Heizölnachfrage, vielmehr dürfte die Wirtschaftskrise den produktionsbedingten Verbrauch von Heizölen gedämpft haben.

Außenhandel mit Strom fast ausgeglichen

Bei einem Anstieg der Erzeugung von elektrischer Energie um insgesamt 3,2% (nach vorläufigen Zahlen von E-Control) gingen die Importe 2009 um nur etwas mehr als 1% zurück, während die Exporte massiv zunahm (+25,6%). Die Erzeugung aus Wasserkraft wurde um 5,3% ausgeweitet, während die Wärmekrafterzeugung rückläufig war (-4,1%). Die hier untersuchten vorläufigen Zahlen enthalten allerdings ein großes Aggregat "sonstige Erzeugung", das noch nicht aufgeteilt werden kann. Das Defizit im Außenhandel mit elektrischer Energie (in physikalischen Einheiten) verringerte sich dadurch erheblich. Bereits im Jahr 2008 waren die Nettoimporte um rund 6.600 GWh auf 4.900 GWh gesunken (etwa 7% des Verbrauchs); 2009 ging dieser Saldo auf 1,2% des Verbrauchs zurück. Der Stromverbrauch nahm im Jahr 2009 um 3,8% ab, etwas stärker als das reale BIP.

Der Verbrauch von Erdgas sank 2009 ebenfalls (-2,1%); während die Förderung stark gesteigert wurde, wurde die Einfuhr eingeschränkt (-4%). Offenbar kompensierte der verbrauchs-dämpfende Effekt des BIP-Rückgangs die kurz- und langfristig verbrauchssteigernden Faktoren (Wetterbedingungen 2009, langfristiger Trend zu Erdgas).

Übersicht 45: Elektrischer Strom

	2007	2008 GWh	2009	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	63.696	66.690	68.852	+ 3,2
Wasserkraft	34.887	36.718	38.673	+ 5,3
Wärmekraft	21.139	21.629	20.750	- 4,1
Sonstige	7.670	8.344	9.428	+ 13,0
Einfuhr	22.131	19.795	19.538	- 1,3
Ausfuhr	15.511	14.934	18.762	+ 25,6
Verbrauch ¹⁾	67.331	68.279	65.667	- 3,8

 Q: E-Control. – ¹⁾ Ohne Pumpstrom.

Übersicht 46: Erdgas

	2007	2008 Mio. m ³	2009	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.848	1.532	1.667	+ 8,8
+ Saldo zwischen Importen und Exporten	6.891	7.879	7.563	- 4,0
- Speicherbewegung	303	422	428	+ 1,5
= Inlandsverbrauch	8.436	8.989	8.802	- 2,1
- Eigenverbrauch, Fernleitungsverluste	496	598	585	- 2,2
= Abgabe an Verbraucher	7.939	8.391	8.217	- 2,1

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Für die Vergangenheit lassen sich die vom Umweltbundesamt veröffentlichten Daten zu den CO₂-Emissionen in Österreich und die hier diskutierten Verbrauchsdaten (einschließlich des geschätzten Energieeinsatzes zur Stromerzeugung) grob verknüpfen. Demnach erreichten die energiebedingten CO₂-Emissionen im Jahr 2005 mit rund 71 Mio. t einen Höchstwert und gehen seither kontinuierlich zurück. Gemäß den jüngsten Daten des Umweltbundesamtes betragen die energiebedingten CO₂-Emissionen 2008 63,7 Mio. t. Auf Basis einer einfachen Verknüpfung zwischen den Energieverbrauchsdaten und den Emissionsdaten des Umweltbundesamtes ergäbe sich für das Jahr 2009 ein Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen auf rund 61 Mio. t. Dieser Entwicklung spiegelt die krisenbedingte Verringerung des Energieverbrauchs wider, welche die verbrauchserhöhenden Effekte (Preisrückgang, Wetter) kompensierte.

Kurt Kratena (Kurt.Kratena@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Viele wichtige Kennzahlen der Verkehrs- und Transportnachfrage spiegeln 2009 die tiefe Rezession der nationalen und internationalen Wirtschaft wider. Insbesondere im Güterverkehr und in der Luftfahrt entwickelte sich die Geschäftstätigkeit sehr schlecht; dies hatte weltweit Marktberäumung (vor allem im Bereich der Fluglinien), Preisverfall und den Abbau von Überkapazitäten zur Folge. Wegen des krisenbedingten Nachfragerückgangs auf den Rohölmärkten blieb der Treibstoffpreis 2009 sehr niedrig. Für die Anbieter auf den Güterverkehrsmärkten und die privaten Haushalte ergab sich dadurch zumindest eine Dämpfung der Transport- und Mobilitätskosten.

Der Arbeitsmarkt reagierte im österreichischen Verkehrssektor und hier vor allem im Güterverkehr und in der Logistik entsprechend deutlich auf die Krise: Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich in den Wirtschaftsabschnitten Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt, Luftfahrt und Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr mit +27,1% zwar nicht so stark wie im produzierenden Bereich, jedoch deutlich über den Durchschnitt des Dienstleistungssektors in Österreich (+18,8%).

Energiebedingte CO₂-Emissionen rückläufig
Krise beeinträchtigt Güterverkehr und Luftfahrt erheblich

Übersicht 47: Güterverkehr

		2009 Absolut	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2005/2009 Veränderung in %
ÖBB	Mio. n-t-km	16.807	- 12,6	- 6,7
Inland	Mio. n-t-km	5.199	- 2,2	+ 19,5
Einfuhr	Mio. n-t-km	4.363	- 19,3	- 21,9
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.432	- 15,9	- 18,4
Transit	Mio. n-t-km	3.813	- 14,0	- 1,4
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	117.350	- 34,4	- 23,4
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.280	- 3,1	- 6,5
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.346	- 6,9	- 5,7
Transit	Mio. n-t-km	3.933	+ 0,4	- 7,1
Luffahrt ¹⁾	1.000 t	181 ²⁾	- 7,8 ²⁾	+ 9,9

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Fracht, An- und Abflug. – ²⁾ November 2008 bis Oktober 2009.

Übersicht 48: Arbeitslosigkeit im Verkehrssektor

	2009 Absolut	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitslose insgesamt	260.308	+ 22,6
Produzierender Bereich	66.290	+ 37,7
Dienstleistungssektor	180.517	+ 18,8
Verkehrssektor	14.080	+ 27,1

Q: AMS.

Verkehr und Transport standen im letzten Jahr jedoch nicht nur wegen des drastischen Nachfragerückgangs im Güterverkehr verstärkt in der öffentlichen Diskussion, sondern auch weil die Verkehrsinfrastruktur seit Ende 2008 ein wichtiger Ansatzpunkt der öffentlichen Konjunkturbelebungsprogramme ist. In Österreich sollen in den Jahren 2009 bis 2014 zusätzlich 900 Mio. € in den (beschleunigten) Ausbau von Bauten und Netzen (vor allem ÖBB) fließen – eine Maßnahme, von der sich die Politik wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung erhofft ("Konjunkturpaket Schiene und Straße"). Zusätzlich förderte der Bund im 1. Halbjahr 2009 mit 22,5 Mio. € über den "Ökobonus" von jeweils 750 € die Anschaffung schadstoffarmer Pkw³¹⁾. Diese Maßnahme erwies sich 2009 als wirksam zur (temporären) Belegung des Neu-Pkw-Marktes.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die internationale Gütertransportnachfrage verschlechterten sich 2009 erheblich: Das Außenhandelsaufkommen sank um 10,0% auf 132,8 Mio. t (Importe -8,2%, Exporte -12,6%), und die Wertschöpfung des für den grenzüberschreitenden Güterverkehr relevanten produzierenden Gewerbes lag weit unter dem Niveau des Vorjahres (-13,2%).

Auch der Binnengüterverkehr wurde in Mitleidenschaft gezogen. In den Branchen mit strukturellbedingt hoher Transportintensität sank die Wertschöpfung teilweise beträchtlich (Nahrungs- und Genussmittelindustrie -1,7%, Mineralölindustrie -7,4%, Bergbau -7,7%, Be- und Verarbeitung von Holz -8,6%, Herstellung von Papier und Pappe -9,9%, Chemieindustrie -11,8%). Am größten war der Rückgang der Wertschöpfung und in der Folge der Transportnachfrage in der Glasindustrie (-16,0%) und der Metallerzeugung (-26,6%). Als eine der wenigen Konjunkturstützen erwies sich der private Konsum (realer Einzelhandelsumsatz +1,2% gegenüber 2008).

³¹⁾ Die Anschaffung eines Neuwagens wurde unter bestimmten Voraussetzungen (Schadstoffgrenze, Alter und Verschrottung des alten Pkw usw.) mit insgesamt 1.500 € gefördert; davon trugen 750 € die österreichischen Pkw-Händler sowie Importeure und die Autoverwertungsbranche bei.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen für Güter- und Personenverkehr

Abbildung 19: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



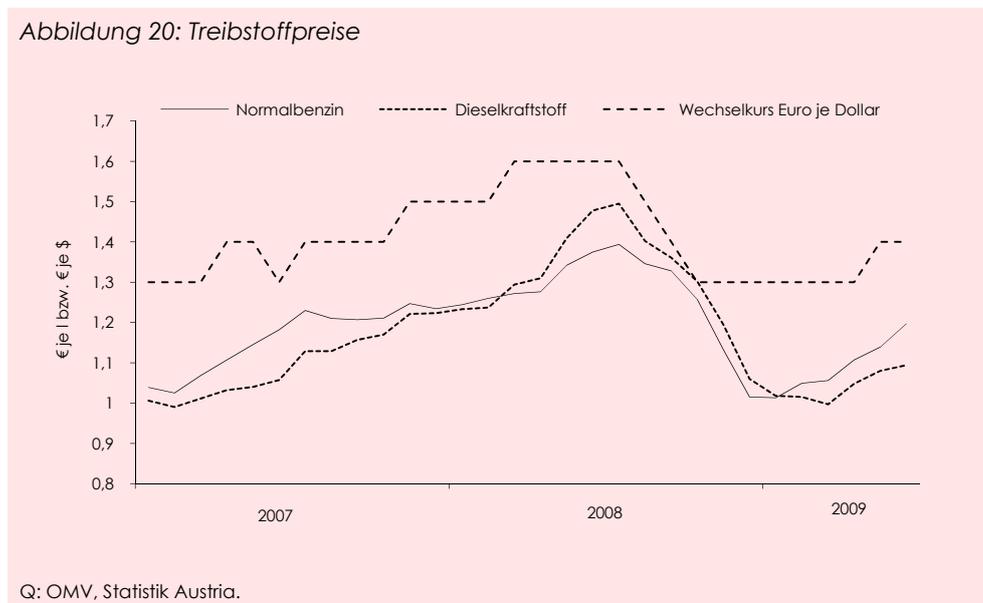
Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Personenverkehrsnachfrage waren 2009 ebenfalls ungünstig: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten als wichtige Determinante des Berufsverkehrs sank um 1,4%. Am größten war der Rückgang in Oberösterreich (-1,7%), der Steiermark (-2,2%) und Kärnten (-2,3%). Die Zahl der Arbeitslosen stieg insgesamt um 22,6% auf über 260.000.

Weniger negativ entwickelte sich die Tourismuswirtschaft, sie erreichte aufgrund der relativ großen Nachfrage der inländischen Reisenden fast das hervorragende Ergebnis des Vorjahres: Die Zahl der Ankünfte sank um nur 0,9%, jene der Nächtigungen um 1,9%.

Die Kraftstoffpreise erreichten nach dem drastischen Verfall im IV. Quartal 2008 im Jänner 2009 einen Tiefstwert und stiegen in der Folge bis zum Jahresende um rund 13%. Insgesamt trug diese Entwicklung der Treibstoffpreise wesentlich dazu bei, dass die Inflationsrate 2009 (0,5%) die niedrigste seit Jahrzehnten war. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren Treibstoffe um rund 18% billiger als im Vorjahr.

Abbildung 20: Treibstoffpreise



Rückgang in allen Güterverkehrsparten

Der deutliche Rückgang im Straßengüterverkehr aufgrund des Einbruchs in Außenhandel und Industrieproduktion drückte die Erlöse des Schnellstraßen-Infrastrukturbetreibers ASFINAG. Nach vorläufigen Informationen sanken die Einnahmen aus der Lkw-Maut auf dem Autobahn- und Schnellstraßennetz auf rund 930 Mio. € (einschließlich Sondermauten; -13% gegenüber 2008). Insgesamt sanken die Lkw-Fahrleistungen auf dem bemauteuten Netz von 3,3 Mrd. Fahrzeug-km 2008 auf 2,8 Mrd. Fahrzeug-km 2009. Während der Rückgang auf dem Arlberg- und dem Tauernkorridor sowie im Großraum Wien zwischen 7% und 10% ausmachte, verminderten sich die Lkw-Fahrleistungen auf der Brennerstrecke um 14%, auf dem Süd-Korridor (u. a. A2, S6, S36, S35) sogar um 16%. Die Erlöse aus dem Pkw-Vignettenverkauf erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 340 Mio. € (2008: 335 Mio. €).

Die Anbieter im österreichischen Straßengüterverkehrsgewerbe reagierten auf die Auftragseinbußen mit erheblicher Investitionszurückhaltung bezüglich der Flottenerneuerung. Die erstmals zum Verkehr zugelassene Lkw- und Anhängerlast sank gegenüber 2008 um 34% auf rund 120.000 t. Neu angeschafft wurden im Jahr 2009 insgesamt 25.567 Kleintransporter und Fiskal-Pkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t (-21,9% gegenüber 2008), 628 mittlere Lkw (höchstzulässiges Gesamtgewicht bis 12 t, -24,3%), 2.455 schwere Lkw (höchstzulässiges Gesamtgewicht über 12 t, -37,2%) und 1.722 Sattelzugfahrzeuge (-55,5%). Eine staatliche Förderung für die Anschaffung neuer Nutzfahrzeuge – wie jene für Pkw – bestand nicht.

Einen ähnlich deutlichen Rückgang der Aufträge und der Transportleistung verzeichnete 2009 das größte Unternehmen im heimischen Schienengüterverkehrsmarkt, die Railcargo Austria. Insgesamt sank die Transportleistung auf 16.807 tkm (rund -13% gegenüber dem Vorjahr). Dabei wurde im Inlandstransport das gute Ergebnis von 2008 fast erreicht (-2%); der Auslandsverkehr und die Transittransportleistungen dagegen schrumpften entsprechend der österreichischen und europäischen Außenhandelsbilanz merklich (Einfuhr -19%, Ausfuhr -16%, Durchfuhr bzw. Transit -14%).

Von Jänner bis Oktober 2009 lag das Transportaufkommen (Tonnage) im Gütertransport auf der Donau um insgesamt 20,2% unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, die Verkehrsleistung (Tonnenkilometer) sogar um 21,7%. Der Rückgang war im Binnenverkehr (-39,2%) und im Export (-27,6%) am größten, hier wurden nur 0,3 Mio. t bzw. 1,6 Mio. t verladen. Importe und Transitverkehr waren vom Nachfrageausfall etwas weniger betroffen (Tonnage -17,5% und -16,6%).

Die Transportleistungen der Erdölrohrleitungen blieben mit 7,3 Mrd. tkm um 2,9% unter dem Vorjahresniveau, jene der Erdgasleitungen nachfragebedingt um 5,9%.

Das Luftfrachtaufkommen auf den heimischen Flughäfen sank im Zeitraum November 2008 bis Oktober 2009 deutlich (-7,8% auf 181.000 t; ohne Post). Insgesamt lag die Transportleistung der Austrian Airlines Group 2009 mit 2.083,7 Mio. tkm um 13,2% unter dem Vorjahresniveau.

Schwächer als im Güterverkehr fiel der Nachfragerückgang in der Personenverkehrssparte der Österreichischen Bundesbahnen aus. Nach vorläufigen Zahlen sank die Zahl der Fahrgäste auf 205 Mio. (2008: 208 Mio.). Laut ÖBB verschärfte sich die rückläufige Tendenz in der zweiten Jahreshälfte und hielt bis in das Frühjahr 2010 an. Dennoch wird für 2009 eine leichte Umsatzsteigerung erwartet. Die großen städtischen Verkehrsbetriebe verzeichneten 2009 noch keine krisenbedingte Verringerung der Fahrgastzahlen. Insgesamt wurden in Salzburg, Innsbruck, Linz, Graz und Wien um 1,1% mehr Fahrgäste befördert als im Vorjahr.

Personenverkehrsnachfrage mäßig rückläufig

Übersicht 49: Personenverkehr

		2009 Absolut	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2005/2009 Veränderung in %
Verkehrsbetriebe, insgesamt	Mio. Personen	1.074	+ 1,1	+ 6,9
Salzburger Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	24	- 3,5	- 13,9
Innsbrucker Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	45	+ 0,2	+ 2,6
Linzer Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	96	+ 1,6	+ 7,3
Grazer Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	98	+ 3,4	+ 0,6
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	812	+ 1,0	+ 8,7
Luffahrt ¹⁾	1.000 Personen	19.186 ²⁾	- 9,9 ²⁾	+ 10,5

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austiran Airlines Group. – ¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ Jänner bis Oktober 2009.

Übersicht 50: Neu- und Gebrauchtzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2009 Stück	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2005/2009 Veränderung in %
Neuzulassungen			
Pkw	319.403	+ 8,8	+ 3,7
Bis 1.500 cm ³	140.236	+ 23,4	+ 38,6
Über 1.500 cm ³	197.167	- 0,5	- 32,4
Lkw	28.650	- 23,6	- 13,4
Bis 3.499 kg	25.960	- 21,7	- 10,7
3.500 bis 11.999 kg	1.509	- 34,9	- 26,0
12.000 kg und darüber	1.181	- 41,4	- 39,5
Anhänger	22.981	- 9,3	+ 0,7
Bis 2.999 kg	19.289	+ 1,6	+ 9,1
3.000 bis 6.999 kg	278	- 7,9	+ 34,3
7.000 kg und darüber	3.414	- 43,6	- 30,9
Sattelfahrzeuge	1.701	- 56,0	- 57,0
Gebrauchtzulassungen			
Pkw	773.809	+ 4,8	+ 1,9
Lkw	44.536	+ 8,6	+ 0,3

Q: Statistik Austria.

Im Jahr 2009 wurden 319.403 neue Pkw zum Verkehr zugelassen (+8,8%). Diese deutliche Steigerung der Kaufbereitschaft ab dem Frühjahr 2009 ist auf die Einführung einer Ökoprämie bzw. "Verschrottungsprämie" im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen zurückzuführen. Wie oben erwähnt wurde der Pkw-Kauf vom Staat und von Händlerseite mit insgesamt 1.500 € gefördert. Die staatlichen Mittel des Programms, das von April bis Dezember 2009 die Anschaffung von 30.000 schadstoffarmen Fahrzeugen fördern sollte, waren schon im Juli ausgeschöpft. Trotzdem hielten die Neuzulassungszahlen bis Ende 2009 ein relativ hohes Niveau; das dürfte auf die anhaltenden Rabattaktionen der Autohändler und Vorziehkäufe vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe für weniger CO₂-effiziente Pkw ab Jänner 2010 zurückzuführen sein. Insgesamt wurden aufgrund der Regelungen zur Ökoprämie vorrangig Pkw mit einem Hubraum unter 1.500 cm³ zugelassen (+23,4%). Der Anteil der Neuzulassungen von Pkw mit Dieselmotor lag bei nur noch 46% (2008: 55%). Pkw mit alternativem Antrieb (Strom, Erdgas, bivalenter Betrieb oder Hybrid) machten nur 0,5% aller Neuzulassungen aus. Die Zahl der Zulassungen von gebrauchten Pkw stieg um 4,8%.

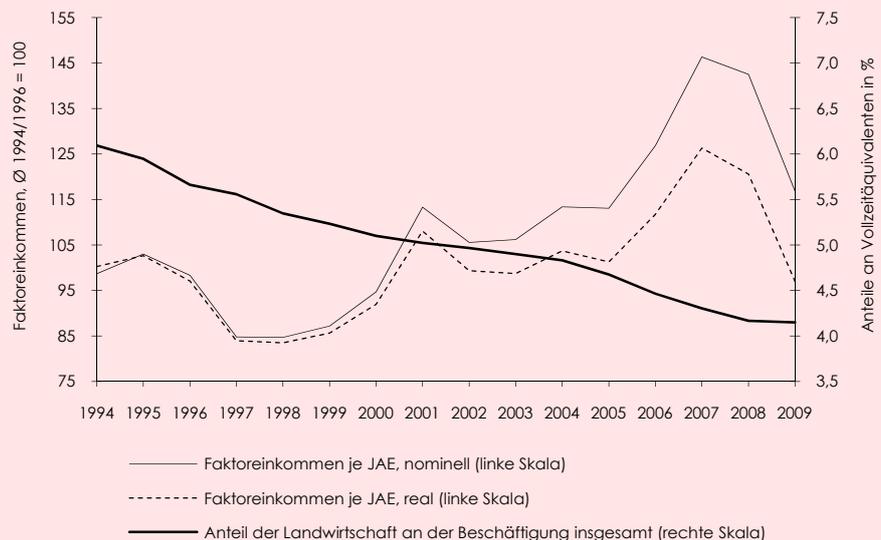
Wesentlich geringer als im Vorjahr war die Nachfrage auch im kommerziellen Luftverkehr. In Wien-Schwechat wurden 2009 um 8,3% weniger Fluggäste abgefertigt als 2008. Vor allem die Verbindungen nach Osteuropa waren wegen der dort besonders ungünstigen Wirtschaftslage weniger gebucht als in den äußerst erfolgreichen Vorjahren. Auch der Zusammenbruch der Billigfluglinie "Skyeurope" im Sommer 2009 und die Kapazitätsanpassungen der von der Lufthansa übernommenen Austrian Airlines trugen zum Nachfragerückgang auf dem Flughafen Schwechat und den Bundesländerflughäfen bei. Die OS-Group verzeichnete eine um 10,2% geringere Passagiernachfrage als im Vorjahr (9,9 Mio. Fluggäste, 2008: 11 Mio.); die zweite große österreichische Fluglinie "Fly Niki" steigerte ihre Passagierzahl trotz Krise um 19% auf etwa 2,6 Mio.

Stefan Schönfelder (Stefan.Schoenfelder@wifo.ac.at)
 Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingartner@wifo.ac.at)

Landwirtschaftliches Einkommen eingebrochen – starke Verringerung des Holzeinschlags

Einkommen der Landwirtschaft auf dem Niveau von 1995

Abbildung 21: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. 2009: vorläufige Werte. JAE ... Jahresarbeitseinheit (Vollzeitäquivalent).

Mit dem Jahr 2006 war eine für die Landwirtschaft günstige Entwicklung eingeleitet worden: Getragen von einer weltweit guten Konjunktur waren die internationalen Preise von Rohstoffen und Agrargütern merklich gestiegen. Diese Entwicklung kam 2008 zum Stillstand. Eine gute Ernte im Jahr 2008 glich den einsetzenden Rückgang

der Preise pflanzlicher Produkte teilweise aus und begrenzte die Einkommenseinbußen gegenüber 2007 auf 3,9%. Im Jahr 2009 brach das Einkommen in der Landwirtschaft gemäß der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria (Stand Februar 2010) unerwartet stark ein. Das nominelle Faktoreinkommen verringerte sich gegenüber 2008 um 19,1% (deflationiert mit dem impliziten Preisindex des BIP -20,6%). Bezogen auf den Arbeitseinsatz (-1,5%) betrug der reale Einkommensausfall in Österreichs Landwirtschaft 19,5% (Abbildung 21).

Die seit einigen Jahren beobachtete Zunahme der Zahl entlohnter Arbeitskräfte in der Landwirtschaft setzte sich fort (+0,4% gegenüber 2008). Sie war aber zu gering, um den Abbau der Beschäftigung in der Landwirtschaft insgesamt (-1,5%) auszugleichen, da die Zahl der nichtentlohnten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft um 1,8% abnahm.

Übersicht 51: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2008	Wert 2009 Mio. €	2009 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2009 2007 = 100	Preise 2009
<i>Zu Erzeugerpreisen</i>					
Pflanzenbau ¹⁾	2.955	2.675	- 9,5	96,4	93,9
+ Tierproduktion	3.089	2.726	- 11,7	101,2	87,2
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.044	5.402	- 10,6	98,8	90,4
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	241	229	- 4,8	90,2	105,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.285	5.631	- 10,4	98,5	91,0
+ Nicht trennbare nicht-landwirtschaftliche Nebentätigkeiten	341	341	- 0,0	98,6	101,3
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	6.626	5.972	- 9,9	98,5	91,5
<i>Zu Herstellungspreisen</i>					
Pflanzenbau	2.955	2.675	- 9,5	96,3	94,0
+ Tierproduktion	3.159	2.806	- 11,2	101,2	87,8
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.114	5.481	- 10,3	98,9	90,7
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	241	229	- 4,8	90,2	105,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.354	5.710	- 10,1	98,5	91,2
+ Nicht trennbare nicht-landwirtschaftliche Nebentätigkeiten	341	341	- 0,0	98,6	101,3
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	6.696	6.052	- 9,6	98,5	91,7
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	3.808	3.634	- 4,6	99,4	96,0
= Bruttowertschöpfung	2.888	2.418	- 16,3	97,4	85,9
- Abschreibungen	1.545	1.593	+ 3,1	100,2	102,9
= Nettowertschöpfung	1.343	825	- 38,6	94,2	65,2
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.380	1.378	- 0,2		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.722	2.202	- 19,1		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	17,57	14,43	- 17,9	

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, 2009: vorläufige Ergebnisse (Stand Ende Februar 2010). - ¹⁾ Einschließlich im Betrieb erzeugter und verbrauchter Futtermittel. - ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Stärker als in Österreich sanken die Einkommen innerhalb der EU in Deutschland, Irland, Tschechien, Luxemburg, Italien und Ungarn. Gemäß der Veröffentlichung von Eurostat vom Dezember 2009 (erste Vorausschätzung der Entwicklung des realen landwirtschaftlichen Einkommens) verzeichneten alle EU-Länder außer Griechenland, Zypern, Finnland, Malta und Großbritannien eine Abnahme der Agrareinkommen (EU 27 -12,2%, EU 15 -11,5%, 12 neue EU-Länder -16,5%).

Im Jahr 2008 hatte die Landwirtschaft in Österreich eine gute Ernte erzielt: Das pflanzliche Produktionsvolumen war um 8,7% über dem Vorjahreswert gelegen. 2009 waren die Erntemengen nicht wieder so hoch, das Volumen ging um 3,6% zurück (Übersicht 51). Die geringere Erntemenge konnte nur zu deutlich niedrigeren Preisen abgesetzt werden: Die Kombination aus geringerer Ernte (-11%) und niedrigeren Preisen (-19,5%) dämpfte den Produktionswert von Getreide einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix massiv (-26,9% auf 0,47 Mrd. €). Betroffen waren vor allem Roggen (-45,9%), Gerste (-43,1%), Weizen (-36,6%) und Hafer (-29,0%). Trotz der Abnahme der Erträge gegenüber 2008 war die Getreideernte 2009 gut (+6% gegenüber dem zehnjährigen Durchschnitt).

Wert der Tier- und Pflanzenerzeugung stark gesunken

Konjunktur und Entwicklung der Wertschöpfung in der Landwirtschaft

Der starke Einkommensrückgang in der Landwirtschaft im Jahr 2009 ging Hand in Hand mit einer deutlichen Abnahme der Wertschöpfung (-16,3% gegenüber 2008). Die Bruttowertschöpfung betrug im Jahr 2009 zu Herstellungspreisen 2,42 Mrd. € und war damit nominell sogar niedriger als ein Jahrzehnt zuvor (1999: 2,49 Mrd. €).

Offenbar kamen die Auswirkungen der Rezession 2009 in der Landwirtschaft überdurchschnittlich zum Tragen. Dennoch zählt die Landwirtschaft nicht zu jenen Sektoren, die systematisch von einem Konjunkturabschwung erfasst werden, wie ein langjähriger Vergleich der nominellen Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung der Landwirtschaft zeigt.

- Die Entwicklung der Landwirtschaft ist erheblich von natürlichen Produktionsschwankungen geprägt. In Jahren guter Ernten kann die Wertschöpfung der Landwirtschaft zunehmen, selbst wenn die Wirtschaft insgesamt stagniert.
- Der Verbrauch von Nahrungsmitteln wird auch bei schlechter Wirtschaftslage nur wenig eingeschränkt (die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Lebensmitteln und Getränken beträgt in Österreich 0,59¹⁾). Somit ist der Absatz von Lebensmitteln über den Konjunkturzyklus hinweg geglättet. In Phasen hoher Einkommenszuwächse wird die Nahrungsmittelnachfrage dementsprechend nur geringfügig ausgeweitet.
- Jahrzehntlang waren die Preise wichtiger Agrargüter im Inland durch politische Eingriffe von den internationalen Preisschwankungen abgekoppelt. Erst seit der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion ab dem Jahr 2005 werden Preisschwankungen in der jährlichen Veränderung der Bruttowertschöpfung deutlich sichtbar.

Im Jahr 2009 trafen mehrere Faktoren zusammen, die dazu beitrugen, dass die Landwirtschaft viel stärkere Wertschöpfungseinbußen erlitt als andere Sektoren:

- Das Volumen der Pflanzenproduktion schrumpfte um 3,6%, vor allem die Ernte von Getreide (-9,2%) und Wein (-18,7%) fiel geringer aus als im Vorjahr.
- Der konjunkturbedingte Rückgang von Agrar- und Rohstoffpreisen erfasst auch die Preise der in Österreich hergestellten Güter: Die Erzeugerpreise pflanzlicher Güter sanken um 6,1%, Produkte tierischer Herkunft wurden gar um 12,8% billiger.
- Der Einsatz von Vorleistungsgütern wurde zwar leicht verringert, aber viel schwächer als der Output. Die Einkaufspreise vor allem von Agrargütern wie Futter sank, während sich wichtige andere Inputs wie Dünger und Pflanzenschutzmittel kaum verbilligten.

Der in der EU seit 2003 beschleunigte Abbau staatlicher Eingriffe in das Preisgefüge auf den Agrarmärkten hat zur Folge, dass in Zukunft die internationale Rohstoffpreisentwicklung für das heimische Marktgeschehen größere Bedeutung haben wird als in der Vergangenheit. Ein Anstieg der Rohstoffpreise in Phasen starken Wirtschaftswachstums und ein Rückgang in der Rezession wirken somit unmittelbarer auf die Landwirtschaft. Eine Abkopplung vom Konjunkturabschwung ist beschränkt möglich, wenn zufällig gute Ernten erzielt werden. Fallen zwei ungünstige Entwicklungen wie im Jahr 2009 zusammen – ein rezessionsbedingter Preisrückgang und schlechte Ernten –, dann wird die Landwirtschaft besonders stark in Mitleidenschaft gezogen.

¹⁾ Kratena, K., Meyer, I., Wüger, M., "Ökonomische, technologische und soziodemographische Einflussfaktoren der Energienachfrage", WIFO Working Papers, 2009, (339), http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=36141&typeid=8&display_mode=2.

Auch der Produktionswert von Ölsaaten und Ölfrüchten sowie von Körnerleguminosen nahm stark ab, lediglich die Sojabohnenproduktion wurde etwas ausgeweitet. Zugleich verfielen die Preise von vielen dieser Produkte deutlich. Auch der Produktionswert an Erdäpfeln schrumpfte (-9,8%). Trotz einer leichten Zunahme der Erntemenge an Zuckerrüben nahm der Produktionswert infolge eines weiteren Rückgangs der Erzeugerpreise um 5,6% ab. Die hohe Obsternte von 2009 konnte unter den ungünstigen Marktbedingungen nur mit großen Preisabschlägen gegenüber dem Vorjahr abgesetzt werden, sodass der Anstieg des Produktionsvolumens den Preisrückgang nicht ausglich.

Der Umfang der Tierhaltung veränderte sich zwischen 2008 und 2009 kaum, da die Produktion von Milch, einem der wichtigsten Produkte, durch Kontingente beschränkt ist. Das Preisumfeld war auf dem Milchmarkt so ungünstig, dass der Produktionsrückgang von 0,1% als sehr gering zu werten ist. Der Erzeugerpreis von Milch sank 2009 um 24,5%, der Produktionswert nahm folglich um 24,6% ab. In der Schweinehaltung wurde die Produktionsmenge nach einem Rückgang im Jahr 2008 (-4%) um 5,7% ausgedehnt; da die Preise aber um 8,8% sanken, verringerte sich der Produktionswert um 3,5%.

Im Jahr 2008 hatte die Verteuerung von tierischen Produkten die bereits einsetzende Verbilligung im Pflanzenbau insgesamt nahezu kompensiert. Eine solche gegenläufige Bewegung war 2009 nicht zu beobachten, im Gegenteil: Die Preise pflanzlicher Güter sanken um 6,1%, die Preise der tierischen Erzeugung durchschnittlich um 12,8%. Da der Umfang der Pflanzenproduktion um 3,6% abnahm und das Produktionsvolumen in der Tierhaltung nur leicht ausgedehnt wurde (+1,2%), sank der Produktionswert der landwirtschaftlichen Güter gegenüber 2008 um 10,3%. Der Umfang der landwirtschaftlichen Dienstleistungen wurde deutlich verringert (-9,8%). Da aber höhere Preise erzielt wurden (+5,5%), blieben die Einbußen an Produktionswert mäßig (-4,8%).

Der Wert der Vorleistungsbezüge war bereits 2007 um über 10% höher gewesen als im Jahr zuvor und wurde 2008 neuerlich im selben Ausmaß ausgeweitet. 2009 schränkte die Landwirtschaft den Vorleistungsbezug um 4,6% ein.

Die Bruttowertschöpfung der österreichischen Landwirtschaft zu Herstellungspreisen schrumpfte nach dem leichten Rückgang im Jahr 2008 erheblich (-16,3%). Da die Abschreibungen weiter zunahmen (+3,1%), brach die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen um 38,6% ein.

Das nominelle Faktoreinkommen des Agrarsektors sank nicht im selben Ausmaß, sondern um 19,1%, da der positive Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und Subventionen den Wertschöpfungsrückgang abfederte. Die an den Agrarsektor gezahlten Förderungen umfassen zwei wesentliche Komponenten: Gütersubventionen und sonstige Subventionen. Deren Relation zueinander blieb in den letzten Jahren nahezu unverändert (Übersicht 52). Die Agrarförderungen wurden 2009 nur leicht ausgedehnt (+1,2%) und erreichten ein Volumen von 1,7 Mrd. €.

Hohe Vorleistungsbezüge und Abschreibungen

Übersicht 52: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2007	2008	2009	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.671	1.697	1.718	+ 1,2
Gütersubventionen	143	147	148	+ 0,4
Pflanzenbau	5	5	5	- 5,3
Tierprämien	96	95	97	+ 1,3
Sonstiges ¹⁾	42	47	46	- 0,8
Sonstige Subventionen	1.529	1.550	1.571	+ 1,3
Zahlungsansprüche ²⁾	599	603	617	+ 2,3
Agrarumweltförderungen	538	549	576	+ 4,9
Ausgleichszulagen	275	275	274	- 0,4
Andere	117	123	104	- 15,3
Steuern und Abgaben	189	202	215	+ 6,6
Gütersteuern	46	31	22	- 29,5
Sonstige Produktionsabgaben	144	171	193	+ 13,2

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung; 2009: vorläufige Ergebnisse (Stand Februar 2010).
 - ¹⁾ Ab 2005 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. - ²⁾ Häufig auch als "einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet, wurde bis 2004 unter anderen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

Österreich ist traditionell Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Seit dem EU-Beitritt verringerte sich die Differenz zwischen Importen und Exporten nach einigen Anpassungsjahren kontinuierlich. Seit 2007 nimmt aber der Überhang der Importe von Agrargütern zu. 2009 erhöhte er sich das dritte Mal in Folge merklich, und zwar auf fast 900 Mio. €. Während die Importe um 5,9% sanken, blieben die Exporte viel deutlicher unter dem Vorjahresniveau (-10,4%; Übersicht 53). Gemessen am starken Rückgang des Handelsvolumens einzelner Handelsgüter blieben die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Agrarhandel begrenzt.

Am stärksten ins Gewicht fielen die Ausweitung der Importe von Tabak und Tabakwaren (+31,3%) und die Verringerung des Imports von Zucker und Zuckerwaren (-24,5%), von Zubereitungen von Gemüse und Früchten (-21,6%) und von tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten (-21,1%). Erheblich eingeschränkt wurde der Export von Zubereitungen von Gemüse und Früchten (-24,7% bzw. -150 Mio. €), Ge-

Agrargüter vom Rückgang des Handelsvolumens erfasst

tränken, alkoholischen Flüssigkeiten und Essig (-8,6%, -130 Mio. €) sowie Milch und Milchprodukten (-10,8%, -104 Mio. €).

Im Handel mit den 12 neuen EU-Ländern unterschritten die Importe das Vorjahresniveau 2009 um 11,1%, die Exporte um 6,7%. Der Überschuss der Exporte von Agrargütern verbesserte sich demnach weiter auf 250 Mio. €. Dem positiven Saldo des Agrarhandels mit den neuen EU-Ländern steht allerdings ein negativer Saldo von 1,45 Mrd. € mit den EU-15-Handelspartnern gegenüber (2008: 1,19 Mrd. €).

Übersicht 53: Agraraußenhandel 2009

Kombinierte Nomenklatur – KNO

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15 Mio. €	EU 27
	Anteile in %				
01 Lebende Tiere	1,5	2,4	- 86,5	- 28,5	- 110,5
02 Fleisch und Fleischwaren	12,5	8,8	+ 187,0	- 46,7	+ 109,3
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,1	2,1	- 156,4	- 106,0	- 112,4
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	12,1	7,0	+ 294,5	+ 232,1	+ 255,5
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,5	0,8	- 26,4	- 14,2	- 9,1
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,5	3,9	- 275,9	- 286,1	- 272,9
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,5	5,1	- 302,8	- 269,7	- 264,0
08 Früchte	2,3	7,8	- 465,2	- 219,9	- 200,4
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,6	3,8	- 191,4	- 101,2	- 68,0
10 Getreide	3,4	2,7	+ 23,2	+ 133,9	+ 26,0
11 Müllereierzeugnisse	1,5	0,9	+ 30,9	+ 1,1	+ 23,9
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,2	3,2	- 104,4	- 12,7	- 95,6
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 26,3	- 14,3	- 13,8
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,1	4,5	- 210,2	- 223,4	- 227,5
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	3,7	3,7	- 31,0	- 17,2	- 14,9
17 Zucker und Zuckerwaren	2,4	2,9	- 61,7	- 78,0	- 80,0
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,3	4,6	- 59,9	- 106,1	- 67,8
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	8,2	8,3	- 76,1	- 165,2	- 107,0
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,5	6,0	- 25,1	+ 13,3	+ 19,2
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	7,1	7,8	- 116,4	- 311,1	- 234,7
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	19,5	6,2	+ 892,2	+ 274,0	+ 344,2
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	4,1	3,8	- 14,1	- 33,9	+ 5,3
24 Tabak und Tabakwaren	2,3	3,2	- 97,3	- 73,3	- 107,8
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	7.131,3	8.030,6	- 899,3	- 1.452,4	- 1.202,1
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	7.098,4	8.035,3	- 937,0	- 1.464,0	- 1.200,8
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	- 10,4	- 5,9	- 55,7	- 22,5	- 23,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2009: vorläufige Werte; zur Aktualität der Daten gelten die im Abschnitt "Außenhandel" angeführten Einschränkungen. - ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4). - ²⁾ + ... Rückgang des Importüberschusses.

Landwirtschaftliche Einkommen auch in der EU rückläufig

Gemäß der ersten Vorausschätzung von Eurostat für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand Dezember 2009) verringerte sich das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU 27, nach einem leichten Rückgang im Vorjahr, im Jahr 2009 um 12,2%. Diese Entwicklung ergab sich aus einer Abnahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (-14,2%) und einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-2,2%).

Maßgeblich für die Abnahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens war ein deutlicher Rückgang des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion zu realen Erzeugerpreisen (-10,9%). Die realen Kosten der Vorleistungen verringerten sich um 9,2%. Wenig Einfluss hatte die Entwicklung der Subventionen (real -0,8%) und der Abschreibungen (real -0,2%).

Erhebliche Einkommenseinbußen verzeichnete der Agrarsektor in Ungarn (-35,6%), Italien (-25,3%), Luxemburg (-25,1%), Tschechien (-24,1), Irland (-22,3%) sowie Deutschland, Österreich und Frankreich (-20%). Mit Ausnahme von Großbritannien (+14,3%), Malta (+9,1%), Finnland (+2,6), Zypern und Griechenland (+1%) gingen die Agrareinkommen in allen EU-Ländern zurück.

Mit 16,7 Mio. Erntefestmetern (Efm) ohne Rinde war der Holzeinschlag 2009 um 23,3% geringer als im sturmbedingten Rekordjahr 2008. Er lag damit um rund 2% unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (17,05 Mio. Efm) bzw. um mehr als 12% unter dem Mittel der letzten fünf Jahre (19,09 Efm).

Holzeinschlag stark gesunken

Übersicht 54: Holzeinschlag

	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz (Sägerundholz)	11.487	13.361	13.162	9.105	+ 16,1	+ 16,3	- 1,5	- 30,8
Schwachnutzholz (Industrierundholz)	2.9444	3.160	3.609	3.039	+ 1,7	+ 7,3	+ 14,2	- 15,8
Rohholz energetische Nutzung	4.705	4.796	5.024	4.584	+ 27,7	+ 1,9	+ 4,7	- 8,8
Insgesamt	19.135	21.317	21.795	16.727	+ 16,2	+ 11,4	+ 2,2	- 23,3

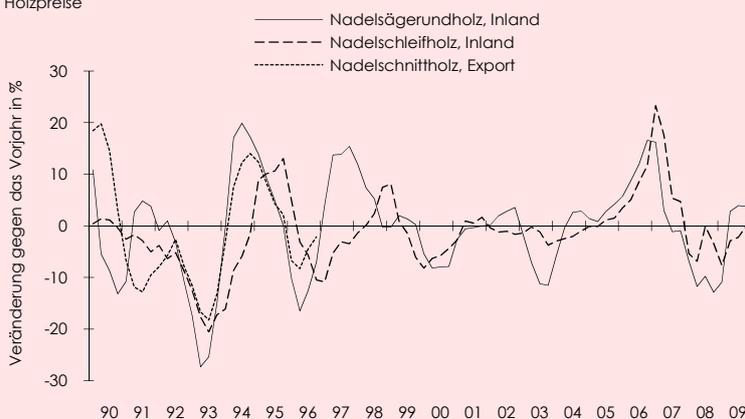
Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Abbildung 22: Holzversorgung und Holzpreise

Holzeinschlag Österreich insgesamt



Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

An Schadholz fiel mit insgesamt 7,12 Mio. Efm um 48,6% weniger an als im Vorjahr. Der Anteil von Schadholz am Gesamteinschlag verringerte sich von 63,6% im Jahr

2008 auf 42,6% im Jahr 2009. Der Schadholzanfall lag 2009 um 16% unter dem Fünfjahresdurchschnitt von 8,48 Mio. Efm und um 9,2 % über dem Zehnjahresdurchschnitt von 6,53 Mio. Efm.

27,4% des Holzeinschlags entfielen auf Holz zur energetischen Nutzung (2008: 23%; -8,8% gegenüber dem Vorjahr), der Anteil von Sägerundholz betrug 54,4%, jener von Industrierundholz 18,2%.

Insgesamt schlugen die Besitzer von Bauernwald (Kleinwald mit einer Waldfläche unter 200 ha) im Jahr 2009 8,9 Mio. Efm (-27,6%), die Großwaldbesitzer (Waldfläche über 200 ha) 5,9 Mio. Efm (-15,5%) und die Bundesforste 1,96 Mio. Efm (-23,5%).

Am stärksten wurde der Holzeinschlag in der Steiermark (-36,4%), in Kärnten (-20,8%), Oberösterreich (-20,5%) und Niederösterreich (-18,3%) eingeschränkt (Salzburg -10,4%, Tirol -7,4%, Burgenland -5,7%, Wien -2,5%, Vorarlberg -0,3%).

Die Preise für Nadelssägerundholz stiegen im Laufe des Jahres 2009 zwar von 69 € je fm auf etwa 75 € je fm. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau mit 72,08 € je fm aber auf dem Niveau von 2008 und immer noch 10% unter dem Durchschnitt von 2007. Die Exportpreise für Nadelstammholz waren im Jahresdurchschnitt um 4,5% niedriger als 2008. Sie erreichten bereits im Februar und März ihren Tiefstwert und erholten sich mit dem Aufschwung der Gesamtwirtschaft gegen Jahresende. Im Dezember lagen sie um 5% über dem Vorjahresniveau.

Faser- und Schleifholz verbilligte sich 2009 um 3,2%. Im Jahresdurchschnitt zahlte die Papierindustrie für Rohholz etwas unter 31 € je fm. Importiertes Nadelrohholz war im Jahresdurchschnitt um 5,9% billiger als 2008.

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex (ÖNACE 2008, EU-harmonisiert) sank 2009 sowohl in der Papierindustrie ("C17") als auch in der Herstellung von Holz- und Korkwaren ("C16") um etwa 10%. Weniger kräftig fiel der Rückgang im Bauwesen ("F") aus. Die Entwicklung in den beiden holznachfragenden Sektoren hat unmittelbare Auswirkungen auf die Absatzsituation in der Forstwirtschaft.

Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Holzpreise unverändert niedrig

Rückgang der Holznachfrage der Industrie

Austria's Economy in 2009: Worst Crisis Since More than 60 Years – Summary

In the turmoil caused by the international financial crisis the global economy has, for the first time in many decades, suffered a shrinkage. Austria's economy did not escape the negative forces either. Like many other countries, Austria introduced a large range of economic policy schemes to cushion the downturn, but domestic GDP still declined by 3.6 percent in real terms in 2009. The collapse in the prices for raw materials and weak demand for some time depressed the general price level. As an annual average, inflation slowed down to 0.5 percent. The economic crisis impacted rather quickly on the domestic labour market. Even though its negative effects were dampened by the public financing of short-time working schemes, unemployment shot up and employment rates tumbled.